

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat.
 Einzelhefte: 30 Pf. monatlich, 1,10 Mark.
 Einzelhefte: 20 Pf. freitags aus Haus.
 Einzelhefte: 5 Pf. Sonntags.
 Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eintragung in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit täglich.

Die Insertions-Gebühr

Befügt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile über deren Raum 60 Wg. für politische und gewerbliche Vereine und Geschäftsangelegenheiten 20 Wg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Wg. (zuzüglich 2 Pf. Gebühre), jedes weitere Wort 10 Wg. Einzeilenanzeigen und Einzeilenanzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 18. Januar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Preussische Polizeisitten.

Der Kölner Polizeiprozess ist zu Ende. In febrilsten Ringen hat die königliche Polizei zu Köln eine Niederlage erlitten, wie sie selten einer preussischen Verwaltung vor Gericht bereitet wurde. Nichts ist bezeichnender für den Ausgang der großen Auseinandersetzung als die Tatsache, daß der Staatsanwalt gegen den Genossen Sollmann nur eine Geldstrafe wegen formaler Beleidigung beantragen konnte. Und doch hatte der angeklagte Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ gegen die Kölner Polizei den schwereren Vorwurf erhoben, daß sie bis in die höheren Grade läufig sei. Der Wahrheitsbeweis ist dem „Angeklagten“ so gegliedert, daß er schon in den ersten Stunden der Verhandlung als Ankläger sich erhob. Verblüfft steht die bürgerliche Presse vor dem Sumpfe preussischer Korruption, den hier die Sozialdemokratie aufgedeckt hat, und händelringend gestand selbst die „Kölnische Zeitung“ am letzten Tage des Prozesses:

Wie immer dieser Schlußakt des Schauspiels ausfallen möge, schon heute ist es nach den sechstägigen Verhandlungen möglich, die Tragödie zu besprechen, schon heute kann man, unabhängig vom Ausfall des Urteils des Gerichts, als Tatsache verzeichnen, daß der angeklagte Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, Herr Sollmann, als moralischer Sieger den Kampfplatz verläßt...

In der Tat: Sieger blieb der angegriffene Sozialdemokrat, und als ein geschlagener Mann schied der Kölner Polizeipräsident davon. Der Herr hat sich unter anderem deshalb beleidigt gefühlt, weil die „Rheinische Zeitung“ die Disziplin im Polizeipräsidentium anzweifelte. Die Verhandlung hat nun bewiesen, daß in der zweitgrößten Stadt Preussens ein Mann den Polizeipräsidenten spielen darf, der anderthalb Jahrzehnte nichts merkte von dem Gestank, der sich in seiner Verwaltung breit machte. Und es roch doch wahrhaftig stark genug.

Von 6 Polizeinspektoren, den höchsten Exekutivbeamten, sind 4 überführt, Naturalien und Geld angenommen zu haben. Eine einzige große Restauration hat in vier Jahren rund 160 Flaschen Wein und Spirituosen, zahllose Zigarren und 600 M. in bar an diese Herren spendiert. Die Geschichte wurde so gedreht, daß ein Frühstücksföhrchen an die „Frau Inspektor“ gefandt und in die Desiktatessen fürsichtig der blaue Lappen verstickt wurde. Zeugend hat die edle Sponderin zu einer anderen Wirtin geflagt: „Den Kerls darf man nicht mit einem Zwanzigmarkstück kommen, da muß schon hinten herum ein Blauer fliegen.“

Wenn die Herren Inspektoren irgendwo eine Feste zahlten, so war das eine seltene Ausnahme. „Die heiligen drei Könige“, wie sie im Volksmunde hießen, nassauerten sich bei Kaviar, Sekt und Burgunder fröhlich durch, und als einer von ihnen vor Gericht gefragt wurde, ob er auf anderer Leute Kosten Champagner geschlemmt habe, gestand er mit Galgenhumor: „Nicht zu knapp“. Von demselben Herrn Inspektor berichtete ein Zeuge, der hohe Güter des Gesetzes sei bei einem Freischmaus so befoffen gewesen, daß der Vorschlag gemacht worden sei, dem Herrn Polizeipräsidenten seine „rechte Hand“ auf einer Karte vor das Präsidium zu fahren.

Sie verstanden zu leben, die Herren Inspektoren und Kommisars. Suchte irgendein Birt die Nachtkongzession, die Erlaubnis zu Konzertbarkeiten oder ähnlichem, so gab er den hohen Herren flugs einige Sektgelage und Schmausereien, und bald hatte er sein Ziel erreicht. Aus dem Bedürfnis heraus hatte sich in Köln eine ganz neue Branche entwickelt: zwei Konzessionsfabriken. Beide „Fabrikanten“ waren, wie sie unter Eid beteuerten, Herzensfreunde der maßgebenden Polizeinspektoren. In diese Konzessionsfabriken zahlte der Konzessionsjuchende je nachdem 300, 500, 1000, ja 1500 M. Dafür wurden die Herren Polizeinspektoren traktiert, und wenn die Käusche ausgefallen waren, rückte ihnen der Konzessionsfabrikant auf die Bude mit der Devise: Unsonst ist der Tod; nun sorgt gefälligst für die Konzession meines Klienten.

Aber es gab noch andere Wege. Der eine Wirtschaftskongzession Nachsuchende sprach bei einem Herrn Inspektor persönlich vor und ließ durchblicken, daß er „zu Gegendiensten“ gerne bereit sei. Stolz winkte der unnahbare Beamte ab, jedoch vierzehn Tage später fand sich wie zufällig die Frau Polizeinspektor bei dem Wittsteller ein und erludte, ein „Darlehen“ von 500 M. in Empfang zu nehmen. Von Schuld schein, von Zinsen, von Mahnung keine Rede.

Zu langer Reihe deckte der Angeklagte solche Fälle auf. Staunend erfuhr die Öffentlichkeit, daß die hohen Kölner Polizeibeamten recht nahrhafte Freundschaften mit allen Kölner Wirten und Brauereibesitzern unterhielten, die ihnen Sekt und Tranf, unterwirft mit Geldscheinen, fröhlich ins Haus sandten. Die Sensation erreichte ihren Gipfel, als der 76jährige Brauereibesitzer Vardenheuer, Stadtverordneter und Kommerzienrat, seine Aussage verweigern mußte, weil er bei wahrheitsgemäßen Angaben sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde. Wie mag dieser Großbrauer, dem so viel an Wirtschaftskongzessionen gelegen war, gekümmert haben.

Die Herren Polizeibeamten konnten aber noch andere Einnahmequellen. Auch von der Expeditionsfirma, die das

Zuhrwerk für den Gefangenentransport stellte, nahmen sie „Frühstücksföhrchen“ und Geldsummen an, so daß in Köln die Gefangenen buchstäblich in gut geschmierten Wagen fahren konnten.

Und weiter. Köln ist eine Zentrale des Wettens. Der Giftweizen des Buchmachertwesens blüht. Um die Buchmacher auf dem Rennplatz zu bekämpfen, spendet der Rennverein bei jedem Meeting 500 M. an den Polizeipräsidenten zur Verteilung an die Beamten. Aber die Buchmacher wissen sich zu helfen. Sie sammeln auch, überreichen den Betrag dem diensttuenden Inspektor, und vergnügt streichen die Polizeibeamten offiziell und inoffiziell die Summen ein. „Für Geld ist bei der Kölner Polizei alles zu machen“, meinte anerkennend einer, dem die Hotelkongzession gewährt wurde, obwohl er das Verbrechenalbum zierte. Der Prozeß hat bewiesen, daß der Mann nicht so ganz unrecht hatte.

Aber ohne Geld ist bei der Kölner Polizei auch nichts zu haben. Das hat eine wichtige Schlußzene des Prozesses bewiesen. Der Angeklagte hatte behauptet, daß die Kölner Kriminalpolizei zunächst und mit Eifer Diebstähle bei Reichen bearbeite, weil diese Geld springen ließen, während die Bestohlenen der unteren Klassen vernachlässigt werden. Der Polizeipräsident ließ zum Beweise des Gegenteils über 20 Kriminalschutleute aufmarschieren. Aber alle, soweit sie nicht die Aussage verweigern mußten, bestätigten die Behauptung des Angeklagten. Die Tätigkeit der Kriminalpolizei ist in Köln, und wohl auch anderwärts, abhängig von den Summen, die die Bestohlenen springen lassen. Mit 9 M. „Wigilanzgeldern“ im Monat, 30 Pf. den Tag, können die Kriminalschutleute ihre Ausgaben nicht decken, und deshalb bearbeiten sie hauptsächlich diejenigen Sachen, an denen größere „Speisen“ herauspringen. Nun weiß man auch, weshalb verhältnismäßig sehr selten kleinere Diebstähle aufgedeckt werden. Die Polizei nimmt zwar die Anzeige an, denkt aber gar nicht an die Bearbeitung, weil, wie ein Kölner Kriminalschutmann sehr richtig aussagte, „ohne Geld doch nichts zu machen ist“. Dieser Teil des in Köln aufgedeckten Korruptionssystems erfordert dringend Reformen.

Der Chef der Kölner Polizei wachte es, zu solchen Zuständen auch noch den Hohn hinzuzufügen, indem er dem Angeklagten zurief, für die politische Polizei ständen genügend Mittel zur Verfügung. Dafür werde von Berlin aus mehr als reichlich gesorgt.

Genug davon. Unser Kölner Parteiblatt wird dem Panama der preussischen Polizei eine Broschüre widmen, die weiteste Verbreitung verdient. Der Prozeß hat bewiesen, wie es mit der Integrität und den altpreussischen Traditionen unseres Beamtenstands bestellt ist. Man wird ja nun ohne Zweifel den Kölner Polizeipräsidenten, der sich an Gerichtsstelle eine Abfuhr nach der anderen holte, und einige seiner höheren Beamten in die Wüste schicken. Damit aber ist wenig erreicht. Schuld ist das ganze hirnlose System der preussischen Bürokratie, die in ihrer Gottähnlichkeit sich für die höchste Blüte der Staatsweisheit hält, während in ihrem Schutze die Korruption gedeiht, daß dem russischen Absolutismus der Neid antommen könnte. Ueber die Zustände in Köln sind seit Jahr und Tag Beschwerden über Beschwerden an die Regierung, bis an den Minister des Innern, gegangen. Nichts geschah. Oder doch etwas: Die Beschwerdeführenden wurden entweder aus dem Amte gejagt oder, wenn es Bittger waren, unter Anklage gestellt wegen frivoler Beleidigung der hochhehrbaren königlichen Polizei. Neht hat diese russische Art, zu regieren, in Köln zu einer blamablen Niederlage geführt. Der preussische Halbabsolutismus und seine Bürokratie werden aber erst dann überall und für immer ihr Kenn finden, wenn das Volk die Herrschaft antritt, die recht die echtpreussischen Männer vom Salage Jagows und des Grafen Jork v. Wartenburg innehaben.

Das Urteil im Kölner Polizeiprozess.

Köln, 17. Januar. Nach seibentägiger Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer wurde heute mittag um 12 Uhr in dem sogenannten Valschisch-Prozess gegen den Redakteur Sollmann von der „Rheinischen Zeitung“ das Urteil gefällt.

Ausgehend von der Verhandlung gegen den Kriminalkommissar Hannemann am 30. September v. J. vor der Strafkammer in Köln hatte Sollmann in seinem Vatte in mehreren Artikeln, ganz besonders in einem mit der Ueberschrift „Valschisch“ versehenen, gegenüber Kölner Polizeibeamten den Vorwurf erhoben, daß sie für dienstliche Tätigkeit vom Publikum Geschenke annähmen. Gleichzeitig hatte Sollmann auch die Staatsanwaltschaft mit hineingezogen, indem er behauptete, daß ein Polizeikommissar im Einverständnis mit einem höheren Beamten der Staatsanwaltschaft 1000 M. gelegentlich der Erteilung einer Wirtschaftskongzession erhalten habe. Den Vorwurf gegen die Staatsanwaltschaft hatte der Angeklagte gleich am ersten Verhandlungstage zurückgezogen, da er auf einem Mißverständnis beruhe. Für die anderen Behauptungen wollte er den Wahrheitsbeweis antreten. In der heutigen Verhandlung wurden noch Erklärungen abgegeben. Polizeipräsident v. Bequamm überreichte dem Gericht u. a. die Personalakten über den Inspektor Kaup und erklärte, daß er sofort nach Publikation des Urteils die entsprechenden Anträge zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den beschuldigten Beamten bei der Behörde stellen werde. Mit aller Entschiedenheit wies der Polizeipräsident den von Inspektor Kaup ihm gemachten Vorwurf des Meineides zurück sowie die verschiedentlich erhobene

Beschuldigung, daß er hochmögenden Leuten gegenüber seines Amtes nicht gewaltet hätte.

Das Urteil

lautele: Der Angeklagte wird wegen Beleidigung im Sinne der §§ 185 und 200 zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Im Nichtbeitreibungsfalle tritt für jede 15 M. ein Tag Gefängnis ein. Dem Polizeipräsidenten wird die Publikationsbefugnis in sämtlichen kölnischen Blättern zugesprochen. In der Begründung heißt es, daß dem Redakteur keine andern Rechte zuzubeden als jedem Staatsbürger. Bestimmte Ausdrücke des infirmierten Artikels wie „Ludergeruch“, der Hinweis auf die „höchsten Stellen“ usw. stellten eine schwere Beleidigung dar. Im Laufe der Verhandlungen habe sich eine Verletzung der Dienstpflicht durch Polizeinspektoren und Polizeikommissaren und anderen Beamten ergeben. Das Gericht hält eine passive Bekleidung für erwiesen in den Fällen der Polizeinspektoren Votsch, Kaup, Eiden und der Polizeikommissare Hannemann und Solke. Die Verfehlungen der Kriminalbeamten seien bei den geringen Spitzelgeldern nicht so hoch anzuschlagen. Der § 193 des Strafgesetzbuches, die Wahrung der berechtigten Interessen, könne nur dem Angeklagten soweit zugebilligt werden, als die Fälle wirklich erwiesen wurden. Bei der Strafmaßung wurde berücksichtigt, daß es dem Angeklagten um die Beilegung von Mißständen zu tun war. Er sei aber über das erlaubte Maß hinausgegangen. Das Recht der Presse habe eine Grenze an der Ehre der Angegriffenen.

Die Säuberung der Kölner Polizei.

Köln, 17. Januar. Wie die „Kölnische Zeitung“ von zufrändiger Stelle erfährt, ist von dem Regierungspräsidenten gegen die hier in Köln angeestellten Polizeinspektoren Votsch, Landschulz und Eiden das Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amte und die sofortige Amtssuspension verfügt worden. Ueber die gegen den Polizeinspektor Kaup zu ergreifenden Maßnahmen hat der Regierungspräsident in Hannover zu befinden.

Sozialpolitik im Reichstag.

Die Erörterungen der beiden letzten Tage waren gewissermaßen eine Einleitung zu der heute begonnenen Beratung des Etats des Reichsamts des Innern. In der Tat deutete ja das Gesetz über die Sonntagsruhe den Mangel an sozialpolitischer Initiative und an sozialpolitischer Energie klar genug an, die sich in der ganzen Reichspolitik mehr und mehr ausbreiteten. Die Debatte über den Etat des Herrn Delbrück wird diesen Eindruck noch verstärken, und es wird lebhafter Anstrengungen bedürfen, endlich wieder ein etwas stärkeres Tempo auf diesem Gebiete der Reichsgehegung zu erzielen. Es ist gerade deshalb recht günstig, daß in der Generaldebatte, die heute ihren Anfang nahm, die sozialpolitische Erörterung von der wirtschaftlichen getrennt und vorweggenommen ist.

Als erster Redner sprach Genosse Robert Schmidt, und seine Darlegungen gaben ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen höchst unerfreulichen Situation. Seine Rede war eine strenge, aber auch in der geschlossenen und reichen Argumentation unwiderlegliche Schilderung des Elends, in dem sich jetzt die sozialpolitische Gehegung, wie auch ihre Ausführung befindet, und sie war zugleich die Ausarbeitung eines großen und gebieterischen Arbeitsprogramms, das sich Parlament und Regierung vornehmen sollten. Gegenüber der Erleuchtung sozialpolitischer Geistes und des sozialpolitischen Billens war diese Darstellung und diese Kritik eine wertvolle Tat positiver Leistung. Genosse Schmidt zeigte in der Tat, wie wenig geschehen ist in den letzten Jahren, er wies namentlich hin auf die Lage der Landarbeiter und einzelner wichtiger Kategorien des Industrieproletariats. Er nannte unter Anführung überzeugenden Materials die Vergarbeiter, die Binnenarbeiter, die Bauarbeiter, führte auch das zögernde Verhalten der deutschen Reichsregierung in der Frage der internationalen Regelung des Schutzes der Jugendlichen an, und reichte so zu einer geschlossenen Beweisführung die einzelnen trostlosen Tatsachen. Für die Stimmung oder besser gesagt für die mangelnde sozialpolitische Stimmung der Regierung war besonders interessant die Hervorhebung der Tatsache, daß der Beirat für Arbeiterstatistik geradezu systematisch beiseite geschoben wird, und nicht minder überzeugend ist die mangelnde Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen über den Heimarbeiterschutz. Dieser passiven Resistenz gegenüber der Sozialpolitik wirkt geradezu aufreizend die Rechtsprechung, die gleichfalls immer feindseliger einer wirksamen Sozialpolitik sich entgegenstellt.

Der fortschrittliche Redner, der dann das Wort nahm, Herr Doormann, mußte selbst die Verächtigung mancher Einwände zugeben, die unser Redner erhoben hatte, und er führte auch manche Probleme an, die einer Regelung dringend bedürfen. Allerdings entschloß er sich nicht zu dem Urteil, daß sich doch zwingend aus den Ausführungen des Genossen Robert Schmidt und aus den ganzen Tatsachen ergibt. Er bestritt sogar die Stagnation, die auf diesem Gebiete herrscht, wenn er auch zugeben mußte, daß freilich kein überreifes Tempo in der Sozialpolitik festgestellt werden kann. Dem Vertrauensvotum, das Herr Dr. Doormann schließlich dem

Staatssekretär des Innern ausspricht, wird sich die Arbeiter-Kasse vollends nicht anschließen können.

Die Debatte wird am Montag fortgesetzt. Am Dienstag wird vermutlich die Interpellation über die Kriegsgerichts-urteile verhandelt werden.

Sozialpolitische Forderungen.

Zum Etat des Reichsamts des Innern hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Resolutionen eingebracht:

I.

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf der internationalen Regierungskonferenz, die im Herbst 1914 in Bern tagen wird, um den Abschluß der internationalen Vereinbarungen über den Schutz der Jugendlichen und Arbeiterinnen vorzunehmen, dahin zu wirken, daß:

1. das Schularter für Jugendliche auf das 18. Lebensjahr ausgedehnt wird;
2. die Nachtarbeit für Jugendliche bis zum 18. Jahre verboten wird, ohne Rücksicht auf die Größe oder Art des Betriebes;
3. die Ausnahmestimmungen, wie sie der bisherige Entwurf der internationalen Vereinbarungen für die Glasindustrie, die Woll- und Hammetwerke vorsieht, beseitigt werden;
4. für Arbeiterinnen und Jugendliche der Jehnsfundentag als Maximum der Arbeitszeit festgesetzt wird;
5. für Arbeiterinnen und Jugendliche mit Innehaltung einer Uebergangskrist Vereinbarungen über eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit erstrebt werden;
6. diese Vergünstigungen allen Jugendlichen und Arbeiterinnen zuteil wird, ohne Rücksicht auf Größe oder Art des Betriebes;
7. die Ausnahmen für eine Ueberschreitung der Arbeitszeit weitere Begrenzung erfahren, als im Entwurf der Vereinbarungen in Artikel 3 und 4 in Aussicht genommen ist.

II.

Der Reichstag wolle beschließen: Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch gesetzgeberische Vorschläge im Interesse des Kranken- und Pflegepersonals folgenden Anforderungen stattzugeben:

1. Obligatorische Ausbildung des im Pflegeberuf tätigen Personals, einschließlich des Pflegepersonals. — Neuordnung der bestehenden Prüfungsbedingungen.
2. Unterstellung des Personals unter die Reichsgewerbeordnung. — Aufhebung der im § 154 enthaltenen Ausnahmestimmungen (unter Ausschluß des § 157).
3. Festsetzung einer 12stündigen Dienstzeit (Tag- und Nachtschicht). — Allwöchentliche Mindestruhezeit von 24 Stunden. — Beseitigung des Koffi- und Logizwanges in der Anstalt, soweit nicht unüberwindliche Hindernisse dem in Wege stehen.
4. Unterstellung des gesamten Pflege-, Massage- und Baderpersonals unter die Reichsversicherungsordnung.
5. Erlass gesetzlicher Vorschriften auf Gewährung eines jährlichen Erholungsurlaubes von mindestens 14 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes und Entschädigung für sonstige Bezüge.

III.

Der Reichstag wolle beschließen:

1. Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldmöglichst den bereits im Jahre 1891 in Aussicht gestellten Entwurf eines Gesetzes dem Reichstag zu unterbreiten, der die Arbeitszeit und Ruhepausen für alle Angestellten im Gastwirts-gewerbe unter besonderer Berücksichtigung der im Gewerbe beschäftigten Jugendlichen regelt. Im besonderen ist als Ersatz für entgangene Sonntagsruhe den Angestellten ein Ruhetag in der Woche zu gewähren.
2. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, beim Bundesrat dahin zu wirken, daß die zur Zeit geltende Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1903 über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen im Gastwirts-gewerbe bis zum Erlass eines Gesetzes auf das gesamte Personal ausgedehnt wird.

Die Krupp-Affäre vor dem Oberkriegsgericht.

Aus der Verhandlung vom Sonnabend verdienen drei Punkte Erwähnung. Zunächst die Erklärung des Zeugleutnants Tilian, der dem Brandt Mitteilungen über bevorstehende Bestellungen für die Firma gemacht hatte und ihn über die Preise der Konkurrenz informierte. Die Bestellungen waren der Firma noch nicht bekannt, doch hatte sie, da es sich damals um die Neubewaffnung der Feldartillerie, also große Vergebungen, handelte, ein lebhaftes Interesse, vorzeitig Näheres über den für sie zu erwartenden Segen zu erfahren. Tilian will nun auf das Jureden des Brandt ahnungslos hineingefallen sein. Dabe ihm doch Brandt gesagt, daß auch der Staat ein großes Interesse an der raschen Lieferung habe und daß die Firma Krupp um so prompter liefern könne, je früher sie über die ihr zugeordneten Aufträge informiert sei. Er habe daraufhin im Staatsinteresse ganz treuherzig die gewünschten Auskünfte gegeben.

Diese Mitteilungen des Tilian waren für die Firma Krupp sicherlich von dem größten materiellen Vorteil. Einmal, weil sie die Heeresverwaltung durch überraschend schnelle Lieferungen verblüffen und für sich Stimmung machen konnte, und dann auch, weil sie rechtzeitig ihre Vorkehrungen für die Lieferungen treffen konnte, so daß sie den großen Auftrag ohne außerordentlichen Aufwand an Geldmitteln auszuführen in der Lage wäre. Der Gewinn für die Firma Krupp mag sich in die Hunderttausende, ja vielleicht in die Millionen belaufen haben, ganz abgesehen von dem Nimbus, mit dem sie sich der Heeresverwaltung gegenüber zu umgeben verstand — einem Nimbus, der natürlich zum Schaden der Konkurrenz ausfallen mußte. Man sieht, daß die Kanonenfirma in der Tat alle Ursache hatte, ihrem Spion Brandt ein so hübsches Gehalt und so üppige Gratifikationen zu zahlen!

Auch über die Preise der Konkurrenz — etwas, das der militärische Sachverständige im Moabit-Prozess, Major v. Weitershausen, als absolute Vertrauenssache der Heeresverwaltung bezeichnete — gab Tilian bereitwillig Auskunft. Nur habe Brandt selbst über die Preise bereits sehr gut Bescheid gewußt. Woher dem Brandt diese, von allen Angeklagten immer wieder hervorgehobene brillante Informiertheit über die geheimsten Dinge kannte, wird ja freilich ewiges Geheimnis bleiben!

Auffällig war ferner die Befundung der Angeklagten Tilian und Hinz, daß auch Vertreter anderer Firmen in die Feldzugmeisterei gekommen seien,

um vertrauliche Auskünfte zu erlangen, daß sie ihnen aber jegliche Auskunft verweigert hätten. Auf die Frage, wer denn diese Vertreter gewesen seien, behielt sich Hinz einweilen die Aussage vor. Der Angeklagte Tilian gab an, daß ein Vertreter der Firma Witten ihn um Auskunft erzuht habe. Wenn die Militärverwaltung auf diesem Punkte nachdrücklich einlegen und dem Spionage-system der Militärlieferungsinteressenten weiter nachspüren würde, so würde sie vermutlich noch mancherlei Interessantes erfahren. Wir fürchten nur, daß nicht nur Herr Brandt, sondern auch die Militärverwaltung selbst, längst auf dem Standpunkt angelangt ist, es „des Skandals nur genug sein“ zu lassen!

Recht auffällig war endlich eine Aussage der Zeugin Brandt, der Frau des ehemaligen Feuerwerfers und späteren Kruppischen Generaladjutanten. Auf die Frage des Verhandlungsführers, ob in ihrem Sinne auf ihren Mann Einwirkungen stattgefunden hätten, um seine Aussage dahin zu beeinflussen, daß den angeklagten Zeugleutnant und Zeugfeldwebeln nichts passieren könne, entgegnete sie nämlich, daß von dieser Seite ihr Mann nicht beeinflusst worden sei, „vielleicht aber von einer anderen Seite“. Ueber diese höchst auffällige Aussage, die im sonderbarsten Widerspruch zu jener Zeugenaussage der Zeugin Brandt steht, die sie in der ersten Verhandlung des Kriegsgerichts abgegeben hatte, wurde glatt hinweggegangen. So interessant es auch gemein wäre, näheres über jene geheimnisvolle andere Seite zu erfahren, von der ein Versuch der Zeugenbeeinflussung ausgegangen war, so schien sich auch diesmal wieder der Gerichtshof auf dem Standpunkt zu stellen, daß alles, was nicht unmittelbar zur Belastung der angeklagten Kruppoffiziere gehöre, als belanglos und „nicht zur Sache gehörig“ aus der Verhandlung auszuscheiden sei.

Dieser Vorfall war wieder einmal typisch für die ganze Art, wie von den Gerichten die „lückenlose“ Aufhellung der Krupp-Skandale betrieben wurde und wird. Man greift eine Gruppe von Belasteten heraus und untersucht deren Verfehlungen. Sobald aber irgendeine Fährte, und sei sie noch so interessant und noch so wichtig, den geraden Weg der prozessual engumgrenzten Verhandlung kreuzt, läßt man die Fährte und beschränkt sich auf die Prozessierung jener paar Opfer, die man nun einmal herausgegriffen hat. So lange der Schwindel der famosen parlamentarischen Untersuchungskommission nicht offenbar geworden war, konnten Optimisten noch die verwegene Zuversicht hegen, daß eine umfassende Untersuchung ja noch durch die Herren Volksvertreter stattfinden werde. Nachdem aber Herr v. Bethmann Hollweg die Untersuchungskommission unumwunden für eine Kommission zu seiner höchsten eigenen Information erklärt hat, ist der Wertungsseifer der höchsten Behörden sonnenklar bewiesen und erhärtet! Man will nicht in die lichtscheuen Korruptionsmysterien der Kornwollzerfirma und andere Mysterien hineinleuchten und damit basta!

Mit dieser Feststellung freilich kann die Sozialdemokratie vielleicht am allerzufriedensten sein!

Zum Arbeitswilligenschutz.

Der Ausschuh des deutschen Arbeiterkongresses fahte am 13. Januar 1914 folgenden Beschluß: „Der Ausschuh des deutschen Arbeiterkongresses nimmt von der Erklärung des Herrn Reichskanzlers in seiner Rede vom 10. Dezember 1913 im Reichstage Kenntnis, daß „in die Koalitionsfreiheit nicht eingegriffen werden darf“, und daß „gegen die Auswüchse des Koalitionswesens nicht eingeschritten werden soll durch Ausnahme-gesetze, sondern nur auf dem Boden des gemeinen Rechts“, und ferner davon, daß der Herr Reichskanzler „den Herrn Staatssekretär des Innern gebeten hat, die Erfahrungen, die im Verlaufe der Arbeiterkretivitäten in Deutschland gesammelt worden sind, und die Erfahrungen, die in den anderen Ländern gemacht werden, zusammenzustellen“ und daß diese Zusammenstellung dem Reichstage auch als „Grundlage für die weitere Behandlung dieser wichtigen Frage“ vorgelegt werden wird.

Der Ausschuh erachtet es als unerlässlich, daß, um ein unparteiisches Urteil über das Maß der „Auswüchse des Koalitionswesens“ zu gewinnen, und insbesondere um Klarstellung der Frage, wie auf dem Boden des gemeinen Rechts diese Auswüchse wirksamer bekämpft werden können, herbeizuführen, auch die gleichzeitige Feststellung in der beabsichtigten Denkschrift erfolge, in welchem Umfang Auswüchse des Koalitionswesens (Koalitionszwang, Terrorismus usw.) von Unternehmern, Unternehmerorganisationen und Syndikaten zum Schaden von Arbeitnehmern und anderen Unternehmern stattgefunden haben.

Die Beschränkung der Denkschrift bloh auf die Arbeitskretivitäten würde kein unparteiisches Urteil ermöglichen und insbesondere nicht geeignet sein, Maßnahmen auf dem Boden des gemeinen Rechts vorzubereiten.

Der Ausschuh spricht deshalb die Erwartung aus, daß jene Denkschrift auch einbezieht die Erfahrungen über alle Auswüchse des Koalitionswesens im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben, die nicht von Arbeitern, Angestellten und deren Organisationen, insbesondere die von Arbeitgeber und deren Organisationen (Beschränkung der gesetzlich gewährleisteten Koalitionsfreiheit, Arbeitsausschluß von Angehörigen bestimmter Organisationen, Zwang zum Eintritt in Berufsvereine, Führung von schwarzen Listen, geheime Abmachungen über Annahme oder Nichtannahme von Arbeitnehmern, Streikbrechervermittlungswesen und anderes) veranlaßt werden.

Gegen die Ausdehnung der Denkschrift ist nichts einzuwenden, obwohl schon heute für jeden, der nicht ein Feind des Koalitionsrechts der Arbeiter ist — und das sind viele, die sich als Freunde des Koalitionsrechts bezeichnen —, kein Zweifel darüber bestehen kann, daß das Koalitionsrecht heute dogmatisch ist und daß die Unternehmerrasse, ohne vom Staatsanwalt behelligt zu werden, mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter Schindluder treibt.

Politische Uebersicht.

Die erste Lesung des Wohnungsgesekentwurfs.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Sonnabend in erster Lesung den Entwurf eines Wohnungsgesetzes. Preußens Eigenart auch auf diesem Gebiet aufrecht zu erhalten, das ist der Gesichtspunkt, von dem sich das Zentrum nach dem Ausspruch seines Redners bei der Behandlung der Vorlage leiten läßt, und wer aufmerksam dem Gang der Debatte gefolgt ist, der wird zugeben müssen, daß das nicht nur das Leitmotiv des Zentrums, sondern auch seiner

konservativen Bundesbrüder ist. Preußens Eigenart zu erhalten! Das heißt, auf halbem Wege stehen bleiben, die Wurzel des Übels unangetastet lassen, so tun, als ob etwas geschieht, aber im Grunde genommen nichts ändern. Nur gezwungen hat die Regierung ihren Gesekentwurf eingebracht, und nur gezwungen gehen die großen Parteien des Abgeordnetenhauses an seine Beratung heran, nicht in der Absicht, die Wohnungsverhältnisse des Proletariats wirklich zu verbessern, sondern in der Absicht, zu verhindern, daß die Drohung Delbrücks sich erfüllt und das Reich eingreift.

Der Entwurf der Regierung bleibt hinter den bescheidensten Ansprüchen zurück, aber den Konservativen geht sogar das zu weit. Sie wünschen, daß das platte Land von dem Gesek überhaupt nicht berührt wird. Ihr Redner, Abg. v. Haffel, bemühte sich, die Zustände auf dem Lande als idyllisch zu schildern und eine gesetzliche Regelung der ländlichen Wohnungsfrage als überflüssig hinzustellen. Noch reaktionärer gebärdete sich Abg. Lüdtke von den Freikonservativen, der einzige Redner, der als Vertreter haus-agrarischer Interessen auftrat. Er brachte es fertig, die Bauarbeitern die Schuld an den schlechten Wohnungen in die Schuhe zu schieben, indem er — freilich ohne auch nur den Versuch eines Beweises anzutreten — die schon tausendmal widerlegte Behauptung aufstellte, daß die hohen Löhne der Arbeiter das Bösen so verteuern, daß eine Wohnungsnot die ganz natürliche Folge sei.

Sympathische Zustimmung begegnete die Vorlage bei dem Nationalliberalen Künzler, der sich zwar mit der Tendenz im großen und ganzen einverstanden erklärte, aber die Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden zurückwies.

Diesem Kampf um die Selbstverwaltung war in der Hauptsache auch die Rede des Fortschrittlers Dr. Fleisch gewidmet, der den Agrariern einige von ihnen nicht gerade angenehm empfundene Wahrheiten sagte und die Forderung der Uebertragung der Wohnungspolizei an die Gemeinden erhob.

Als letzter Redner kam Genosse Hirsch zu Worte, der in großen Zügen den Gesekentwurf, der nicht einmal eine bescheidene Abschlagszahlung bedeute und weit hinter dem Entwurf vom Jahre 1904 zurückbleibe, kritisierte, die Bereitwilligkeit seiner Freunde, an der Besserung der Wohnungsverhältnisse mitzuwirken, erklärte, aber um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, hinzufügte, daß sie, wenn der Entwurf keine wesentlichen Änderungen erfahre, nicht für ihn stimmen könnten. Im einzelnen zeigte unser Fraktionsredner, wie die Regierung nach Quacksalberart überall auf halbem Wege stehen bleibt, wie sie trotz ihrer Ueberzeugung von dessen Schädlichkeit aus politischen Gründen das Hausbesitzerprivileg verweigern will, wie sie der Polizei immer mehr Machtbefugnisse einräumt, die Rechte der Gemeinden aber mehr und mehr schmälert. Auch die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande und das Koffi- und Logizwesen unterzog Genosse Hirsch einer scharfen Kritik.

In der Kommission, der der Entwurf überwiesen wurde, ist auch die Sozialdemokratie vertreten. Das Zentrum forderte freilich eine Kommission, in der den Sozialdemokraten „zufällig“ kein Sitz zusteht, aber es blieb in der Minderheit.

Am Montag beginnt die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Friedensschluß auf Volkskosten.

Der Reichskanzler hat im preußischen Landtag den bürgerlichen Parteien geraten, endlich den Bank einzustellen, die Zeiten seien zu ernst. Die auswärtige Lage kann damit nicht gut gemeint sein, denn größere Reibungen dürften in der nächsten Zeit kaum zu erwarten sein; der Kanzler kann nur die Lage im Innern im Sinne gehabt haben, und hier freilich fehlt es nicht an Reibungsflächen. Alles aber wird zurücktreten müssen gegenüber dem wahrscheinlich bereits im nächsten Winter entbrennenden Kampf um den neuen Posttarif. Das offenbar hat dem Kanzler vor Augen geschwebt, als er von den ersten Zeiten sprach, die es gebieterisch erheischen, daß die bürgerlichen Parteien den Bank einstellen. Die Konservativen haben sich denn auch mit überraschender Schnelligkeit bereitgefunden, der Mahnung des Kanzlers zu folgen. So sagt die „Konservative Korrespondenz“ am Schlusse eines langen Artikels:

„In hohem Maße bemerkenswert waren die Worte, die Herr von Heydebrand über die Zusammenarbeit aller derjenigen sprach, die mit uns die notwendige Sorge für unser preußisches Vaterland und für unser deutsches Reich haben müssen. Dazu rechnen wir auch die Regierung auf Grund der Erklärungen, die der Herr Ministerpräsident über die wichtigen Punkte abgegeben hatte. Die konservative Partei ist sich der staatsrechtlichen Notwendigkeit durchaus bewußt, daß sie mit allen diesen Faktoren auskommen muß und es ist kein Zweifel, daß die Rede des Herrn von Heydebrand von allen denen, die es angeht, als die Schaffung eines Modus vivendi angesehen werden muß zur gedeihlichen Zusammenarbeit für die Erhaltung Preußens und des Deutschen Reiches.“

Auf den gleichen Ton ist ein Artikel in der „Kreuzzeitung“ gestimmt. Das Junferblatt, das dem Kanzler noch vor kurzer Zeit vorwarf, daß er die Fägel schleifen lasse, und ihn als die Verförperung staatsmännlicher Unfähigkeit hinstellte, findet jetzt auf einmal, daß zwischen der Regierung und den Konservativen eigentlich gar keine größeren Differenzen bestanden haben, höchstens könne von gelegentlichen Mißverständnissen die Rede sein. Die „Kreuzzeitung“ schließt ihren Veröhnungsartikel:

„Die Mahnung des Herrn Reichskanzlers, um ernsterer Aufgaben willen den „Bank“, wie er sich ausdrückt, ruhen zu lassen, fällt bei uns auf so fruchtbaren Boden, als sich der Abg. von Heydebrand bereits vorher am Schlusse seiner Rede durchaus in gleichem Sinne ausgesprochen hatte. Der Herr Reichskanzler hat in den drei Reden im Herrenhause und Abgeordnetenhause vollkommen anerkannt, wie schwere Bedenken steuerlicher und staatsrechtlicher Art einer Fortsetzung der Besitzbesteuerung durch das Reich entgegenstehen, die zur Vernichtung der in dem Besitz liegenden Kulturelemente und zur Auflösung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches führen müßten. Er hat sich ferner mit aller Entschiedenheit dazu bekannt, daß die staatsrechtliche Stellung Preußens im Reich, daß die Regierungsgewalt des Kaisers und die Kommandogewalt des obersten Kriegsherrn gewahrt werden müssen. In den konservativen Reden aber, namentlich in den Schlussworten des Herrn von Heydebrand ist mit aller Klarheit zum Ausdruck gekommen, daß die konservative Partei es ihrerseits an der nötigen Entschlossenheit bei der Vertretung dieser Grundsätze und an der Unterstützung der Regierung bei tatkräftiger Erfüllung dieser Aufgaben nicht fehlen lassen will. Dem können wir uns im Einklang mit den zu Beginn dieser Ausführung hervorgehobenen konservativen Grundauffassungen nur vollkommen anschließen.“

Aus der diplomatischen Formulierung in gewöhnlicher Deutsch übertragen heißt das: Die Konservativen wollen dem

Reichskanzler seine bisherigen Tünden gegen den heiligen Geist der agrar-konserverativen Profitmacherei vergeben, wenn er künftig die Politik der „echt-preussischen Leute“ mitmacht, keine speziell den Besitz belastende Steuern mehr fordert und die Zollpolitik der Konserverativen fördert.

Und der Kanzler hat, wie es scheint, um die Gunst der Konserverativen zu gewinnen und nicht a e s i u r z t zu werden, sich tatsächlich dazu bequemt, den Konserverativen Zusicherungen zu machen, die sie befordern.

Interessant ist, daß zu gleicher Zeit ganz deutlich in der größeren liberalen Presse das Bestreben hervortritt, den Kanzler zu halten. So tritt die „Köln. Volksztg.“ in einem Artikel „Was wird da werden?“ (letzte Freitag-Abendausgabe) sehr energisch für das Verbleiben des Kanzlers im Amt ein. Zwar wendet sich das Blatt vornehmlich gegen angebliche Kanzlersturzungspläne der „Freimüthigen Ztg.“, aber nach der ganzen Fassung ihres Artikels ist kein Zweifel, daß die Veröhnungsmahnung der „Köln. Volksztg.“ sich eigentlich an die Konserverativen richtet:

„Aber wir möchten die „Freis. Ztg.“ fragen, aus welchen Gründen sie es so eilig hat, den konserverativen „Kanzlerfürzern“ hilfsreich beizuspringen. Weiß sie vielleicht schon, wer nach Herrn von Bethmann Hollweg kommen würde? Oder sieht auch sie noch, ihr selbst unbewußt, in der „altpreussischen“ Tradition, wonach ja wohl ein Minister verloren sein soll, wenn die Hauptlinge des konserverativen Grund- und Schwermetalls aus dem Osten gegen ihn den Kriegspfad beschreiten? Wir meinen, gerade die gegenwärtige Entwicklung sei doch sehr wenig dazu angetan, auf diese Art von altpreussischen Traditionen politische Häuser zu bauen. Wir leben im Deutschen Reich, das gerade in den letzten Jahren mancherlei politische Fortschritte nicht ohne sehr merkbare Mitwirkung des Westens und Südens gemacht hat.“

Wenn in dem Duell zwischen dem Kanzler und den ostelbischen Konserverativen von dem ersteren in der „Freis. Ztg.“ gesagt wird, er sehe allein auf weiter Flur, so gilt daselbe doch auch von dem anderen Partner. So allein stehend wie heute sind die Konserverativen doch noch nie gewesen. Selbst im Herrenhaufe wollten sich gut konserverative Männer, wie der greise Feldmarschall Graf Dörfeler, ihrer Attide nicht anschließen. Im Abgeordnetenhause erkund ihnen allerdings in dem satirisch-nationalen Dr. Köhling ein unerhoffter Gesinnungsgenosse in der politischen Scharmacherei, aber dann kam gestern Herr Schiffer und löschte Herrn Köhling wieder aus.

Jetzt hat der Reichstag wieder das Wort, und man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszu sehen, daß die Konserverativen dort wieder mit ihrer aufgewärmten Besitzsteuerkritik, noch mit irgendwelcher Scharmacherei — gegen Elßah-Lothringen oder von immer — Glück haben werden. Und einem „starken Mann“ in ihrem Sinne könnte es leicht ebenso gehen, wenn er es wirklich nach Norddeutschen Rezepten vor dem Reichstage versuchen sollte.“

Auch die „Erstklassigen“ in Elßah-Lothringen opponieren.

In der Ersten Kammer des reichsländischen Parlaments wird voraussichtlich schon am Montag eine Interpellation über Labern verhandelt werden, die unterzeichnet ist von Graf Andlaw, Dr. Curtius, Dr. Schwander, Ungemach, Dr. Sonderheer. Die Interpellation hat folgenden Wortlaut: „Was gedenkt der Herr Statthalter zu tun, um dem Lande die Sicherheit zu verschaffen, daß Inhaber militärischer Kommandogewalt in Elßah-Lothringen sich in Zukunft innerhalb der Schranken ihrer Befugnisse halten?“

Die Regierung und die christlichen Gewerkschaften.

Daß die christlichen Gewerkschaften sich im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften bei der Regierung einer gewissen Beiseitheit erfreuen, ist bekannt. Es wurde deshalb auch im vorigen Jahre, als der Papst sich zugunsten der Berliner Facharbeiter aussprach, von verschiedenen Blättern behauptet, die deutsche Reichsregierung hätte sich im Vatikan für die „Christlichen“ verwendet. Diese Meldung wurde damals von mehreren liberalen und regierungsoppositiven Blättern in üblicher Weise dementiert. Wie richtig jedoch die Meldung war, zeigt folgende Aussage der streng liberalen „Köln. Korrespondenz“:

Im Kölner Gewerkschaftsprozess wurde von den Anhängern der sogenannten christlichen Gewerkschaften behauptet, es sei ihnen unbekannt, ob ein Zentrumsgesandneter mit der Regierung zugunsten der christlichen Konfession habe. Wir sind in der Lage, die Kenntnisse der „christlichen“ Führer in diesem Punkte zu erweitern. Ein in leitender Stellung stehender Geistlicher der Kölner Zentrumspartei — Intimus des Kölner Zentrums — und Gewerkschaftsführer, also ein Wissender, hat sich folgendermaßen geäußert: „Die päpstlichen Pfingsttelegramme des Jahres 1912, die eine sehr entschiedene Bevorzugung der „Berliner“ katholischen Fachabteilungen durch den Vatikan deutlich erkennen lassen, hatten im Reichskanzlerpalais große Aufregung hervorgerufen. Man befürchtete in Berlin, daß durch die Bevorzugung der katholischen Fachabteilungen eine Schwächung der christlichen Gewerkschaften und eine Erstarrung der Sozialdemokratie hervorgerufen würde. Durch ein Telegramm ließ der Reichskanzler den Abgeordneten Trindler bitten, nach Berlin zu kommen. Trindler folgte dem ehrenvollen Ruf. Im Palais des Reichskanzlers wurde dann mit diesem überlegt, was in Rom zugunsten der „Christlichen“ geschehen könne, damit der Eindruck der Pfingsttelegramme abgeschwächt oder ganz verwischt werde. Man war sich darüber einig, daß am besten die Intervention eines Bischofs nachgesucht würde. Nichts leichter als dies. Nur war die Frage: welchen Bischof sollte man wählen? Von Kardinal Fischer, dem hohen Protektor aller „Christlichen“ sah man (Klugerweise) ab. In engerer Wahl kamen Bischof Dr. Schulte von Radoborn und Bischof Dr. Vertram von Hildesheim. Man entschied sich schließlich auf Bischof Vertram, der die Mission denn auch angenommen und ausgeführt habe.“

Soweit der in „Köln“ Kreisen sehr angesehene und weitverbreitete Geistliche, dessen Aussagen jederzeit zeugeneidlich bekräftigt werden können. Er hat noch andere Sachen mitgeteilt, die aber nicht hierher gehören und auch schon hinlänglich bekannt sind. In den Kreisen der Kölner Richtung haben wir oft genug das Wort gehört vom starken Arm der Regierung, der die „christlichen“ Gewerkschaften vor Rom schütze.

Der Streikendarm.

Herr Dr. Strefemann, einer der Wäcker im Hansabund, ist jüngst dafür eingetreten, für den Streiküberwachungsdienst besondere Beamte auszubilden. Diesen Gedanken spinnt Oberverwaltungsgerichtsrat Müller, der juristische Streikspezialist des Hansabundes, in einem Artikel weiter, den er im „Tag“ veröffentlicht. Er führt dort u. a. aus:

„Die Veranstellung und Durchführung des Streiks, die Tätigkeit der Streikposten und der Streikposten, der Terror, der beim Streik geübt wird, das alles ist heute Spezialwissenschaft. Die freien Gewerkschaften wissen das sehr wohl und handeln danach. Sie geben genau ausgearbeitete Anweisungen heraus und schicken ihre gut gedruckten, mit reichen Erfahrungen ausgerüsteten, geschickten und tatkräftigen Streikleiter von der Zentralstelle an den Streikort; dabei ist natürlich die Hauptrolle nicht sowohl die gedruckte Instruktion als die lebende Anwesenheit des

Streikleiters. Es ist ausgeschlossen, daß unsere britischen Polizeiorgane, die vielfach doch glücklicherweise verhältnismäßig selten mit Streiken zu tun haben, so eingearbeitet sind, wie es wünschenswerter erscheint. Deshalb ist es notwendig, daß an einer oder mehreren Zentralstellen besondere, und zwar besonders geeignete Beamte für den Streikdienst ausgebildet und jeweils an die gefährdeten Stellen zur Unterstützung und Hilfeleistung entsendet werden.“

Herr Müller ist, genau wie Herr Strefemann, nationalliberal, und es darf angenommen werden, daß der Streikendarm eine der Konzeptionen ist, die von den Nationalliberalen den Scharmachern gemacht werden. Fragt sich nur noch: soll der Streikendarm eine Reichs- oder Landesache werden?

Aus dem bayerischen Landtag.

Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten hat in seiner heutigen Sitzung den Antrag der Staatsregierung, 600 000 Mark zur Beschaffung von Radium bezw. Mesothorium zu Zweck der Krebsheilung in den Kliniken der drei Landesuniversitäten zu bewilligen, einstimmig angenommen.

Rekrutenmishandlungen beim Gardebataillon.

In der Berufungsinstanz vor dem Oberkriegsgericht des Garde Corps fanden die umfangreichen Rekrutenmishandlungen beim Gardebataillon ein Nachspiel. Unter der Anklage zahlreicher Mishandlungen, Verleumdungen und vorchriftswidriger Behandlungen hatte sich der Unteroffizier Hoffmann zu verantworten. Im ganzen wurden 31 Fälle von Mishandlungen und 39 Fälle von vorchriftswidriger Behandlung angenommen. Die Mishandlungen greifen bis auf das Jahr 1912 zurück. Ein anonymes Brief, der an den Bataillonskommandeur gerichtet worden war, sollte die Vorgesetzten von den Mishandlungen in Kenntnis setzen. Der Angeklagte pflegte die Untergebenen bei dem Früh- und Mittagssdienst zu peinigen. Dabei trat gar oft der Reitstod in Funktion. Der Rekrut Sustrate wurde von dem Angeklagten in einer Reihe von Fällen mishandelt. Wiederholt wurde er mit dem Reitstod geschlagen. Auch wurde S. mit Ohrenschellen bestraft. Der Angeklagte ließ die Leute auch gern mit gefülltem Papertorb in die Kniebeuge auf- und abgehen. Einer der Untergebenen mußte auch mit dem Mistfaß in den vorgestreckten Armen in die Kniebeuge gehen, bis ihm schließlich die Arme zitterten. Hoffmann verschmähte es auch nicht, die Untergebenen durch Fußtritte zu „erziehen“. Ferner trat der Reitstod in Aktion. Bei einer Gelegenheit ließ S. einen Rekruten so lange in die Kniebeuge gehen, bis dieser nicht mehr konnte. Als er außer Atem war, rief er ihm zu: „Willst Du wohl die Fresse zumachen!“ Die Fährperle wurde bei den Mishandlungen gleichfalls in Anwendung gebracht. U. a. verfeuerte er einmal einen Rekruten mit den Worten: „Bist Du was noch nicht aus dem Stall!“ einen heftigen Schlag mit der Peitsche ins Gesicht. Wenn die Leute die Peitsche schlecht purkten, mußten sie in die Kniebeuge gehen. Einer der Mishandelten bekam dabei einen Schwindelanfall. Den Rekruten Terhorn, der dem Angeklagten nicht ein Wäherbreit angesetzt hatte, weil ihm dies vom Feldwebel verboten worden war, nahm sich S. besonders vor. Er mußte fortwährend in die Kniebeuge gehen und den gefüllten Mistfaß so lange in den ausgestreckten Armen halten, bis er zitterte. Ein besonders roher Fall von Mishandlung wurde gegenüber dem Rekruten Sauerzad festgestellt. Er erhielt von S. einen so

heftigen Fußtritt gegen die Leistengegend,

daß er noch acht Tage später beim Reiten die Folgen spürte. Auch ließ der Angeklagte die Leute Eimer mit Wasser in den ausgestreckten Armen halten, bis sie schwankten. Das Oberkriegsgericht erkannte neben einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und drei Tagen auch auf Degradation.

Ein mexikanischer Schinderhannes.

London, 15. Januar 1914. (Eig. Ber.)

Die Einnahme der kleinen nordmexikanischen Grenzstadt Ojinaga durch die Aufständischen hat den Sieger von Ojinaga, General Villa, zum Ruhme verholfen. Er soll jetzt dem Haupte der Rebellen, dem General Carranza, eine gefährliche Konkurrenz machen und nach dem Präsidentensessel trachten. So berichtet nämlich ein Korrespondent der Londoner „Times“. Dieser gibt eine interessante Schilderung des Charakters und der Vorgeschichte der neuesten Felder. Wir geben sie hier wieder. Man darf jedoch nicht vergessen, daß die Engländer, die in Huerta den Freund sehen, vielleicht nicht als ganz einwandfreie Zeugen gegen die aufständischen Schuhbesohlenen der Panseekapitalisten betrachtet werden können, die sich der Rebellen zu ihren Zwecken bedienen. Doch das von dem General Villa entworfene Charakterbild hat die Wahrscheinlichkeit für sich.

Im Alter von 18 Jahren verlegte sich Pancho Villa auf das in Mexiko so blühende Geschäft des Strahenzuckers. Es heißt, daß er einen reichen Mann umbrachte, der seine Schwester verführt hatte. Darauf soll er der Gesellschaft die Fehde geschworen haben. Er plünderte nach der Art des romanischen Räuberhauptmanns die Reichen aus und schenkte den Armen viel aus dem so erzielten Einkommen. Dieses romanische Phänomen seines Lebens hörte jedoch auf, als ihn Madero zum Offizier ernannte. Die erste begrabigte Tatsache in seinem Leben besteht aus einer Anklageschrift, in der Pancho Villa der Disziplinlosigkeit, des Einbruchs, des Strahenzuckers und der Notzucht bezichtigt wurde. Huerta ließ ihn zum Tode verurteilen, aber durch das Eingreifen Maderos kam Villa frei.

Als im Februar des Jahres 1913 Carranza die Fahne der Rebellion gegen Huerta erhob, sammelte Villa eine Streitmacht, die den Aufständischen beistehen sollte. Villa organisierte seine Truppen gut. Im Hintertreffen hielt er stets eine Zahl der ihm absolut ergebenen Soldaten. Diese mußten auf die Vordermänner schießen, wenn sie Miene machten, auszuliefern. Der Plan soll sich vorzüglich bewährt haben. Der General Villa schritt von Sieg zu Sieg. Im Herbst beunruhigte er die Regierungstruppen in Chihuahua und vernichtete keine Heeresteile. Dann nahm er mit geschickter Strategie die Stadt Torreon ein. Er hielt dort die Ordnung gut aufrecht. Schloß die Schenken, erschloß alle, die plündern wollten, und erhob von den Banken und Geschäftshäusern einen Tribut in der Höhe von 300 000 Pfund Sterling. — Wie man sieht, hat Pancho Villa das Zeug zu einem Kapitalisten in sich. Sein Wahlspruch ist offenbar: Man muß immer herzhaft zugreifen, aber die kleinen Diebe muß man hängen.

Alsdann machte er sich an die Umzingelung der Stadt Chihuahua, die er durch einen genialen Streich eroberte. Er nahm einen Kohlenzug weg und schickte ihn, mit Soldaten beladen, nach Juarez, woher die Befahrung Chihuahua's beständig Verstärkung bezog. Durch einen Eisenbahntelegraphisten ließ er die Juarezer wissen, daß ein mit Kohlen beladener Zug eintreffen werde. Der Zug traf ein, die Soldaten sprangen aus den Wagen wie aus dem hölzernen Pferde von Troja heraus und gerieten in die Regierungstruppen. Bald darauf wurde Chihuahua genommen.

Villa wird als ein Mensch von bemerkenswerter Energie geschildert. Obwohl brutal in seiner Sprache und manchmal auch in seinen Handlungen, ist er doch mächtig in seinen Gewohnheiten, trinkt und raucht nicht und scheut keine Mühe und Gefahr. Er ist von unersetzlicher Statur und sieht nicht sehr intelligent aus. Für seine Kriegstaten sollen drei Amerikaner verantwortlich sein, die

ihn begleiteten, von denen der eine auf Kuba und den Philippinen sich als geschickter Taktiker bewährt hat. Das nächste Ziel des General Villa ist die Stadt Mexiko und dann? — Nun, die Panseekapitalisten können auch einen Schinderhannes brauchen, wenn er ihnen das alleinige Ausbeutungsrecht Mexikos sichern kann.

Angriff auf Mexiko.

New York, 16. Januar. Nach einem Telegramm aus Chihuahua will der Rebellenführer General Villa versuchen, bei Guadaluajara zu General Carranza zu stoßen, um mit ihm a u f M e x i k o zu marschieren. General Villa erklärt, daß er bei dem jetzigen Anmarsch seiner Armee 25 000 Mann zu einem entscheidenden Schlag gegen die Hauptstadt führen könnte.

Belgien.

Fünfundzwanzig Millionen für Klosterschulen.

Man schreibt uns aus Brüssel:

In der belgischen Kammer, wo seit drei Monaten die Schuldebatte heruntergeschauert wird, wird jetzt fleißig abgestimmt. Ein, zwei, drei Sitzungen — und wieder ist ein Artikel angenommen. Es ist immer dasselbe Bild. Die Sozialisten und Liberalen bringen Zusatz- und Änderungsanträge ein, dokumentieren sie, halten ihre Reden und schließlich wird jeder Artikel, Link gegen Rechte — mit unänderbarem Regierungstext angenommen. Diese sind ratternde liberale Abstimmungsmaschine bedeutet für die Klöster eine ganz niedliche Leistung: sie wird ihren Schulen rund Fünfundzwanzig Millionen zuführen. Soviel ungefähr steht das Schulgesetz an Subventionen für den kongregationalistischen Unterricht vor. Diese Liberalität des Staates für liberale Schulzwecke bekommt aber erst eine richtige Beleuchtung, wenn man vergleicht, was der Staat für die öffentlichen kommunalen Schulen leistet.

Die Stadt Brüssel erhält z. B. nach dem neuen Gesetz für jeden Schüler einen staatlichen Beitrag von 37 Fr.; die freien, d. h. Klosterschulen, erhalten pro Schüler 69 Fr.! Die Brüsseler Gemeinde erzählt durch das neue Gesetz eine Reu-belastung von 85 000 Fr.; die Klosterschulen dagegen erhalten um 205 000 Fr. mehr als heute!

Den Klosterschulen in Antwerpen werden ihre staatlichen Subventionen gleichfalls um ein Beträchtliches erhöht. Sie erhalten nur um 375 000 Fr. mehr als die städtischen Schulen. Es zeigt sich sonach, daß die Liberalen über ihre ursprüngliche Forderung — den Klosterschulen dieselben Subventionen wie den kommunalen Anstalten — noch hinausgegangen sind, und der Staat die ersteren weit besser dotiert als die letzteren. Was weiter nicht erstaunlich ist, da sich das Gesetz ja von vornherein durch seine ganze Tendenz gegen die kommunalen Schulen richtet und diesen durch den Klosterunterricht das Terrain abgraben will und zum Teil auch wird. Denn während für die kommunalen Schulen zum großen Teil die Gemeinden aufkommen müssen, werden die kongregationalistischen Schulen vom Staat erhalten. Die Gemeinden, die also vom öffentlichen Unterricht nicht gerade begeistert sind und die Mehrbelastung scheuen, werden, aber vielleicht auch, um ihren Steuerzahlern einen Gefallen zu tun, die kommunalen Schulen eingehen lassen, um sie — das neue Gesetz macht das ja sehr leicht — durch kongregationalistische zu ersetzen. — Ein Jertum wäre es aber, anzunehmen, daß diese 25 Millionen Subventionen in Zukunft wirklich und wahrhaftig Schulzwecken zugeführt werden. Die Regierung und die Rechte weisen das von der Opposition geforderte Kontrollrecht ab mit der famosen Begründung, daß der Staat sich keine Kontrolle über den „privaten“ Unterricht anmaßen darf. — „dort“ bloß zahlen, aber nicht kontrollieren. — Da die Klöster selbst reich sind und ihr Unterricht sie nicht eben viel kostet, wird von den dem Klosterunterricht gewidmeten 25 Millionen ein noch beträchtlicher Teil wie bisher für die liberalen W a h l s o n d s abgeben. Und politische Vorteile zu bringen, die politische Herrschaft des Liberalismus zu befestigen, das ist ja mit der Hauptzweck dieses sogenannten „Schul“gesetzes.

England.

Gegen die Flottenrüstungen.

London, 17. Januar. In der City fand gestern nachmittags unter dem Vorsitz des Herrn Hirst, des Herausgebers der Wochenschrift „Economist“ eine Protestkundgebung gegen die Vermehrung der Flottenrüstungen statt. Die Versammlung war zahlreich besucht, aber die Londoner City ist ein haubniskischer Boden und es hatten sich eine Anzahl lärmender Patrioten von der Fondsbörse eingefunden, die die Redner unterbrachen. Trotzdem wurden die Resolutionen gegen die unbegrenzten Dreadnoughtbauten — einer der Redner erwähnte das kaum glaubliche Gerücht, daß Churchill neun neue Schiffe haben wolle — mit großer Majorität angenommen. Außer dem Vorsitzenden sprachen hervorragende Männer der Industrie für die Resolutionen.

Letzte Nachrichten.

Der Dubliner Streik beendet.

London, 17. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach Meldungen aus Dublin hat dort die Streikleitung nach einer Sitzung, die die ganze Nacht dauerte, den Abbruch des Streiks beschlossen. Der Kampf hat zwanzig Wochen gedauert. Nach den vorliegenden Resultaten der teilweise Gemeinderatswahlen, die am Donnerstag in Dublin stattfanden, haben die Arbeiter zwei neue Mandate gewonnen. Auch in den übrigen Bezirken schnitten sie nicht schlecht ab, trotz der wüsten Heße, die von den katholischen Pfaffen gegen die Arbeiterkandidaten betrieben wurde.

Ein Protest gegen die Säbelherrschaft in Südafrika.

London, 17. Januar. (W. T. B.) Der Nationalausschuß der unabhängigen Arbeiterpartei hat folgende Resolution gefaßt: Wir protestieren gegen das despotische Vorgehen der südafrikanischen Regierung, die unter Mitschuß des Generalgouverneurs Lord Gladstone und des Kolonialamtes im Interesse des Kapitalismus und der Klassenherrschaft die Gewerkschaftsführer verhaften ließ, die Verfassung unterdrückte und das Kriegsrecht erklärte. Wir hegen das Vertrauen, daß die organisierten Arbeiter des ganzen Dominions gemeinsame Sache machen werden und in geeinter Front diesem neuesten Versuch, britische Einrichtungen zu ruffizieren, Widerstand entgegenzusetzen werden. Eine Abschrift der Resolution wurde dem Kolonialsekretär übersandt.

Schredstat einer Wahnsinnigen.

Serne, 17. Januar. In der Kolonie der Gewerkschaft „Friedrich der Große“ wurde die Frau des Bergmanns Schittkowski plötzlich vom Wahnsinn befallen. Sie sprang auf, ergriff ihr sieben Boden alles Kind und schleuberte es solange an die Wand, bis es tot war. Den dreijährigen Sohn hätte daselbe Schicksal ereilt, wenn nicht im letzten Augenblick der Vater hinzugekommen wäre.

Friedrichstrasse
110 - 112
Passage - Kaufhaus

W. Wertheim

Potsdamer Str. 10-13
Leipziger Str. 75-76
am Dönhoffplatz

G. m. b. H.

Inventur-Verkauf

Ganz besonders
günstige Angebote!

Montag bis Freitag: Schluß-Tage

Kein Verkauf an
Wiederverkäufer!

Zurückgesetzte Waren, Restbestände und andere vorteilhafte Gelegenheitsposten stehen in fast allen Abteilungen zu **außergewöhnlich niedrigen Preisen** zum Verkauf.

Wäschestoffe

Hemdentuch Meter 34, 42, 50 Pl.
Renforcé Meter 35, 42, 48 Pl.
Llnon, 80 cm breit . . . Meter 42, 55, 65 Pl.
Llnon, 130 cm breit . . . Meter 78, 90 Pl., 1.05

10 Meter-Kupons

Spezialmarke 3.25 | Wäschetuch 4.75
mittelkräftig | feinfädig
Louisianatuch 3.90 | Edeltuch 5.25

Damast-Tischzeuge

weiß 130/130 1.65 130/160 2.10 130/200 2.50
gebleicht cm
Servietten dazu passend, 60/60 cm, Dutzend 4.80

Wäsche-Stickereien

Schweizer Fabrikat 65, 95 Pl., 1.25
Kupons von 4.00 Metern
Schweizer und Plauener **Stickerei-Reste**
Jeder Rest 10, 20, 30, 50 Pl.

Taschentücher

Weiß-Batist mit Hohisaum für Damen 1.40, 1.60
Dutzend
Bunt-Batist für Damen Dutzend 1.40, 1.75
12: Herren, Dutzend 1.75, mit Hohisaum, Dutzend 2.65
Leinen-Batist mit Hohisaum und gestickter Ecke Stück 40 Pl.
Madelra-Imitation weiß und farbig Stück 48 Pl.

Einzelne Fenster

Gardinen, Stores und Halbstores und leicht angestaubte Bettdecken, ferner Restbestände von Möbel- und Liberty-Stoffen
zwecks Räumung **25% unter regulärem Preis**

Kleiderstoffe

Blusenflanelle Baumwolle, englisch Art, gestr., Meter 35 Pl.
Bedruckt. Woll-Musselin Meter 50 Pl.
Blusenstoffe schwere, wolllhaltige Qualität . . . Meter 70 Pl.
Bedruckt. engl. Crêpon moderne Streifen- und Blumenmuster . Meter 58 Pl.
Blusenflanelle reine Wolle und Halbwole, zum Teil mit Seide gestreift Meter 90 Pl.
Ein Posten **halbfertige Roben**
verschiedene Stoffarten, jede Robe jetzt 1.75, 2.25, 3.50

Damen-Ulster

einfarbige Stoffe oder solche englischer Art, regulär bis 15.50 bis 28.00 bis 45.00
6.50, 12.50, 18.50

Damen-Mäntel

Astrachan, Samt oder schwarzes Tuch, regulär bis 30.00 bis 48.00 bis 72.00
16.50, 24.50, 39.50

Damen-Kostüme

Stoffe englischer Art oder blauer Cheviot, regulär bis 30.00 bis 50.00 bis 65.00
12.50, 18.50, 24.50

Damen-Blusen

aus Seide oder Tüll 3.50, bis 5.50
regulär bis 6.00 bis 9.50
Gelsu-Form, Wolle, Velle oder Wollmusselin, regulär bis 8.00 bis 9.75 bis 13.00
4.50, 5.90, 7.90

Kleider-Röcke

Stoffe englischer Art, verschiedene Fassons, regulär bis 3.50 bis 5.50 bis 7.50
1.75, 2.25, 3.50
Gemusterte und blaue Kammgarnstoffe, regulär bis 10.00 bis 15.00 bis 18.00
4.90, 6.90, 8.90

Jupons

Halbtuch 2.90, 3.90
aus Baumwolltrikot mit Atlas-Volant 3.90, 4.50
aus Atlas 5.25, 6.50
aus gestreiftem Molrée oder Ramage 5.90, 7.90
aus Seide 8.50, 12.50

Pelzwaren

Nerz - Murrel - Krawatte 14.50
ca. 160 cm lang, regulär bis 36.00
Skunks-Opossum-Krawatte 16.50
ca. 135 cm lang, regulär bis 35.00
Imit. Fuchs-Schal 24.50, Mufftasche 22.50
ca. 175 cm lg., reg. bis 35.00
Austral. Opossum-Krawatte 48.00
4-teilig, ca. 160 cm lang, regulär bis 62.50
Alaska - Fuchs - Kollier 85.00
2-fellig, regulär bis 150.00

Handarbeiten

Ein Posten Decken, Läufer, Tablettdecken, Paradehandtücher, Nachttaschen zum Teil mit Madelra-Stickerol, Hand-Klöppelspitzen-Garnierung und Handflet-Einsätzen, elegante Ausführung

Serie I: 3.75 | Serie III: 6.75
reg. bis 7.50 | reg. bis 12.50
Serie II: 4.75 | Serie IV: 9.75
reg. bis 9.50 | reg. bis 25.00

Ein Posten

Weisse Handarbeiten

vorgezeichnet, zum Teil fertig Serie I: 10 Pl. Serie II: 25 Pl.
Serie III: 45 Pl. Serie IV: 65 Pl. Serie V: 95 Pl.
Decken und Kissen vorgezeichnet, aparte Muster durchweg 68 Pl.

Enorm billige Weißwaren

Tüll-Beffchen, aparte Ausführung, durchweg 28 Pl.
Fertige Unterziehpassen aus Valenciennes und Tüll, mit Oummiband, Druckknopf und Kragenstäben 65, 95 Pl.

Korsette

Halblange Form, grauer Dreil, mit Haltern . . . 1.35
Frack-Fasson, cremefarb. Dreil auf Spiralfedern 1.85
Directoire-Fasson, weiß-blau und weiß-rosa ge- 2.25
mustert, mit Haltern
Langhüftige Fasson, beige-farbig und hellblauer 2.75
Dreil, mit Haltern
Brusthalter weiß, mit Spitze 95 Pl., 1.75

Auf Extra-Tischen im Parterre:

Restbestände

Damen-Hemden, Beinkleider, Nachthemden, Prinzessröcke usw.
bedeutend im Preise ermäßigt

Seidenstoffe

Crêpe de Chine Illusion reine Seide, einfarbig Meter 90 Pl.
Schwarzer Merveilleux u. Taffet reine Seide Meter 90 Pl.
Einfarbige Paillette reine Seide Meter 1.25
Reinseid. Paillette doppelbreit, eleg. Kieiderselbe, weiß, schwarz und farbig, Meter 2.80
Reinseidene Messaline doppelbreit, schwarz, weiß und farbig, Meter 3.70
Ein Posten **Seidenstoffe**
einfarbig, schwarz, weiß, mod. Streifen und Karos für Kleider u. Blusen, Meter 90 Pl., 1.25

Nur Potsdamer und Leipziger Straße:

Ein großer Posten

Nur Potsdamer und Leipziger Straße:

Herren-Anzüge
jetzt 8.50, 16.50, 25.50

Herren-Westen
darunter Frack-Westen, neueste Fassons jetzt 3.50, 8.50

Herren-Ulster
jetzt 16.50, 28.50, 35.00

Bewerkschaftliches.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich.

Zum ersten Male liegt in dem dieser Tage erschienenen siebenten Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ eine vollständige Verbandsstatistik der in Deutschland geltenden Tarifverträge vor.

Aus der amtlichen Statistik ergibt sich, daß in Deutschland des Tarifvertragswesens immer mehr Boden gewinnt; in den letzten sechs Jahren hat sich nicht nur die Zahl der Tarife, sondern auch die Zahl der tariflich gebundenen Personen mehr als verdoppelt, wie nachfolgende Uebersicht zeigt:

Table with 4 columns: Bestand, Tarifverträge, Betriebe, Personen. Rows for years 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912.

Nach Aussonderung der Doppelzählungen verdichten sich die Ende 1912 bestehenden Tarifverträge zu 10 789 Tarifgemeinschaften für 159 930 Betriebe mit 1 574 285 beschäftigten Personen.

Im Jahre 1912 sind 3826 Tarifgemeinschaften für 37 634 Betriebe mit 382 350 Personen neu in Kraft getreten.

Dem Geltungskreis nach geordnet, sind von der Gesamtzahl der Ende 1912 bestehenden Verträge 7809 Verträge für 419 075 Personen Firmentarife, 1388 für 283 532 Personen Ortsstarife, 1531 für 790 733 Personen Bezirksstarife und 11 für 80 945 Personen Reichstarife.

Dem Wirkungsbereich nach gruppiert, erstrecken sich von den 10 647 Tarifen, über die Angaben vorliegen, 5575 auf 1 Betrieb, 2863 auf 2 bis 10 Betriebe, 969 auf 11 bis 20 Betriebe, 693 auf 21 bis 50 Betriebe, 287 auf 51 bis 100 Betriebe und 260 Tarife haben für mehr als 100 Betriebe Geltung.

In einzelne Gewerbegruppen ist der Tarifgedanke besonders eingedrungen. Im Baugewerbe wurden gezählt 2466 Tarife für 596 273 Personen, in der Industrie der Nahrungsmittel und Genussmittel 2167 Tarife für 120 284 Personen.

Durchschnittlich 54,1 Proz. aller tariflich gebundenen Personen gehörten einer Arbeiterorganisation an. Dieser Durch-

schnittsprozentsatz wird in einer Reihe von Gewerbegruppen bedeutend überschritten. Im Polygraphischen Gewerbe gehörten 93,8 Proz., im Handelsgewerbe 82,1, in der Holzindustrie 81,5, in der Chemischen Industrie 76,6 Proz. der tariflich erfaßten Personen der Organisation an.

Auf das Handwerk entfallen 3826 Tarife für 110 900 Betriebe mit 450 928 Personen. Zum Handwerk sind diesmal aus einer Reihe Gewerbegruppen die Verträge gerechnet, welche Betriebe umfassen, die Erzeugnisse des Handwerks herstellen, und bei denen im Durchschnitt der einzelnen Tarifgemeinschaft auf einen Betrieb bis 10 Personen entfallen.

Die umfangreiche amtliche Statistik bringt eingehende Nachweisungen über die tariflich geregelte Arbeitszeit, über Löhne, Entlohnungsarten, Kündigungsfristen, Schlichtungsinstanzen, einen Vergleich der ortsüblichen Tagelöhne zu den Tariflöhnen usw.

Ein Bild starker Entwicklung des Tarifvertragswesens ist es, das die amtliche Statistik zeigt. Nicht nur die Zahl der Verträge und erfaßten Personen nimmt von Jahr zu Jahr zu, gleichen Schritt hält mit dieser Entwicklung in die Breite, die Ausgestaltung und innere Veredlung der Verträge.

Berlin und Umgegend.

Die Not in der Berliner Holzindustrie

hat Unternehmer und Arbeiter zu dem Verlust einer gemeinsamen Abwehr zusammengeführt. Gegenwärtig stehen in den Berliner Tischlereien über 8000 Bänke leer. Kamentlich ist die Fabrikation einfacher Möbel immer mehr aus Berlin verdrängt worden.

Aus dem Fleischergewerbe. Die Firma Sperlisch, Dursch- und Fleischzentrale, Brunnenstr. 76, ist nicht zu bewegen, den Tarifvertrag mit der Organisation abzuschließen.

Deutsches Reich.

Katholische Moral.

Das Organ der katholischen Fachabteilungen vom 18. Januar schreibt unter Elbing:

auf 250 000 Mk. erhöht, den Grafentitel erhalten solle. Die Spenden gingen denn auch in Höhe und Fülle ein und in kurzer Zeit war nicht nur das Baugeld, sondern darüber hinaus auch ein stattlicher Reservecfonds vorhanden.

Musik.

Konzerte. Im sechsten philharmonischen Konzert glaubte Arthur Nikisch für einen Künstler als Sinfoniker einzutreten zu müssen, dessen Stärke wohl eingestandenemmaßen einzig und allein auf dem Gebiet der Oper liegt.

Wie anders fühlt und lebt doch so ein Kammermusikpublikum wie das des Klingler-Quartetts in der Singalabende mit! An und für sich ist dieses Publikum sonst wohl im allgemeinen für Novitäten nicht einmal besonders empfänglich.

Der Hauptführer der hiesigen sozialdemokratischen Gewerkschaften, Gewerkschaftssekretär Hermann Trille, ist in Elbing nach kurzer Krankheit am 9. Januar gestorben.

Wenn man fromme kanalisierte Katholiken fragen wird, was mit dieser Notiz gemeint ist, so wird man etwas von der „göttlichen Vorsehung“ und von dem „göttlichen Strafgericht“, das Trille getroffen hat, zu hören bekommen.

Ausland.

Die bayerischen Staatsbeamtenvereine der höheren, mittleren und unteren Beamtencategorien haben den Zusammenschluß zu einer Arbeitsgemeinschaft vollzogen.

Die übrigen suchen nun mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, Arbeitskräfte aus dem Auslande herbeizuziehen. Das tun dieselben Unternehmer, welche erst vor kurzem an die Genfer Regierung den Antrag stellten, die „lästigen Ausländer“ auszuweisen.

Der Streit der österreichischen Buchdrucker.

Alle Anstrengungen der „Klein- und Mittlepresse“, die österreichischen Buchdruckerbesitzer mit Arbeitswilligen zu versorgen, sind offenbar ergebnislos.

Welche Verapredungen etwaigen Arbeitswilligen gemacht werden, mag das folgende Schreiben eines Teplitzer Unternehmers erweilen: „Ich zahle Ihnen einen Wochenlohn von 40 Kronen bei freier Verpflegung.“

Notizen.

Vorträge. Im Institut für Meereskunde spricht Montag Dr. A. Mühl über Hamburg und Bremen, Dienstag Dr. E. Dettinger über: Die Farbe des Meerwassers.

Amundsen in Berlin. Sonntag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, hält in der Singalademie Amundsen zum letzten Mal seinen Vortrag: „Meine Reise zum Südpol.“

Späte Anerkennung. Dem Maler Karl Hagemeyer in Berder ist jetzt, da er die 60 hinter sich hat, der Professoritel verliehen worden.

Der nicht verliehene Grillparzerpreis. Zur Verleihung des deutschen Dramatischen soll alle drei Jahre ein Grillparzerpreis im Betrag von 5000 Kronen verliehen werden.

Eine österreichische antarktische Expedition will unter Führung von Dr. Felix König, der die zweite deutsche Südpolexpedition mitgemacht hat, vom Weddellmeer aus Vorstöße unternehmen.

Kleines Feuilleton.

Der Umgang mit preussischen Behörden. Das ist eine unglückliche Lüge: es gibt tausend Anstandsbücher, aber keine für den Verkehr mit Barbaren.

- 1. Laß Dir nichts gefallen!
2. Gib durch Dein Benehmen von vornherein zu erkennen, daß Du den Beamten absolut gleichwertig bist; bete sie nicht an und diene ihnen nicht.
3. Wenn jemand — und das wird der Normalzustand sein — Dich anschnauzt, so krackele nicht.
4. Nimm alles persönlich, als ob Dein Nachbar mit Dir spricht; Uniform einschuldig keine Ungezogenheit, sie erschwert sie.
5. Gehe immer aufs Ganze! Bedenke, daß diesen Menschen nichts widerlicher ist als Schreiarbeit; daher
6. mache stets und immer Gebrauch von allen Deinen Rechten.
7. Laß nie etwas auf sich beruhen!
8. Gib auch in den Kleinigkeiten nicht nach.
9. Bewege Dich ihnen gegenüber frei, unbefangen, ganz wie wenn Du unter zivilisierten Menschen lebst.
10. Laß Dir nichts gefallen.

„Die menschliche Eitelkeit dem menschlichen Glend!“ Die sonderbare Inschrift: „Die menschliche Eitelkeit dem menschlichen Glend“, die die Front des Krankenhauses von Rio de Janeiro ziert, hat eine ganz besonders lehrreiche Geschichte.

blag zu fahren, so daß Sie fast direkt vor dem Geschäft anlangen."

Trotz dieser Versprechungen hat die in Frage kommende Druckerei keine Streikbrecher finden können.

Jetzt wird auch das Märchen, daß die Gewerkschaft die Schuld an dem Abbruch der Verhandlungen trage, von den Unternehmern selbst ad absurdum geführt. Warum in Wahrheit die Friedensverhandlungen scheitern mußten, zeigt deutlich die dieser Tage erscheinende Sondernummer der österreichischen Unternehmerorganisation, die „Ostschweizer". Da heißt es:

„Aus den einzelnen Landesbereichen kommt die Forderung, nicht zu verhandeln."

Und begründet wird dies damit, daß alle bisherigen Opfer umsonst gebracht wären, wenn man sich vorzeitig in Verhandlungen einließe."

Damit ist es nun wohl klargestellt, wie ernst es den Scharfmachern mit den Verhandlungen gewesen ist. Als sie den Verhandlungsversuchen des Ober-Gewerbeinspektors nicht mehr ausweichen konnten, weil ja in der unwillig gewordenen Unternehmerschaft die Lage, daß die Gewerkschaft die Verhandlungen ablehne, nicht mehr geglaubt wurde, erklärten sie sich zu einer Aussprache bereit. Jetzt aber erfolgt die Demaskierung. Man wollte einfach nicht ernstlich verhandeln, da es ja „vorzeitig" wäre. Darum mußten die Verhandlungen scheitern.

Der Streik der Brüsseler Chauffeure beendet.

Man meldet uns aus Brüssel: Der Streik der Chauffeure der größten Brüsseler Mietautogewerkschaft, der vor acht Tagen begann, hat mit einem Sieg der Streikenden geendet. Die Streikenden setzen ihre hauptsächlichsten Forderungen erfüllt und zwar nicht, wie es die Gesellschaft anfänglich beabsichtigte, in Form von Verapropaganda, sondern in strikter und bindender Form. Der Venzinpreis ist wieder auf die ursprüngliche Höhe herabgesetzt; die infolge von Reparaturen verlorene Zeit wird bezahlt; auch in Bezug auf die Vergütung der Uniform wurden Zugeständnisse gemacht. Die bisher üblichen Abzüge für Beschädigungen und Wagenreparaturen werden fortan nicht mehr gemacht. Die Abnutzungsgeldern für die Gummifüßläufe werden herabgesetzt u. a. m. Schließlich verpflichtet sich die Gesellschaft keine Maßregelung vorzunehmen. Der schönste Erfolg dieses kurzen Kampfes ist jedoch die Gründung des Syndikats der Chauffeure, die sich damit in den großen Organismus der kämpfenden Arbeiterchaft einfügen.

Auch der Jugend das Koalitionsrecht!

Als die einzig richtige Antwort auf das Geschrei der Scharfmacher nach neuen Anordnungsgeetzen für die Arbeiterchaft hat diese selbst eine Bewegung für Vestsichtigung und Erweiterung des bestehenden Koalitionsrechtes erstehen lassen, die schon in ihrem Anfangsstadium einen imponierenden Eindruck macht. Dem einmütigen Willen der Klassenbewußten Arbeiterchaft ist in einem erfreulich schnellen Tempo auch im Reichstag durch unsere Fraktion Ausdruck verliehen worden. Sie hat das Verlangen nach einem Gesetzentwurf gestellt, der alle das Koalitionsrecht einschneidenden ausnahmegesetzlichen Vorschriften aufhebt, damit das Koalitionsrecht für alle Personen, die körperliche oder geistige Arbeitskraft zu Markte tragen müssen, unbedingt sichergestellt ist.

Wie sehr das Recht der Vereinigung des Schülers und Ausbaues bedürftig ist, bedarf an dieser Stelle keines weiteren Nachweises mehr. Dafür hat die gesamte Parteipresse in den letzten Tagen der Beweise genug geliefert. Aber nicht genügend gewürdigt worden ist der ausnahmegesetzliche Zustand, der die junge Arbeiterchaft zur Rechtslosigkeit verurteilt. Obwohl schamlos ausgebeutet, ist sie eines durchgreifenden Schülers und jeden Rechtes der Selbsthilfe beraubt.

Die den Jugendlichen gesetzlich erlaubte Vereinsfreiheit existiert in Wirklichkeit nicht. Das Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908, diese samose Frucht der konservativ-liberalen Paarung, hat sich in seinem berüchtigten § 17 als die Guillotine der vor Inkrafttreten des Gesetzes entstandenen freien Jugendorganisationen erwiesen und wird noch täglich dazu benutzt, dem Kampf der Mittel gegen die Bildungsvereinstaltungen der jungen Arbeiterchaft einen Schein des Rechtes zu verleihen. Wurde doch eine Jugendorganisation — um nur ein paar Beispiele herauszugreifen — für politisch erklärt und aufgelöst, weil sie unter anderem auch die Heberwahrung der gesetzlichen Jugendbeschäftigungsbestimmungen zu einer ihrer selbstverständlichen Aufgaben gemacht hatte. Mein literarische Vorträge über Dichter wurden im voraus verboten. Jugendversammlungen gegen die Schuldliteratur und für die Abstinenzpropaganda wurden polizeilich gesprengt. Und alles dies im Namen und in Ausübung des § 17 des Reichsvereinsgesetzes, womit die seinerzeit vom Staatssekretär von Bethmann Hollweg im Reichstage versprochene liberale Anwendung des Gesetzes ihre Illustration gefunden hat.

Den Jugendlichen Arbeitern aber, die in einem Lehrverhältnis stehen, war das Recht zum eigenen Schülers und zur geistigen Fortbildung schon mit Hilfe der Gewerbeordnung freitig gemacht worden. Der Lehrling unterscheidet sich bekanntlich von dem sogenannten ungelerten Arbeiter dadurch, daß er auf Jahre hinaus einem Menschen überantwortet ist, der nicht nur das Recht der Ausbeutung, sondern auch „Erzieher" rechte besitzt. Das sogenannte väterliche Zuchtungsrecht der Lehrmeister wurde zur Heberwahrung der außerhalb des Betriebes liegenden freien Zeit der Lehrlinge mißbraucht. Zahllose Lehrverträge existieren, in denen die Teilnahme der Lehrlinge an Vereinen und bildenden Veranstaltungen von der Erlaubnis des Lehrmeisters abhängig gemacht wird. Andererseits werden die Lehrlinge, ebenfalls in Ausübung des gesetzlichen Erziehungsrechtes, von den Lehrmeistern in gelbe und patriotische Vereine des Jungdeutschlandbundes gepreßt. Die natürlichen Erziehungsrechte der Eltern werden also offensichtlich zugunsten der Ausbeuterinteressen aufgehoben.

Dabei hat die Ausbeutung der 4 Millionen starken jungen Arbeiterchaft Deutschlands einen Grad erreicht, vor dessen Folgen sogar bürgerliche Sozialpolitiker erzittern. In erschreckendem Maße grassieren die Berufskrankheiten unter den Jugendlichen. Die Unfälle mehren sich. Die militärische Tauglichkeit der gestellungspflichtigen jungen Männer ist innerhalb des letzten Jahrzehnts von Jahr zu Jahr zurückgegangen; für die Stadtgeborenen von 54,8 Proz. auf 40,8 Proz. in den Jahren von 1902/03 bis 1908/09 und selbst für die Landgeborenen von 60 auf 57 Proz. Die Sterblichkeit unserer Jugend im Alter von 15 bis 20 Jahren ist um etwa 40 Proz. höher als die der Jugend Englands. Die Behörden, die ihre Kräfte im Kampfe gegen Arbeiterbewegung und Jugendbeschäftigung kulturschädigend vergeuden, bieten der kapitalistischen Vernichtung jungen Lebens keinen Halt. Hat doch die Reichsregierung Deutschland auf der Internationalen Arbeiterschulungskonferenz sich gegen die Erhöhung des jugendlichen Schulalters auf 18 Jahre gewendet. Und den bestehenden Jugendbeschäftigungsbestimmungen Geltung zu verschaffen, ist nicht das Bestreben der

Aufsichtsborgane. Von 2944 ermittelten Jugendbeschäftigten im Jahre 1911 wurden nur 1782 Personen = 10,7 Proz. bestraft, 80,8 Proz. gingen also strafflos aus! Selbst staatliche Gewerbeaufsichtsbeamten versprechen sich, angeichts der niedrigen Strafen für Gesetzesübertreter, keinen Erfolg des sogenannten gesetzlichen Jugendbeschäftigungsgesetzes.

Da muß die proletarische Selbsthilfe einsetzen, und nur sie kann die Untergrabung der Volksgesundheit durch die kapitalistische Ausbeutung unserer Jugend einschränken. Die Vorbedingung dazu ist aber das Koalitionsrecht der Arbeiter und Arbeiterinnen. Sind die Jugendlichen reich genug für die Ausbeutung ihrer jungen Kräfte, so müssen sie auch das Recht haben, sich gegen übermäßige Ausnutzung schützen und wehren zu können. Sie brauchen das Koalitionsrecht so notwendig wie das Brot zum Leben.

Unsere Reichstagsfraktion sollte darum die erste Gelegenheit benutzen, um auch für unsere arbeitende Jugend die Erringung des Koalitionsrechtes anzustreben. Entweder sind die das Verbandsrecht unterbindenden gesetzlichen Bestimmungen, vornehmlich der § 17 des Reichsvereinsgesetzes und der § 127a der Gewerbeordnung in einem die Koalitionsfreiheit der Jugendlichen nicht berührenden Sinne zu kommentieren, oder, was in unserem Willkürstaate entschieden vorzuziehen ist, alle derartigen gesetzlichen Ausnahmebestimmungen sind aufzuheben. In einer Zeit, wo von der Reiches höchster Spitze bis zum Nachtwächter herab die Gesundheit der bürgerlichen Jugendpflege untergrübt wird, dürfte eine Debatte über Jugendbeschäftigung und Jugendrecht im deutschen Parlament nicht nur ihren besonderen Reiz haben, sondern vor allem auch unter den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen aufklärend wirken.

Arbeitgeber gegen den genossenschaftlichen Regiebau.

Der Regiebau der Staaten, Kommunen und gemeinnützigen Unternehmungen hat in den letzten Jahren immer erweiterten Umfang angenommen, aller wütenden Bekämpfung zum Trotz, die er von den verschiedenen Interessentenkreisen findet. Wie sonst auf der Bühne des öffentlichen Lebens in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Interessen des Konsumenten oft eine gerabzu widerstandsfähige Rücksicht und im Gegensatz hierzu die vom reinsten Egoismus durchsehten Produzenteninteressen eine ebensolche Beachtung erfahren, so ist es auch auf dem Gebiete des Regiebaues. Alle Bestrebungen, zugunsten des Konsumenten, der großen Allgemeinheit, den überflüssig und direkt schädlich werden den Zwischenunternehmer auszuscheiden, stoßen auf eine geschlossene Phalanx der großen und kleinen Unternehmer. Und bei dem Einfluß, den sie in ihren teilweise staatlich anerkannten Interessentenvertretungen und auch sonst besitzen, gelingt es ihnen nicht selten, ihren Willen durchzusetzen. Das bedeutet allemal eine Schädigung der Allgemeininteressen zugunsten der Unternehmerklasse.

Am trefflichsten findet der Kampf um den Regiebau Illustrierung in den Kommunen. Sie sind wie keine anderen Gemeinwesen geeignet, ihre oft recht umfangreichen Spezialarbeiten auf eigene Rechnung zu erledigen. Einmal erhalten sie dann eine hochqualitative Arbeit in bezug auf Sauberkeit und Verwendung reiner Materialien, oft werden sie billiger arbeiten und zum Dritten werden die Interessen der Arbeiter besser gewahrt sein. Aber gerade in den Kommunen, deren Verwaltung den Grundbesitzern insofern längst überlebter Gemeinde- und Städteordnungen unterworfen ist, werden der Bau und andere Arbeiten in eigener Regie als ein Eingriff in die „Rechte" und Privilegien der Unternehmerkreise angesehen und daher nicht akzeptiert. In einzelnen Städten ist der Regiebau in einer Art organisiert worden, die dem hochhaltigen Verzuge verweigert ähnelt, ihn gründlich zum Nihilen zu bringen.

Doch auch gemeinnützige Baugenossenschaften, die zum Bau in eigener Regie übergegangen sind, versuchen die Unternehmergruppen aus den verschiedensten Hinterhalten beizukommen. Im offenen und direkten Kampfe bleiben sie in 99 von 100 Fällen arg geschunden auf dem Platze. Ein Schulbeispiel dafür, wie der Bau in eigener Regie rein praktisch wirkt und wie die Unternehmer ihn wohl gerade wegen seines günstigen Ergebnisses unmöglich zu machen suchen, bietet der Regiebau des Bauvereins Rützingen in Rützingen.

Die genannte, 1903 gegründete Baugenossenschaft beabsichtigte bereits, ihre ersten Häuser in eigener Regie zu bauen, doch gab hierzu das Reichsamt des Innern als Geselgeber nicht seine Zustimmung. Mindestfordernde für die Maurer- und Zimmerarbeiten nach Aufsat für die ersten 23 Häuser mit 138 Wohnungen war die Berliner Baufirma Rodwau u. Krauer; alle übrigen Arbeiten vergab die Genossenschaft an die einzelnen Handwerker direkt.

Als zur Vergebung der Neubauten im Frühjahr 1913 machte sich alljährlich eine geringe Erhöhung des Baupreises für die einzelnen Häuser resp. Wohnungen bemerkbar, die ja auch in unseren Wirtschaftsverhältnissen begründet ist. So stellten sich 1908 die Baukosten für eine Wohnung auf 8182,60 M., 1910 auf 8270,60 M., 1911 auf 8402,08 M., 1912 auf 8453,70 M., 1913 auf 8569,58 M. Das vorjährige Submissionsergebnis brachte ein überraschendes Resultat. Aus den einzelnen Offerten war zu ersehen, daß eine Verständigung der Bauunternehmer über die zu fordernden Einheitspreise vorlag. Mit dem Abgeber des niedrigsten Angebots, wonach sich die Herstellung einer Wohnung auf 8642,50 M. gestellt hätte, trat der Bauverein in Unterhandlung. Während der Verhandlungen erklärte der betreffende Unternehmer, daß er sein Angebot nicht aufrechterhalten könne, sondern seine für sechs Häuser mit 48 Wohnungen abgegebene Gesamtforderung von 174 886 M. auf 193 885 M. erhöhen müsse. Durch diese Nachforderung stieg auch der Herstellungspreis einer Wohnung von 8642,50 M. auf 4088,20 M.

Auf eine derartige ungebührliche Heraufschraubung der Baukosten durch den Unternehmerverband konnte die Genossenschaft mit dem einmütigen Beschluß, in eigener Regie zu bauen, nur die einzig richtige Antwort geben. Nach Vorlegung der Verhältnisse gaben auch die Landesversicherungsanstalt Hannover als Geselgeber und das Reichsamt des Innern als Besitzer des zu bebauenden Geländes hierzu ihre Zustimmung, verlangten aber die Einhaltung der ortsbüchlichen tariflichen Arbeitszeit und Lohnsätze für die zu beschäftigenden Arbeiter.

Im Juni wurde mit den Bauten begonnen, Maurer- und Zimmerarbeiten in eigener Regie ausgeführt und alle sonstigen Arbeiten fast ausschließlich an preisansässige Handwerker vergeben. Wenige Monate später ließ sich bereits ersehen, daß die Häuser nicht teuer wären, als im vergangenen Jahre für dieselben Typen an den Unternehmer gezahlt war. Diese Nachricht war für den Arbeitgeberverband das Signal, bei den Behörden gegen die weitere Genehmigung von Regiebauten vorstellig zu werden. Hand in Hand mit ihm gingen die Handwerkskammern für das Herzogtum Oldenburg und Aurich. Ein einberufener niedersächsischer Kammerstag befahl sich auch mit dieser Angelegenheit und nahm folgende Resolution an:

„Der niederländische Kammerstag bedauert lebhaft, daß es den mit öffentlichen Mitteln arbeitenden Baugenossenschaften mehrfach gestattet worden ist, bei der Ausführung ihrer Bauten die selbständigen Handwerker völlig auszuschalten. Dies bedeutet eine Heberwahrung der baugenossenschaftlichen Grundsätze, die mit gesunder Mittelstandspolitik unvereinbar ist. Der Kammerstag fordert, daß aus öffentlichen Mitteln Baugelder an

Baugenossenschaften und andere Bauherren nur unter der Bedingung gegeben werden, daß

1. die Bauten nicht im Eigenbetriebe ausgeführt werden,
2. die Vergebung der Bauarbeiten nicht in Generalunternehmung, vielmehr nach getrochten Grundsätzen erfolgt,
3. Bedürfnismöglichkeiten zu anderen als rein sozialen Zwecken nur mit besonderer Genehmigung der Landesversicherungsanstalt statthaft sind."

Diese Resolution nennt bei dem in Frage kommenden Bauunternehmern offene Türen ein. Es sind die selbständigen Handwerker nicht ausgeschaltet worden, sondern nur der Maurer- und Zimmermeister. Was man unter der Vergebung nach „gerechten Grundsätzen" versteht, ist leider nicht näher angegeben.

Nicht unerwähnt sei hier, daß auch die „Deutsche Arbeiterzeitung" für das Baugewerbe" bei Behandlung dieser Sache den Behörden begreiflich zu machen suchte, daß es sich hier um eine sozialistisch organisierte Arbeiterchaft handle, der unmöglich Land und Baugelder anvertraut werden könnten.

Zur Oktober wurden Vertreter des Arbeitgeberverbandes persönlich im Reichsamt des Innern um Unterjagung der ferneren Genehmigung zum Regiebau vorstellig; fast gleichzeitig wies aber der Bauverein Rützingen nach, daß er gegenüber der von Unternehmerseite abgegebenen niedrigsten Offerte die drei Häuser mit 48 Wohnungen um etwa 3000 M. billiger herstellt und ersuchte um Genehmigung für fernere Regiebauten. Die Entscheidung war für die Reichsbehörde nicht leicht: auf der einen Seite die organisierten Unternehmer, die in ihrem Protest geschmälert zu sein glaubten; auf der anderen Seite eine Arbeitergenossenschaft, die nachweislich, daß sie imstande ist, mit Ausschaltung einer Unternehmergruppe gute und preiswerte Wohnungen besonders für die Staatsarbeiter zu schaffen.

Nachdem seitens der Behörden die von der Genossenschaft selbst erbauten Häuser besichtigt und auch Verhandlungen bei den verschiedenen Handwerkern eingezogen wurden, die dahin lauteten, daß alle lieber für die Genossenschaft arbeiten, da ihnen so eine promptere Bezahlung gesichert sei, entschied sich das Reichsamt des Innern für eine gemeinsame Aussprache zwischen den Interessenten, die im November in Hannover stattfand.

An dieser Aussprache nahmen Vertreter des Reichsamts des Innern, der Landesversicherungsanstalt Hannover, der Handwerkskammern von Oldenburg und Aurich, des Arbeitgeberverbandes Wilhelmshaven-Rützingen und des Bauvereins Rützingen teil, ebenso waren die örtlichen Vertreter der beiden Behörden, die allen Sitzungen der Verwaltung des Bauvereins beizuhören, hinzugezogen. Eingehend wurde hier die vorläufige Bauabrechnung geprüft und allseitig anerkannt, daß die in eigener Regie ausgeführten Arbeiten musterartig seien. Von den Unternehmern wurde die prinzipielle Forderung erhoben, daß sämtliche Arbeiten nur an geprüfte Handwerksmeister zu vergeben seien. Den Heberwahrung der Genossenschaft wollten sie darauf zurückführen, daß von den Submittenten alles bedingungsgemäß berechnet sei, die Genossenschaft aber vielfach nicht danach gehandelt habe. Der Regierung wurde prophezeit, daß sie bei weiterer Genehmigung von Regiebauten selbst dem sozialistischen Zukunftsstaat entgegen arbeite. Die Handwerkskammervertreter wünschten ein direktes Verbot des Regiebaues; einen Generalunternehmer wollten auch sie nicht. Gegen den Vorwurf der Arbeitgeber, daß die Bauunternehmer nicht ebenso gut billiges Geld von den Versicherungsanstalten erhielten, verteidigte sich der Vertreter derselben, und erklärte, daß dies selbst der Fall sei, nur wollten die Unternehmer nicht die gleichen Darlehensbedingungen wie die Baugenossenschaften anerkennen. Das Ergebnis der mehrstündigen Aussprache ist dahin zusammenzufassen, daß die Regierungsvertreter anerkannten, daß der Bauverein tatsächlich die angegebenen Ersparnisse gemacht hat, die Verwaltung gesetzlich verpflichtet ist, die Geschäfte der Genossenschaft wie in diesem Falle gut zu führen und ein Verbot der Regiearbeit schon deshalb nicht erfolgen könne, weil die Bestimmungen des Fonds, aus dem Baugelder hergegeben werden, besagen, daß dies nur zur Beschaffung von billigen Arbeiterwohnungen verwendet werden dürfe. Aus Gründen der Mittelstandspolitik hier den Regiebau zu untersagen, darüber könne keine Erklärung abgegeben werden. Schließlich wurde dem Wunsche, mit den Unternehmern eine Verständigung bei späteren Bauausführungen zu versuchen, auch seitens der Vertreter der Baugenossenschaft zugestimmt. Ob es hierzu kommt, erscheint fraglich, denn die Unternehmer versuchen weiter, durch Kartellierung der Handwerkergruppen eine Herabsetzung der Preise für deren Arbeiten zu erreichen und verschärfen somit weiter die Gegensätze.

Mit dem Resultat ihres scharfmacherischen Vorgehens werden die Arbeitgeber am allerwenigsten zufrieden sein. Erfreulich ist der Standpunkt der Regierungsvertreter, daß sie wegen einzelner Interessenten nicht die Erbauung billiger Arbeiterwohnungen hintanhält. Hoffentlich hält die Regierung auch dem ferneren Ansturm von Unternehmerseite stand, denn gerade im Jobgebiet, wo Arbeiterwohnungen, nach dem Eingeständnis der Arbeitgeber bei der erwähnten Aussprache, nur noch von Baugenossenschaften geschaffen werden können, ist für den Regiebau ein großes und dankbares Arbeitsfeld und feuert ebendort zur Rockefeller an.

Aus der Partei.

Auch eine Wirkung des Kölner Volksempresses.

Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung", schreibt:

„Trotz Nacharbeit und Einstellung neuer Hilfskräfte vermag unsere Expedition die Massenwünsche nach unserer Zeitung kaum noch zu bewältigen. Am gestrigen Tage mußte dreimal nachgedruckt werden: allein für den Straßenhandel wurden über 10 000 Exemplare abgegeben, die durchweg reichend abgingen. An allen Straßenenden der inneren Stadt, in allen großen Restaurants machten die Händler solche gute Geschäfte, daß sie sich feugend ähnliche Prozesse das ganze Jahr hindurch wünschen. Genau so sieht es mit dem Abonnentenzuwachs. Seit dem 4. Januar bis zum gestrigen Tage haben sich über 1000 neue Abonnenten zum regelmäßigen Bezuge der Zeitung gemeldet. Das sind auch Wirkungen des Volksempresses, die der Herr Polizeipräsident und mancher andere gewiß nicht vorausgesehen haben!"

Genosse Sollmann wurde übrigens, als er am Sonnabend nach der Urteilsverkündung des Gerichtsgebäude verließ, von einer dichtgedrängten Volksmenge lebhaft begrüßt.

Aus Industrie und Handel.

Die Rüstungskommission.

Die Tätigkeit der Rüstungskommission scheint den Interessenten nicht gerade un bequem zu sein. Bekanntlich war seinerzeit im Anschluß an die Krupp-Affäre an der Börse auch die Stimmung für die Aktien der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken etwas abgeflaut. Man war nicht ganz sicher, ob die Preise bei den Staatsaufträgen künftighin ihre „befriedigende" Höhe beibehalten würden, die dem Deutschen Waffenkonglomerat abnorm hoher Dividenden die Ansammlung ungeheurer Reserven gestattete. Diese Vagheit ist jetzt plötzlich gewichen. Die in Betracht kommenden Papiere steigen wieder lustig im Kurs, und nichts deutet auf irgendwelche Schwierigkeiten hin. Im Gegenteil! Den besorgten Aktionären wird allerseits bestätigt, daß die Rüstungskommission nichts beanstandet habe und daß zwischen ihr und dem Generaldirektor der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken „ein sehr gutes Verhältnis bestehe". Das ist sehr erfreulich für die Aktionäre der Deutschen Waffenfabriken, aber nicht für die Steuerzahler! Verschiedene Kommissionenmitglieder machen ja selbst — mit dem bloßen Staat gute Geschäfte.

A. Wertheim

G. m. b. H.

Leipziger Str. / Königstraße / Rosenthaler Str. / Moritzplatz

3 bis
Donnerstag

Glas

2 Waggon reich geschliffener **Kristall- u. Glaswaren in Weiß u. farbig zu sehr billigen Preisen, z. B.:**
Vasen von 65 Pf. bis 4.75 | **Jardinièren** 5 M. 13 15
Krüge 2.25, 3.20, 4.25, 8.25 | **Blumenkugeln** 1 80 2.90 3.85

Restbestände von feinen Kristall-Trinkgarnituren
 zur Hälfte der bisherigen Preise, z. B.:
Rotweingläser fröh. 1.45 jetzt 75 Pf. | **Bowlengläser** fröh. 1.80 jetzt 80 Pf.

Porzellan

Billiges weißes Porzellan
 Feston-Form
Speiseteller tief od. flach 10 Pf.
Dessertteller 12 Pf.
Kompotteller 9 Pf.
Terrinen 1.10, 1.35
Kartoffelnäpfe . . 75, 95 Pf.
Saucieren 30 Pf.
Kompottschüss. v. 20 bis 48 Pf.
Bratenschüss. oval von 25 bis 95 Pf.
Bratenschüsseln . rund 45 Pf.
Butterdosen 40, 55 Pf.

Tafelservice Klara
 Festonform,
 zartes Blumenmuster,
 mit Goldrand
 für 6 Pers. für 12 Pers. für 12 Pers.
 30 teilig 60 teilig 77 teilig
18.50 35.00 48.00
Satztöpfe 90 Pf.
Eierservice 90 Pf.
Kaffeesservice 90 Pf.

3 Waggon
 bunt dekoriertes
Porzellan
 sehr billig z. B.:

Kaffee- u. Teekannen 38, 48 Pf.
Milchtöpfe von 10 Pf. bis 28 Pf.
Zuckerdos. 13 Pf. **Kuch.-Körbe** 38 Pf.
Flieschplatt. 27 Pf. **Fruchtschaf.** 48 Pf.
Kabarett. . 1.35 **Div. Schalen** 13 Pf.

Kaffeesservice
 9 teilig für 6 Personen . . . 1.50
Tassen 15 Pf.

Eisservice Glas, 7 teilig
 bestehend aus 1 großen und 6 kl. -inen Schalen, auf Fuß mit Henkel 95 Pf.

Ein Restposten Preßglas
 zur Hälfte der bisherigen Preise z. B.
Salatschüsseln jetzt 4 bis 23 Pf. früher 8 bis 45 Pf.
Tortenplatten jetzt 38 Pf. früher 75 Pf.
Kompotteller jetzt 4 Pf. früher 8 Pf.
Kompottschüsseln jetzt 11-22 Pf.

Steingut

3 Waggon feine Steingutwaren
 durchbrochene und geflochtene Körbchen, Teller, Blumentöpfe, Vasen zu außerordentlich billigen Preisen

1 Waggon Schwarzw.-Majolika-
 Waren, handgemalt, Vasen, Blumenschalen, Aschenschalen unter der Hälfte der regulären Preise

Ein großer Posten Vasen, Kübel
 m. voller blauer Dekoration unter d. Hälfte d. reg. Preise

Porzellan

Tafelservice
 glatte Form, mod. Randdekore
 6 Pers. 12 Pers. 12 Pers.
 30 teilig 60 teilig 77 teilig
18.50 35 M. 48 M.

Kaffeesservice
 schöne moderne Formen und Randdekore
 6 Pers. 12 Pers.
 9 teilig 16 teilig
3.45 6.90

Meißner Zwiebelmuster
Speiseteller tief 57 Pf.
Speiseteller flach 55 Pf.
Dessertteller 38 Pf.
Kompotteller 35 Pf.
Tassen 65 Pf.

Küchen-Garnituren
 eckige Form, modernes Randmuster, 22 teilig 10.75

Sie fühlen sich wie neugeboren, wenn Sie **Milo-Schnupftabak** schnupfen.
 Weiter ruhiger Augenabak.
Milo gegen Schnupfen
Milo gegen Verschleimung
Milo gegen Trockenheit der Nasenschleimhäute
Milo belebt die Sehkraft
Milo ist frei von schädlichen Substanzen
Milo der beste Schnupftabak der Gegenwart und Zukunft
Milo wird nach altem Rezept 100jähr. Rezept hergestellt
Milo kostet die Dose 10 Pf.
Milo durch den Zigarrenhandel zu beziehen
 General-Vertrieb für Deutschland
S. Rund
 Zigarren- und Tabak-
 General-Agenturen
 Berlin NW 87, Tel. Roabit 8157.

Alles raucht



Phänomenen
 CIGARETTEN * * *

Lieben Sie einen guten Grog?
 dann kaufen Sie sich 1 Liter besten stärksten Weingeist für M. 2.30 und die echte Original-Reichel.

Rum Essenz mit **Jamaica**
Selbstbereitung

zur vorz. haben
 Original-Qual. 85 Pf. oder Extra-Qualität 1.35
 Dreifron W W

und stellen dieses nach dem auf der Flasche befindl. Rezept zusammen. Die Mischung ergibt mehr als **2 Liter kräftige Qualität** von vollem, reinem Geschmack und großer Ausgiebigkeit, das unverkennbare stark duftende Aroma edlen Jamaica-Rums enthaltend, das jeden Kenner entzückt und besonders bei der Bereitung von Grog und Tee um so deutlicher und voller hervortritt.

Man mache die Probe darauf und ziehe den Vergleich mit den bisher gezahlten Preisen. Die Ersparnis beträgt das Doppelte u. Dreifache!

Vollständiges Rezeptbuch zur Herstellung einfacher wie feiner
Liföre u. Branntweine etc. gratis u. franko!

„Original-Reichel-Essenzen“ sind erhältlich in allen guten Drogerien. Man achte auf die Echtheitsmarke „Lichter“ u. vermeide minderwertige Nachahmungen.
 Alleiniger **Otto Reichel, :: Berlin SO ::**
 Fabrikant, Eisenbahnstraße 4
 Fernsprech-Anschlüsse: Amt Moritzplatz 4251, 4252 und 4253

Das **Geheimnis** **Steckenpferd-Teerschwefel-Seife**
 von Bergmann & Co., Rabenau.
 Stück 50 Pf. Überall zu haben.

Reuters Werke | **Heines Werke**
 3 Bände 4 Mark | 3 Bände 4 Mark
 Buchhandlung Vorwärts | Buchhandlung Vorwärts

Reinbr.: März. 1896 | Tel.-Nr.: Gördenbauß

Gardinenhaus Bernhard Schwartz
 Spindlershof (Wallstr. 13)
 Kristalline Maschenstoffe

Gardinen

und die damit verwandten Artikel, als:
 Portieren, Teppiche, Läufer, Felle u.
Kompl. Wohn.-Ausstattungen

Krise und Zukunftsstaat
 nationalökonomischer Vortragstag
 in 2 e h n Abenden von
Julian Borchardt.
 Die Vorträge finden statt: für den Norden jeden Montag u. 26. Jan. bis 30. März in der **Edenbräuerel, Kochstr. 21-24**; für den Südosten jeden Freitag u. 30. Jan. bis 3. April bei **Graumann, Raunpstr. 27**; für den Südwesten jeden Donnerstag u. 29. Jan. bis 2. April bei **Thiel, Steglitz, Albrechtstr. 87**. Der Inhalt ist in allen drei Vokaliten der gleiche. Beginn pünktl. 8 1/2 Uhr abends. Eintritt frei. einer Pause von 10 Min. dauert der Vortrag bis 10 Uhr; hierauf freie Diskussion.
 Die Karte für sämtliche 10 Vorträge kostet 1.50 M. und ist an folgenden Stellen zu haben: in den drei Vortragshäusern, bei Frau Feist, Arbeiter-Bildungsschule, Grenadierstr. 57, bei allen Kolporturen der „Mittelblätter“, bei Felix Krüger, Ruslauer Str. 21 (Tel. Moritzpl. 4121), bei August Borchardt, Lichterfelde, Seebühnstr. 1 (Tel. Lichterfelde 3810).

Inventur-Verkauf.
 Preise bedeutend ermäßigt!

Pelz-waren
 Fabrik und Lager von Stolas, Krawatten, Pelzhüten, Pelzjackets, Muffen, Pelzen, Kindergarnituren usw.
 Nur reelle Ware, von der einfachsten bis zur elegantesten.
 Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Sonntags geöffnet.
F. Kalman,
 Käsehornstr.

Inventur-Verkauf!
Knabenanzüge
 Ulster, einzelne Hosen usw. außerordentlich billig.
Spezialfabrik Bth. Prüstel
 50, Andreasstr. 50, I. Etage.
 Rein Baden.

Schubert's Armeesohle
 hydroph. Einlegesohle



Aerisch anerkannt bester Schutz geg. Erkältung
 Für Ältere Leicht unentbehrlich
 Schont Schuhe und Strümpfe

Einheitspreis für Herren und Damen 50 Pf., für Kinder (bis Größe 29) 30 Pf., (bis Größe 34) 35 Pf. Zu haben in allen Schuh-, Drogerie- und einschlägigen Geschäften, wo nicht, verlange man sie vom Fabrikanten:
Oswald Schubert Harthau 191 Garmisch
 Prop. u. Probosohlen unter Angabe J. Größe franko innerhalb Deutschlands geg. Einverständn. des Betrages beim Landwehr u. Marine eingeführt

Parteiangelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Tempelhof steht uns das Lokal „Tempelhofer Tivoli“, Berliner Straße 97, Inhaber A. Hoffmann, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Das Lokal „Neu-Gringdorf“ bei Köpenick, Inhaber Herr Müschow, ist für die organisierte Arbeiterschaft nach wie vor gesperrt.

In Köpenickerhagen hat die Witwe Waldhorn ihr Lokal „Altes Schützenhaus“ der Partei entzogen. Es ist von der Lokalliste zu streichen und für die organisierte Arbeiterschaft als gesperrt zu betrachten.

Die Lokalkommission.

6. Wahlkreis.

Bureau des Wahlvereins, Gerichtstraße 71. Alle Briefe und Postsendungen sind von jetzt ab zu richten an Hermann Müller.

Alle Geldsendungen an Otto Frank.

Charlottenburg. Morgen, Montag, den 19. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet im kleinen Saale des Volkshauses eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit der Bildung eines Frauenclubs beschäftigen wird.

Randow, Lichterfelde. Am Dienstag, den 20. d. Mts., für beide Orte im Lokal „Zum Seidlich“, Kaiser-Wilhelm-Straße 84: Große öffentliche Protestversammlung. Tagesordnung: Der Raub des Koalitionsrechts.

Lichtenberg. 1. und 2. Abteilung. Morgen, Montag, abends 8 1/2 Uhr: Kombinierte Abteilungsversammlung im „Logen-Kaffee“, Knorrpromenade. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Freund über Feuerbestattung, mit Demonstration. Diskussion. Verschiedenes.

Steglitz. Dienstag, den 20. d. Mts., pünktlich 1/2 8 Uhr abends: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Schellhase, Ahornstraße 15a. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Vortrag des Genossen Dr. Bruno Vorchardt über: „Das kommunalpolitische Programm der Sozialdemokratie.“ 3. Auffstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl. 4. Sonstige Beschlüsse. 5. Ein Auschlussantrag.

Freiborn. Dienstag, den 20. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiser-Wilhelmgarten“, Rheinstr. 84: Öffentliche Versammlung. Es referiert Landtagsabgeordneter Konrad Haenisch über das Thema: „Ist der Deutsche Staatsbürger oder Untertan?“

Treptow-Baumgartenweg. Der Bildungsausschuss veranstaltet am Montag, den 19. d. Mts., abends 8 Uhr, im „Neuen Gesellschaftshaus“, am Ringbahnhof Treptow, einen Lichtbildvortrag über: „Die Abstammungslehre und ihre Beweise“, Referent Herr M. S. Baeg. Eintritt 10 Pf. Die Parteigenossen werden ersucht, für guten Besuch des Vortrages Sorge zu tragen. Eintrittskarten sind bei sämtlichen Bezirksführern und in der „Vorwärts“-Spekulation zu haben.

Rehdenhof (Mitte). Dienstag, den 20. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Wilh. Riel, Karlsruh. 12: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Freies Koalitionsrecht und die Hege der Scharfmacher.“ Genossen, agitiert für den Besuch dieser Versammlung.

Sonntag, den 18. d. Mts., vormittags: Flugblattverbreitung. Das Material wird bei den Bezirkskassierern ausgegeben.

Ober-Schöneweide. Am Montag, den 19. d. Mts., findet bei Rabe der zweite Vortragsabend statt: „Der Aufstieg des Kapitalismus und seine wirtschaftlichen und politischen Folgen.“ Teilnehmer zahlen pro Abend 10 Pf., Arbeitslose haben freien Zutritt. Beginn des Vortrages pünktlich 8 1/2 Uhr.

Am Dienstag, den 20. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr im Wilhelmshof: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Die Hege der Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter.“

Brid-Budow. Montag, den 19. d. Mts., Protestversammlung im Lokal von Becker, Brigg, Chausseest. 97. Referent Reichstagsabgeordneter Friß Jubeil.

Tempelhof. Dienstag, den 20. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Stadt Dresden“, Berliner Straße 78: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Max Groger. 2. Diskussion. 3. Wahl von drei Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 4. Parteiangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Reinickendorf-West. Heute, Sonntag: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Alt-Ostende. Dienstag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr: Öffentliche Protestversammlung im Lokal von Vohne, Grünauer Straße 55. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Freies Koalitionsrecht und die Hege der Scharfmacher.“ 2. Diskussion.

Ziegel. Dienstag, den 20. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Gesellschaftshaus, Schloßstraße. Vortrag des Genossen Schönfeld über: „Alkohol und die Arbeiter.“

Edwalde. Die Teilnehmer der heute in Zeuthen stattfindenden Versammlung, welche die Bahn benutzen, wollen sich zu dem 7 Uhr 9 Minuten abfahrenden Zuge einfinden.

Köpenick. Heute, Sonntag, von früh 9 Uhr an: Flugblattverbreitung für alle Bezirke. — Die am Dienstag fällige Mitgliederversammlung findet eine Woche später statt.

Vorsitzende-Wittenau. Die Genossinnen und Genossen, welche an der Beerdigung der Genossin Strauß teilnehmen, treffen sich Montag, mittags 1 Uhr, im Restaurant Heiber (früher Strauß), Groß- und Rauschstraßen Ecke.

Röntgenhof, Sepernd, Busch. Heute vormittag 8 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung vom Genossen Buschholz, Kaiser-Wilhelmstr. 50 (Röntgenhof), aus.

Berliner Nachrichten.

Hart am Abgrunde.

Raum sechzehn Jahre alt, war sie als Dienstmädchen stellungslos geworden. Eine neue Stellung hatte sie nicht gefunden, Angehörige hat sie nicht in Berlin. Nun stand sie stellungs- und obdachlos auf der Straße. Der Abend kam und sie wußte nicht, wo über Nacht bleiben? — Ratlos irrte sie durch die Stadt. Sie kam in eine belebte Straße, da sprach sie ein Herr an. Freundlich lud er sie ein, ihm auf sein Zimmer zu folgen. — Der Obdachlose bot sich Aussicht auf ein Nachtlager, vielleicht auch auf ein Abendessen. Die Sechzehnjährige mag wohl keine klare Vorstellung davon gehabt haben, was solche Einladung bedeutet und daß der Freundliche auch von ihr eine Gefälligkeit erwartete. Ein Nachtlager und ein Abendessen — das ist es, was sie in diesem Augenblick braucht. Also ging sie mit. — Als eine „Gefallene“ verließ sie am nächsten Morgen das Junggesellenlogis. — Das war der erste Schritt auf der abschüssigen Bahn,

auf die ein hilfloses junges Mädchen in der Großstadt nur zu leicht geraten kann. —

Wieder wurde es Abend. Wieder stand die Obdachlose vor der Frage: Wo bleibe ich über Nacht? —

Sie ging die Friedrichstraße entlang. Diesmal schon mit dem Wunsche, es möge sie ein Herr einladen. Eine Freundin, die im Umgang mit Männern nicht mehr ganz unerfahren war, hatte sich zu ihr geflüchtet und suchte durch freundliche Worte die Aufmerksamkeit der vorübergehenden Herren auf sich zu lenken. Eine Einladung erfolgte nicht. Aber es kam ein Schuhmann von der Sittenpolizei. Zur Wache ging es und eine Anklage wegen gewerksmäßiger Unzucht folgte.

Vor dem Jugendgericht stand die Sechzehnjährige. Hart am Rande des Abgrundes. Eine Verurteilung würde sie hinabstoßen. Sie würde der sittenpolizeilichen Kontrolle überliefert werden. Einmal in diesen Abgrund geschleudert, findet ein Mädchen selten wieder den Weg, auf dem die Ehrbarkeit wandelt.

Beinend schilderte die jugendliche Angeklagte ihr Geschick. Ihren „Fall“ am ersten Abend gab sie ohne Umschweife zu. Dagegen bestritt sie, am zweiten Abend durch ihr Verhalten Männer angelockt zu haben. Der als Zeuge vernommene Sittenschutzmann, anfangs so bestimmt in seiner Aussage, wie es die Schulpflichte in der Regel sind, mußte auf Vorhaltung des Richters schließlich zugeben, es sei doch möglich, daß nicht die Angeklagte, sondern nur ihre Freundin Blide und Behörden an die vorübergehenden Herren gerichtet habe. — Die Angeklagte wurde freigesprochen. Vor dem Sturz in den Abgrund blieb sie bewahrt.

Das ist ein Einzelfall, wie er sich in Berlin jeden Tag ereignet, und er ist typisch dafür, wie ein unerfahrenes junges Mädchen der Prostitution in die Arme getrieben wird. Eine momentane Notlage. Die Verlockung naht. Die sittliche Kraft und Einsicht — wer wollte sie von einer Sechzehnjährigen erwarten? — ist nicht stark genug, um der Verlockung zu widerstehen. Dann kommt die Sittenkontrolle, und nun gibt es kein „Zurück“ mehr auf der abschüssigen Bahn. — Ein Schauer ergreift den, der daran denkt, daß in solchen Fällen die ganze Zukunft eines Mädchens an dem seidenen Faden einer Schuttmannsaussage hängt.

Ein Glück für die Sechzehnjährige, daß sie vor der Sittenkontrolle, die drohend die Hand nach ihr ausstreckte, gerettet wurde. Aber einer anderen Institution ist sie verfallen — die Fürsorgeerziehung wurde verhängt. Die katholische Erziehungsanstalt „Zum guten Hirten“ hat das Mädchen aufgenommen. Da werden nun fromme Ordensschwwestern durch strenge Fucht und fleißiges Beten ihr Erziehungswerk an der „Gefallenen“ versuchen. — Gewiß bedarf das Mädchen einer verständigen erzieherischen Fürsorge. Aber Einsicht und pädagogisches Verständnis wird man in dieser katholischen Anstalt vergebens suchen. Es bleibt also immer noch die Frage, ob das Mädchen, wenn es später des Anstaltszwanges ledig ist und wieder in Not gerät, nicht doch noch den Gefahren der Großstadt zum Opfer fällt. Wenn es nicht geschieht, dann liegt das gewiß nicht an der Erziehungsarbeit der frommen Schwestern.

Schneelust.

Die große Kälte ist verraucht. Um den Gefrierpunkt herum tänzelt das Thermometer. Der Himmel ist mit einem drohenden Grau verhängt, in dem gelbliche Töne spielen. Um die Mittagstunden überwiegt das Gelb, sonst das Grau. Und zwischen diesem bleiernen Winterhimmel und der hartgefrorenen, hier und da weiß getupften Erde schwebt ein dicker Nebel. Sein milchiger Dunst hat alles dick umwölkt, daß das Auge keine hundert Schritte weit deutlich zu sehen vermag. In seiner schweren Feuchtigkeit geistern die Umrisse der Häuser, die Silhouetten der Bäume und Säune, die starren Linien der Laternenpfähle und Straßenbahnmasten. Tropfend hat sich diese Nebelfeuchtigkeit an alles gehängt: an die Mäuschen des Drahtgeflechtes, an Eisengestänge und Kstwerk. Das aber lieh der Frost nicht lange zu. Er überraschte mit seinem kalten Hauch die nassen Hüllen, daß sie erstarrten und sich in eine blühende, schneeüberstäubte Eiskruste umwandelten. Nun glitzert und blinkert es überall, wo noch nicht geschlossene Straßenfluchten den Blick ins Freie wehren. Wie eine Zaubervelt liegt das Land da im brodelnden Nebel. Der hartgefrorene Boden hallt unter dem Tritt. Fröstelnd flattern nahrungsluchende, dick aufgeplusterte Vögel umher. In düsterer Unheimlichkeit glöht der Himmel. Der Frost hat nicht aufgehört: er scheint nur zu veratmen und Atem zu holen. Der kurze Tag gewährt keinen Sonnenblick. Der Winter fühlt sich im Vollgefühl seiner Macht, und die Luft hängt voll Schnee . . .

Aus der Kunstdeputation.

In der gestrigen Sitzung der Kunstdeputation wurde beschlossen, wie in früheren Jahren, zu Jwecken der Prämierung und von Anläufen hervorragender Leistungen aus der Großen Berliner Kunstausstellung 12 000 M. für dieses Jahr zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig ist in Aussicht genommen, den mit städtischen Ehrenpreisen Bedachten künstlerische Plaketten zu verleihen. Behufs Gewinnung geeigneter Entwürfe und zur Hebung der Plakettenkunst soll für Berliner Künstler ein Preiswettbewerb veranstaltet werden. Die Deputation hat ferner beschlossen, das lebensgroße Bild des Baurats Baesemann, des Erbauers des Rathauses, das von Theodor Ziegler gemalt ist, für die Stadt zu erwerben. Ebenso soll ein sehr beachtenswertes Bild von Paul Meyerheim, einen Löwen darstellend, angekauft werden. Um zu vermeiden, daß bei den zukünftigen Anläufen von Kunstwerken zufällige Angebote eine unberechtigete Rolle spielen und dadurch eine Bevorzugung erhalten, ist zur Vorbereitung der seitens der Stadt künftig vorzunehmenden Anläufe von der Deputation eine Kommission von 7 Mitgliedern gewählt worden.

Laubenkolonisten und Magistrat.

Der Verband der Laubenkolonisten Berlins und Umgebung und die von ihm gegründete Landpacht-Genossenschaft haben eine Erklärung gegen die Aeuherungen des Magistrats und der Grundeigentumsdeputation abgegeben, in der es u. a. heißt: „Der Magistrat behauptet, er müsse das städtische Laubland an private Generalpächter vergeben, weil die Verpachtung an einzelne Kolonisten eine decartige Arbeitsvermehrung für die Stadt bedeutet, daß ihr dadurch Schaden erwälte“. Dem ist entgegenzusetzen, daß sich dem Magistrat in der Landpacht-Genossenschaft des Verbandes der Laubenkolonisten und anderen wesensverwandten Organisationen und deren geschäfts-

führenden Vorsitzenden „Generalpächter“ boten, mit denen der Geschäftsverkehr sich ebenso einfach gestaltet hätte, wie mit den privaten Generalpächtern. Die Allgemeinheit genölle dabei aber den Vorteil, mit dem Profitausschlag des privaten Zwischenhändlers nicht belastet zu werden. Daß die „Landpachtgenossenschaft“ befähigt ist, die Pflichten eines Generalpächters im gemeinsamen Interesse zu erfüllen, hat sie längst bewiesen. Die Genossenschaft ist heute schon Generalpächter von 41 Kolonien. Darunter befinden sich auch Berliner städtische Gelände. Die Genossenschaft hat dies zuwege gebracht, indem sie Privatpersonen als Pächter vorschob. Eine einzige Kolonie hat die Genossenschaft direkt von der Stadt Berlin gepachtet. In diesem Falle trat sie in den Vertrag des vorgeschobenen Pächters ein, nachdem dieser aus dem Verbande ausgetreten war.

Der Magistrat behauptet: Die Verpachtung des städtischen Freilandes zur Laubenfiedelung brächte der Stadt keinen finanziellen Vorteil, weil die Gemeindegroßsteuer den Pachtertrag übersteige. Lastet denn die Grundsteuer nicht auch auf dem Boden, wenn er nicht von Laubenkolonisten gepachtet, Ockerboden oder Ackerboden geblieben wäre? Die Verminderung der Steuerlast um den Betrag der Laubenpacht kommt fraglos einem finanziellen Gewinn der Stadt gleich. Die Verpachtung des städtischen Freilandes als Ackerboden rentiert sich für die Stadt nicht weniger in dem Maße wie die Laubenpacht. Am Särenwinkel in Reuthöfen hatte die Stadt etliche Morgen als Ackerland zum Preise von 16 M. pro Morgen an Bauern verpachtet. Der Vertrag mit den Bauern lautet bis Oktober 1914. Die Landpachtgenossenschaft der Berliner Laubenkolonisten braucht das Land und trat mit einem Angebot an Berlin heran. Sofort erhöhte die Stadt den Pachtpreis auf 70 M. pro Morgen. Anherdem legte sie der Landpachtgenossenschaft die harte Bedingung auf, pro Parzelle (je 4 Morgen) 150 M. Kaution zu stellen. Der Magistrat gibt zwar an, daß das Generalpächterwesen die Steigerung der Pachtpreise verschuldet habe, behauptet aber gleichzeitig, daß die Landpachtgenossenschaft sich mißschuldig gemacht habe. Dem hält der Verband der Laubenkolonisten entgegen, daß er bereits im Jahre 1909 beschlossen hat, sich bei den Ausbietungen des städtischen Laublandes nicht zu beteiligen und daß er sich auch dementsprechend verhalten habe. Trotzdem sind die Pachtpreise immer höher gelaufen. Die Landpachtgenossenschaft erinnert an den Vorgang, der sich anlässlich der Neuverpachtung der Kolonie Moorede im Bureau der Grundeigentumsdeputation abspielte, wobei die Deputation selbst den Preis hochtrieb.

Der Verband der Laubenkolonisten hält an seiner Behauptung fest, daß die Differenz zwischen der vom Unterpächter an den Generalpächter und der vom Generalpächter an die Stadt Berlin zu entrichtenden Pacht mitunter bis 100 Proz. beträgt. Der Verband ist in der Lage, nachzuweisen, daß die Generalpächter durchschnittlich mit 80 Proz. Reinerwerbnis arbeiten. Der Magistrat nennt als Summe der von den Generalpächtern der Stadt Berlin gezahlten Pachtpreise 82 950 M., als Summe der von den Kolonisten den Generalpächtern gezahlten Beträge 93 459 M. Wie der Magistrat zu diesen Zahlen gelangt ist, ist vorläufig kein Geheimnis; die Richtigkeit der Zahlen zu beweisen, haben wir ein Recht. Nimmt man für die 18 000 Kolonisten auf Berliner Gelände den Minimaldurchschnittspreis von 15 M. pro Parzelle an, so ergibt sich ein ganz anderes Resultat.

Der Magistrat behauptet, die Generalpächter geben Kinderspielplätze und Begeflächen von ihrem Pachtelände unentgeltlich her. Davon ist dem Verbande der Berliner Laubenkolonisten nichts bekannt. Man weiß im Gegenteil, daß die zur Anlage von Wegen erforderlichen Flächen stets als Pachtland von den Kolonisten mit Geld aufgezogen werden müssen. Zugemessen wird dieses Land nach dem sogenannten „Generalpächtermaß“, welches vom Normalmaß — wie erweisen ist — bedeutend abweicht. Kinderspielplätze findet man einzig in den Kolonien eingerichtet, die von der Landpachtgenossenschaft und anderen gemeinnützigen Vereinen in Einzelpacht vergeben und verwaltet werden. In den sogenannten Generalpächterkolonien trifft man wohl einen Platz vor der Kantine, der jedoch den Kindern als Spielplatz verboten und für den Kontinenbetrieb reserviert ist.

Es trifft zu, daß die Grundeigentumsdeputation beschlossen hat, Kontinenbetrieb auf städtischen Geländen nicht zu dulden. Sie hat auch beschlossen, Gastwirte als Generalpächter nicht mehr zuzulassen. Aber bis in die jüngste Gegenwart hat die Grundeigentumsdeputation gegen ihre eigenen Beschlüsse gehandelt.

Zu der Bemerkung des Magistrats, daß jeder Pächter auf Genossenschaftsland erst 10 M. bezahlen müsse, um überhaupt eine Parzelle von der Genossenschaft zu bekommen, erklären wir, daß dies die Unwahrheit ist. Wahr ist, daß die Genossenschaft über 3000 Parzellen an Laubenkolonisten verpachtet hat, selbst aber nur 400 Mitglieder a ein Anteil von 10 M. zählt. Diese Tatsache haben wir der Grundeigentumsdeputation des Berliner Magistrats des öfteren erklärt. Der Verband der Laubenkolonisten hat nicht 3000 sondern 9000 Mitglieder.

Wir haben kürzlich uns schon gegen das bisherige Verpachtungssystem des Magistrats gemeldet und dargelegt, daß aus sozialen Gründen das jetzige Verfahren unhaltbar ist. Ein Hochtreiben der Pachtpreise hätte schon längst verhindert werden können, wenn der Magistrat eine mäßige, feststehende Pachtsomme ein für allemal festgelegt hätte.

Pastor v. Soden.

Pastor v. Soden, der dieser Tage auf der Untergrundbahn tödlich verunglückte, war ein Mann von tiefem sozialen Empfinden. Für die Arbeiterbewegung hatte Herr v. Soden besseres Verständnis als jene kritischen Arbeiterfeinde der Immannelgemeinde, die kürzlich in einem Flugblatte die Arbeiterbewegung und ihre Führer verpötelten und verhöhnten und die Streiker nur als „Hege“ bezeichneten. Als im Jahre 1897 die Berliner Konfessionsarbeiter und Arbeiterinnen sich aufrührten, um aus dem eisigen Eise etwas herauszukommen, da gehörte zu denen, welche dieser Bewegung ihre volle Sympathie zuwendeten, auch Herr Pastor v. Soden. Aber nicht nur mit dem Herzen war Herr v. Soden bei den Konfessionslosen, auch mit der Tat trat er für die Keimzellen ein. Pastor v. Soden veranstaltete selber Geldsammlungen für die Streikenden und wiederholt sprach er auf der Redaktion des „Vorwärts“ vor, um uns die gesammelten Gelder einzuhändigen.

Diese Tat haben wir Herrn v. Soden nicht vergessen und deshalb bedauern auch wir das tragische Ende des Mannes, der so ganz anders war als viele seiner Amtskollegen, welche die Arbeiterbewegung in der unglaublichen Weise begeißern.

Gegen die Allgemeine Ortskrankenkasse

richtet sich die Empörung einer großen Zahl von Kranken, die genötigt sind, an der Meldestelle in der Gerichtstraße ihr Krankengeld

abzuheben. Den recht häßlichen Szenen am Mittwoch voriger Woche sind am Mittwoch dieser Woche neue Auftritte gefolgt. Wiederum war der Andrang zu den Kassenshaltern ein solch' enormer, daß von einer geordneten Abwicklung der Geschäfte keine Rede sein konnte. Nicht etwa, daß die Beamten nicht ihre Pflicht getan hätten, nein, trotzdem die Angestellten fieberhaft arbeiteten, mußten viele Kranke in der schneidenden Kälte, von Schulgelehrten umgeben, auf dem Hofe stehen, wartend, bis sie vorrücken konnten. Wenn man berücksichtigt, daß unter den Kranken viele Personen mit schweren Leiden sich befinden, muß erneut die Frage aufgeworfen werden: Wie sind solche skandalösen Zustände möglich und wer ist dafür verantwortlich?

Wenn man den vor 8 Tagen einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ gemachten Mitteilungen des Direktors der Allgemeinen Ortskrankenkasse glauben darf, sollte der Grund zu den unerquicklichen Vorgängen am Mittwoch voriger Woche darin liegen, daß der Vorsitz der Medizinalkommission in der Gerichtstraße versäumt hatte, die Kranken zu benachrichtigen, daß nicht alle Krankengeldbesitzer am Mittwoch kommen sollten, sondern daß ein Teil schon Montag und Dienstag das Krankengeld abheben könnte. Nun haben sich am Mittwoch trotzdem diese Szenen wiederholt. Anstatt die Verwaltung nun selber eine öffentliche Erklärung der Sachlage gibt, läßt sich der Direktor diesmal von einem Vertreter der „Morgenpost“ interviewen. Diefem Herrn gegenüber soll der Direktor schon sich wie folgt geäußert haben:

„Die Arbeiten, die der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Beginn dieses Jahres erwachsen sind, haben alle Erwartungen und Berechnungen überstiegen. Besonders der Mittwoch ist für unsere Kassisten ein kritischer Tag, da der 31. Dezember v. J. ein Mittwoch war, und das Krankengeld für die von den anderen Kassen übernommenen Mitglieder, das wöchentlich abgehoben wird, demnach auch im neuen Jahre an jedem Mittwoch fällig ist. Trotzdem wir den größten Teil der Mitglieder schon benachrichtigt haben, daß sie auch an anderen Tagen die Beträge erheben können, waren die meisten an den Mittwoch so gewöhnt, daß wir uns jetzt genötigt sahen, in einer kategorischen Form die einzelnen Mitglieder darauf hinzuweisen, daß sie bereits am Montag bzw. Dienstag usw. fällige Gelder abheben können. Besondere Schwierigkeiten haben sich jedoch durch die Tatsache ergeben, daß zwei Paragraphen unserer Statuten, die die Hausgewerbetreibenden betreffen, vom Oberverwaltungsamt noch nicht genehmigt sind. Das Oberverwaltungsamt wiederum wartet noch auf eine Anweisung des Reichslandrätters. Die erwähnten Paragraphen legen die Beiträge für Hausgewerbetreibende fest. Wir sind daher vorläufig genötigt, einen Beitrag von 2 Proz. des Verdienstes zu erheben, was die Versicherten selbstverständlich ebensowenig verstehen können wie die Arbeitgeber. Durch die vielen diesbezüglichen Fragen, die an die Beamten gerichtet werden, erwachsen uns natürlich erhebliche Mehrarbeiten.“

Um aber einem großen Andrang in der Gerichtstraße für die Folge mehr als bisher gerecht werden zu können, soll von nun an die rechte Treppe zum Ausgang, und die Mittelstreppe des Hauses zum Ausgang benutzt werden. Schließlich sei noch einmal darauf hingewiesen, daß das Publikum uns und sich selbst sehr viel Zeit ersparen kann, wenn es Anmeldungen schriftlich beibringt.“

Es ist sicher richtig, daß zu Beginn des neuen Jahres große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Aber das darf nicht so weit gehen, daß die Kranken in solcher Weise darunter leiden, wie dies jetzt leider der Fall ist. Besonders nach den Vorkommnissen am Mittwoch voriger Woche hatte die Verwaltung die doppelte Pflicht, für Abhilfe zu sorgen. Die Regelung des Ein- und Ausganges hätte auch schon vorige Woche getroffen werden können; das reicht aber auch nicht aus, um die Wiederholung des Andranges zu vermeiden. Die Verwaltung hatte die Pflicht, schon in voriger Woche die Maßnahmen öffentlich bekannt zu geben, die sie zur Abhilfe getroffen hatte und nicht zu warten, bis Zeitungsvertreter nach der Kasse kommen, um sich Auskunft zu holen, anstatt umgekehrt der Öffentlichkeit von selber die nötige Aufklärung zu geben.

Die Lehren der Frau Pastor.

Ueber die Erfahrungen, die eine 64 Jahre alte erwerbsunfähige Frau mit der christlichen Wildtätigkeit im Gethsemane-Kirchspiel machen mußte und über die guten Lehren, die sie bei ihrem Witzgang von der Frau Pastor Retwald erhielt, brachten wir vor einigen Tagen unter obiger Ueberschrift eine Notiz. Der evangelische Presseverband sendet uns dazu im Auftrage des Herrn Pfarrer Retwald eine Berichtigung, in der behauptet wird, daß es nicht richtig sei, daß seine Frau der Wittstetterin den Vorschlag gemacht habe, daß sie nicht arbeiten wolle. Sie habe nur gesagt, daß viele, denen Arbeit zugewiesen wurde, nicht hätten arbeiten wollen. Weiter wird behauptet, daß es nicht richtig sei, daß der Bezirkspfleger erst acht Tage später die Recherche erledigt habe. Nach erneuten Feststellungen müssen wir die Richtigkeit unserer Notiz aufrecht erhalten. Es hätte ja auch gar keinen Sinn, wenn Frau Pastor Retwald in diesem speziellen Falle allgemein ihren Schmerz Ausdruck gegeben hätte, daß viele, denen Arbeit nachgewiesen wurde, nicht hätten arbeiten wollen.“ Ebenso richtig ist auch unsere Feststellung, daß erst nach acht Tagen der Bezirkspfleger zur Recherche erschienen ist. Das hat der Herr bei einem späteren Besuch der alten Frau selbst bestätigt und es — er ist Volksbeamter — mit Dienstüberlastung vor den Weihnachtsfeiertagen entschuldigt.

Strassenbahnzusammenstoß in der Badstraße.

An der Kreuzung der Bad- und Grünhaldenstraße ereignete sich gestern vormittag kurz nach 9 Uhr ein schwerer Strassenbahnzusammenstoß. Ein Strassenbahnwagen der Linie 36 fuhr mit voller Gewalt auf einen haltenden Strassenbahnwagen der Linie 35 auf. Die Kollision war so stark, daß der Vorderperron und die Stirnwand des Wagens der Linie 36, sowie der Hinterperron des Anhängewagens der Linie 35 vollständig demoliert wurden. Der Strassenbahnführer Wilke erlitt einen komplizierten Schädelbruch und mußte nach dem Krankenhause in Reinickendorf gebracht werden, wo er in bewußtlosem Zustande Aufnahme fand. Von den Fahrgästen meldete sich der Handelsmann Pühl als verletzt; er hat einen Rerendhol erlitten. Der Zusammenstoß hatte auch eine Alarmierung der Feuerwehr zur Folge, die aber nicht in Tätigkeit zu treten brauchte, da ein Rettungswagen der Großen Berliner Strassenbahn schnell zur Stelle war.

Herrenlose 500 Mark.

Gefunden wurden kurz vor Weihnachten des vergangenen Jahres in der Friedrichstraße in Berlin 500 Mark. Der bisher unbekannte Besitzer erhält nähere Auskunft im Zentralfundamt, Zimmer 101, des Königl. Polizeipräsidiums Berlin.

Casinotheater. Eine Art Alibiherlei nach dem Muster des seligen Wallner will hier lebendig erhalten werden. Solch Genie inmitten einer millionenstädtischen Modernität ließe sich allenfalls denken, wenn es mit ausgefuchst künstlerischen Mitteln gepflegt würde. Anders trägt es die Futilität des Gemachten zur Schau. Gatten beispielsweise die Verfasser der „ollen Webern“ (Schwarz-Reißlingen und Hans Berg) eine Ahnung, was ein Volksstück sein soll, dann hätten sie ihrer Wasserjuppe, wenn schon nicht mehr, wenigstens doch ein paar Magische Bonillonwürfel beigegeben. Gerade zu einer Zeit, da die Bahnerer Vorgänge selbst dem rüchständigen Stahlbürgertum über den Kopf gehen und Gesetz pfeifenden Geist des Militarismus die Augen geöffnet haben dürfen, kommen sie mit der Fabel von der „Harmonie“ zwischen Volk und vornehmsten Rockträgern. Wo oder wann hätte jemals wirklich

ein altüber ablicher Kavallerieoffizier mit heidenmäßig viel Geld ein armes Mädchen aus dem Bode geheiratet? Der dartistische Teil des Programms bietet einige erfreuliche Nummern. Amüsant sind die Kunststücke, insbesondere die ambulanten Springbrunnen-Experimente der Jüdischen Zauberer-Company. Als Schnellmaler „an der Reklametafel“ erweist sich J. G. Boh; während der Humorist L. Wolf-Scheele eine parodistische Darstellung von Richard Wagners „Lohengrin“ zum besten gibt. Eine andere „erste“ Szene, „Der Fremdenlegionär“, ist allerdings zum Heulen rührig.

In die Unionsbrauerei in der Hofenheide hat mit dem gestrigen Tage der Urbod seinen Einzug gehalten. Die großen Räumlichkeiten sind dem Bodzier zu Ehren entsprechend decoriert. Tugend von Rindgerinnen schleppen trinkfesten Bodziertrinken die großen Maßkrüge zu, während vom „Gebirge“ her lustige Weise erklingen und die Schuhplattler ihre Oberländer mit ihren Händen bearbeiten. Und wenn der Bod anfängt, seine Wirkung zu tun, dann tritt der Schunkelwalzer in Aktion. Ein „Profit“ reißt sich an das andere und schwer geladen verläßt mancher die Stätte, wo der Bod sein Wesen treibt.

Eine Kaninchenausstellung, veranstaltet vom Kreisverband Brandenburg, findet heute und morgen im Etablissement Pharosäle, Inhaber Julius Bernau, Müllerstraße 142, statt.

Vorortnachrichten.

Immer neue Unzutraglichkeiten bei der Kreiskrankenkasse Niederbarnim.

Trotz Veröffentlichung der bei der Kreiskrankenkasse Niederbarnim zutage getretenen Mißstände hat die Aufsicht ausübende Behörde noch keine Veranlassung genommen, all die Unzutraglichkeiten aus der Welt zu schaffen.

Bei jeder anderen Kasse, die nicht von einem Assessor organisiert ist, würde nicht so viel Nachsicht geübt.

Sind die Hauskranken schon bei der ersten Erneuerung der Krankenscheine und beim Empfang des ersten Krankengeldes von Hing zu Hing geschickt worden, so warteten ihrer am vergangenen Freitag in Oberschöneweide neue Ueberraschungen.

Als sich an diesem Tage die Hauskranken nach der Nebenstelle des Kreisparlisses begaben, um ihr Krankengeld in Empfang zu nehmen, wurde ihnen von den dort tätigen Beamten erklärt, die Auszahlung des Geldes könne heute nicht erfolgen, da die am vorhergehenden Mittwoch ausgefertigten Krankenscheine nebst Zahlungsaufweisungen noch nicht eingelaufen seien. Keiner der Anwesenden wollte dies glauben, da so etwas bei der aufgelösten Kasse niemals vorgekommen war. Nach Wiederholung der Mitteilung gingen alle Anwesenden sofort nach dem hiesigen Gemeindeamt und verlangten von dem die Kassenscheine ausfertigenden Beamten Auskunft über die Ursachen dieser „Neuerfindung“. Sofort wurde bei dem Versicherungsamt angefragt, welchen Umständen diese Verzögerung zuzuschreiben wäre. Die Antwort lautete, daß die Krankenscheine von Oberschöneweide noch nicht eingelaufen wären.

Mit vieler Mühe gelang es den Beamten, den aufgeregten Anwesenden — es waren annähernd 150 Personen — klar zu machen, daß ein Verzeichnis der Amtsbehörde nicht vorliege.

Alle wanderten jetzt zurück zur Sparkasse, um vielleicht dort etwas Näheres zu erfahren. Vor der Tür derselben prangte ein Schild, auf welchem darauf hingewiesen wurde, daß die Auszahlung nicht in den Räumen der Sparkasse, sondern nebenan in einer Gastwirtschaft erfolge.

Dieselbe Kassenverwaltung, die in ihrer Krankenordnung den Hauskranken vorschreibt, daß der Aufenthalt in einer Schankwirtschaft verboten ist, verleiht eritens durch ein vorinstanzliches System der Krankengeldzahlung diese Anordnung, und zweitens trägt sie dazu bei, daß die Kranken die im Haushalt so dringend nötigen Groschen in der Gastwirtschaft verzehren müssen. Noch mittags 1 Uhr warteten die Kranken auf die Dinge, die da kommen sollten. Viele, des langen Wartens müde, gingen nach Hause; sie können, wenn die Zahlungen nicht nach an einem anderen Tage erfolgen, sehen, wie sie sich mit ihrer Familie die ganze Woche, bis zum nächsten Freitag, durchhängern.

Nicht die auf der Kasse beschäftigten Angestellten sind schuld an derartigen Unzutraglichkeiten, sondern jenes organisatorische „Talent“, das diesen Organisationsplan ausgedacht hat und das wahrscheinlich versucht, diesen mit einer viel zu geringen Anzahl eingearbeiteter und mit dem Krankenkassenwesen vertrauten Angestellten unter allen Umständen durchzuführen. Pflichtvergessen wäre es von der Aufsichtsbehörde, wenn sie einen derartigen chaotischen Zustand, durch den allein die Versicherten zu leiden haben, noch länger dulden würde.

Charlottenburg.

Fürsorge für die Kleinkinder, d. h. für die Kinder vom ersten bis sechsten Lebensjahre hat neben der Säuglingsfürsorge die Stadt Charlottenburg seit dem 1. April 1911 eingerichtet. Gerade für diese Altersstufe, in der die Grundlage für die körperliche und geistige Entwicklung gelegt und der Kern für manche spätere Erkrankung aufgenommen wird, ist eine sorgfältige ärztliche Ueberwachung dringend geboten. In jeder der Charlottenburger Säuglingsfürsorgestellen werden besondere Wochenprechstunden für Kinder vom ersten bis zum vollendeten sechsten Lebensjahre abgehalten. In diesen Sprechstunden werden in regelmäßigen Zwischenräumen zunächst solche Kinder, die bis zum vollendeten ersten Lebensjahre bereits die Fürsorgestelle besucht haben, weiter vorgeführt. Zugelassen werden jedoch alle Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren, auch wenn sie die Säuglingsfürsorgestelle vorher nicht besucht haben. Mütter und Pflegerinnen erhalten dabei unentgeltlich spezialärztlichen Rat über die für das Gedeihen des Kindes gebotenen Maßnahmen und die Vermeidung von Schädlichkeiten. Eine ärztliche Behandlung findet nicht statt. Diese Kleinkinderprechstunden werden an folgenden Tagen abgehalten: Säuglingsfürsorgestelle I, Berliner Str. 157: Mittwoch 2-3 Uhr. II, Wilmerdorfer Str. 111: Dienstag 2-3 Uhr. III, Kirchplatz 5a: Freitag 1-2 Uhr. IV, Rehringstr. 11: Dienstag 2 1/2-3 1/2 Uhr. V, Kaiserin-Augusta-Allee 102: Dienstag 2-3 Uhr. VI, Kaiserin-Augusta-Viktoria-Haus, Rollwagstraße: Mittwoch 2-3 Uhr. VII, Hortweg 28: Donnerstag 2-3 Uhr.

Die Mütter und Pflegerinnen, die zugleich einen Säugling und ein größeres Kind in der Fürsorgestelle vorstellen wollen, können ausnahmsweise auch die größeren Kinder in der Säuglingsprechstunde mitbringen. Die Einrichtung der Fürsorge für die Kleinkinder hat sich bisher sehr gut bewährt und kann den Müttern und Pflegerinnen der Kinder zum eifrigen Besuch nicht dringend genug empfohlen werden.

Neufölln.

Vollständige Vorträge. Der nächste der von der Stadt Neufölln veranstalteten Vorträge findet am Dienstag, den 20. Januar d. J., abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Realschule, Boddinstr. 34/41, als Rezitationsabend für Herrn E. Laeppe, Neufölln, statt. Das Programm, welches im Vortragslokal unentgeltlich zur Verteilung gelangt, bringt im ersten Teil „Eros Arden“ von Alfred Tennyson mit der begleitenden Musik von Dr. Richard Strauß. Im zweiten Teile wird Laeppe über weitere ernsthafte und heitere Dichtungen referieren. Der Eintritt ist frei. Kindern sowie Schülern, auch in Begleitung Erwachsener, ist der Zutritt nicht gestattet.

Unter dem Verdacht des Sittlichkeitsverbrechens an einem sechsjährigen Mädchen ist gestern der 21 Jahre alte Angestellte W.,

der bei Verwandten in der Könnischen Allee 44/45 wohnt, verhaftet worden. W. soll vor etwa einer Woche das Mädchen eines Mißbrauches des Hauses geschlechtlich mißbraucht und sogar angefaßt haben.

Vichtenberg.

Die Neuwahlen für die turnusgemäß ausfallenden Gewerbegerichtsmitglieder finden am 8. Februar und am 11. Februar dieses Jahres statt.

Aus dem Stande der Arbeitnehmer scheiden aus: 1. Drochsenführer Max Köhler, 2. Bauarbeiter Hermann Prellwitz, 3. Schlosser Paul Brühl, 4. Maurer Hermann Jabel, 5. Zimmerer Herman Reier, 6. Holzarbeiter Albert Glom, 7. Hilfsarbeiter August Becker, 8. Bauarbeiter Hermann Wagner.

Aus dem Stande der Arbeitgeber: 1. Bildhauermeister Paul Begenet, 2. Dachdeckermeister Heinrich Butschke, 3. Schlossermeister Bruno Hünke, 4. Zimmermeister Georg Däumig, 5. Bauunternehmer August Daase, 6. Restaurateur Johann Blum, 7. Maschinenfabrikant Karl Grobe, 8. Tiefbauunternehmer Friedrich Schüller.

Durch die Zusammenlegung der beiden Gemeinden Vichtenberg und Rummelsburg machte sich eine Neueinteilung der Wahlbezirke notwendig. Unter Zugrundelegung der 22 Stadterordnetenwahlbezirke dritter Abteilung sind folgende Bezirke entstanden:

Der 1. und 2. Stadterordnetenwahlbezirk bilden den 1. Gewerbegerichtsbezirk, der 3. und 4. Stadterordnetenwahlbezirk bilden den 2. Gewerbegerichtsbezirk, der 5., 6. und 7. Stadterordnetenwahlbezirk bilden den 3. Gewerbegerichtsbezirk, der 8., 9. und 10. Stadterordnetenwahlbezirk bilden den 4. Gewerbegerichtsbezirk, der 11., 12. und 13. Stadterordnetenwahlbezirk bilden den 5. Gewerbegerichtsbezirk, der 14., 15. und 16. Stadterordnetenwahlbezirk bilden den 6. Gewerbegerichtsbezirk, der 17., 18. und 19. Stadterordnetenwahlbezirk bilden den 7. Gewerbegerichtsbezirk, der 20., 21. und 22. Stadterordnetenwahlbezirk bilden den 8. Gewerbegerichtsbezirk.

In jedem der Bezirke ist ein Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu wählen.

Die an diesen Wahlen durch Ausscheiden ihrer Mitglieder beteiligten Gewerkschaften werden ersucht, dem Vorsitzenden der Unterkommission Vichtenberg, dem Genossen Paul Krenning, Apodienstr. 49, umgehend die neue Normierung der Kandidaten mitzuteilen.

Zu dieser Neuwahl wurde von der Unterkommission Vichtenberg an das Gewerbegericht folgender Antrag gestellt:

„Für die im Anfang des Jahres 1914 stattfindenden Gewerbegerichtsmitgliedwahlen ist eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder beider Gruppen, und zwar um 6, beim Magistrat zu beantragen.“

Ein zweiter Antrag, ebenfalls von der Unterkommission Vichtenberg gestellt, Einführung des Proportionalwahlsystems, wurde von bürgerlichen Arbeitgebervereinen mit recht faden-scheinigen Gründen bekämpft. Als Hauptgrund ihres ablehnenden Standpunktes führten sie an, daß sie als Großgewerbetreibende es nicht mitmachen könnten, den Sozialdemokraten auch hier Einflußrecht zu gewähren. Im übrigen halten sie es für ganz in der Ordnung, daß die Kleinmeister als Wähler und Wähler ausgeschaltet werden, da ihre Werkmeister mehr Verantwortung hätten, als die kleinen Schuhmachermeister und Barbierherren, die ja die Mehrzahl der sozialdemokratischen Wähler wären. In bezug auf den ersten Antrag wären sie bereit, mit den Arbeitnehmern nach in Unterhandlungen einzutreten; sie wünschten jedoch Vertagung der Verhandlung über diesen Punkt. Für beide Anträge bedürfte es einer Änderung der Ortsstatuten; die Vertagung derselben wäre daher gleichbedeutend gewesen mit einer Hinausschiebung bis zu den Wahlen 1916. Unter diesen Umständen lebten die Arbeitnehmer die Vertagung ab. Die Abstimmung über beide Anträge ergab die Ablehnung. Es hatten die Arbeitgeber ein leichtes Spiel, da die Arbeitnehmer nur zu einem kleinen Teil in dieser Plenarsitzung anwesend waren.

Die in Frage kommenden Organisationen werden darauf hingewiesen und nehmen hoffentlich Gelegenheit, bei Aufstellung neuer Kandidaten diese auf ihre Pflichten hinzuweisen.

Raußdorf.

Eine ganz besondere Ueberraschung wurde am Freitag, 16. Januar, den vielen nach Berlin fahrenden Arbeitern an der Fabrikantenkontrolle des Bahnhofes zu teil. Wer an diesem Morgen die ständig eingerichtete Kontrolle glücklich passiert hatte, sah sich am Ausgang genötigt, seine Fahrkarte noch einmal einer gründlichen beim Schein von Handlaternen vorgenommenen Revision unterziehen zu lassen. Da dieser ganzen Prozedur durch die Scheiben der Bahnhofshalle zwei Schuppleute zusahen, hatte sich bald das Gerücht verbreitet, daß Polizei und Bahnbewachung auf der Suche nach einem Kapitalverbrecher begriffen seien. Wie wir erfahren, trifft dies nun allerdings nicht zu, vielmehr bezweckt die Maßregel eine genauere Kontrolle der Fahrtscheine, die jeden Monat einmal vorgenommen werden soll. Uns will freilich scheinen, als sei sie durchaus überflüssig und geeignet, den Verkehr des fahrenden Publikums zu stören. Wozu tollends die Anwesenheit der Schuppleute nötig ist, bleibt sicher Geheimnis der Bahnbewachung.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst wurde die Vorlage, die Mitglieder der Feuerwehr bei der brandenburgischen Feuerwehrrunfallversicherungskasse gegen Unfall zu versichern, angenommen. Als Nachbewilligung für die Schneebeseitigung forderte der Vorsteher 850 M., da die Schneebeseitigung 1350 M. verursachen, der Fonds für diesen Zweck aber nur 500 M. betragen habe. Die Vertretung beschloß, noch 100 M. für unvorhergesehene Fälle zu bewilligen. Vom Genossen Reichardt wurde die langsame Schneebeseitigung vor den Gemeindevorständen bemängelt. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß er sofort alle sich meldenden Arbeitslosen habe einstellen lassen, Scharke Kritik übten sowohl unsere als auch bürgerliche Vertreter an dem hartherzigen Verhalten der Steuerbehörde, die einem Arbeitslosen statt verdienten Lohn die Steuerquittung präsentiere.

Eine ausgebreitete Debatte zeitigte die Vorlage: „Hergabe zweier Hypotheken durch die Gemeinde“. Der Gemeindevorsteher erläuterte die Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Realcredits, die ihre Ursachen hauptsächlich in der wirtschaftlichen Depression zeigten. Er wünscht Mittel bereitzustellen, die die Gemeinde in den Stand setzen, ihre Grundstückskapitalien zu sichern, ebenso zweite Hypotheken an solide Haus- und Grundbesitzer zu geben. Genosse Reichardt betonte, mit der Erklärung des Gemeindevorstehers einverstanden zu sein. Es wurde beschlossen eine Kommission von 6 Gemeindevorstellern einzusetzen, die sich mit dieser Materie befassen soll. Der Kommission gehört auch Genosse Reichardt an. Bei der Mitteilung betreffend finanzielle Unterstützung befähigter Volksschüler bedauerte der Vorsteher, daß im Vorjahre ein von ihm gestellter Antrag abgelehnt wurde. Genosse Weber erwiderte, daß der betreffende Antrag in Verbindung mit dem Jahresübersichtsbild gebracht und deswegen abgelehnt worden sei. Der letzte Verhandlungsgegenstand sollte erst in nächstfolgender Sitzung beraten werden, es wurde jedoch auf Einspruch unserer Genossen öffentlich verhandelt. Ein Anlieger glaubte sich durch die gepönten Bauforschulnoten, die sein Grundstück durchschneiden, geschädigt und bot es für 30 000 M. der Gemeinde zum Kauf an, nachdem er in einem Prozeß gegen die Gemeinde in allen Instanzen unterlegen war. Der Kauf wurde, weil zu teuer, abgelehnt. Beschlossen wurde, die Straße durchzugleichen, und die Anliegerbeiträge ausnahmsweise aus Gemeindegeldern vorzustrecken.

Wittenau.

Der Arbeitergesangverein „Reisbun“ hält am 24. Januar im „Gesellschaftshaus“ von Albert Schüge, Hauptstraße, ein Winterkonzert ab. Da der Verein sich stets bei Parteiveranstaltungen bereitwillig zur Verfügung stellt, wird die Arbeiterkassette um rege Unterstützung des Vergnügens ersucht.

Ordnung.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorstand Bericht über das abgelaufene Quartal. Der Mitgliederbestand hat sich um 27 Genossen vermehrt. Die Zahl der Vorwärtsabonnenten weist trotz Erfolge in der Hausagitation und Zugang nur eine geringe Zunahme auf, was auf die herrschende Arbeitslosigkeit zurückzuführen werden dürfte. Von einem eventuellen Erfolg der Hausagitation konnte trotz Verminderung der rückständigen Beiträge noch kein klares Bild gegeben werden. Die Bibliothekskommission konnte berichten, daß die Zahl der ausgeliehenen Bücher sich bedeutend erhöht hatte. Bei dem Bericht des Bildungsausschusses bedauerte Gen. Densel, daß zu dem veranstalteten geschichtlichen Vortragszyklus des Gen. Hartwig kein besserer Besuch zu verzeichnen gewesen wäre. Des ferneren besuchte sich die Versammlung mit der Reorganisationsfrage und nahm den Bericht einer zu dieser Frage gebildeten Kommission durch den Gen. Hartwig entgegen. Nach reger Diskussion wird ein zur Reorganisation von Groß-Berlin gestellter Antrag gegen 1 Stimme angenommen. Gen. Gardina kritisierte das eigenmächtige Vorgehen der Parteileitung und der Leitung der Gewerkschaften von Groß-Berlin bei Verteilung des Ertrages der Sammlung für die Arbeitslosen. Andere Redner wandten sich dagegen, daß große Summen den drei Warenhäusern zugesührt wurden, während andere Warenhäuser, die im Tarifverhältnis stehen, unberücksichtigt geblieben seien. Ein entsprechender Antrag soll die Kreisgeneralversammlung beschäftigen. Ein Antrag verlangte, daß den Botenfrauen die Neujahrsgrußkarte untersagt werde, er bewies dabei auf die herrschende Arbeitslosigkeit. Trotz teilweiser Anerkennung dieses Uebelstandes ging die Versammlung über die Angelegenheit zur Tagesordnung über. Für die folgenden Vorort, die räumlich mit Groß-Berlin zusammenhängen, verlangten die Anwesenden, daß Protestveranstaltungen am gleichen Tage stattfinden wie in Berlin. — Für Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Kapke, Sardina, Hartwig und Schröder delegiert.

Spandan.

Mit der Beratung des Sonderetat für 1914 wurde fast die ganze Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag ausgefüllt. Stadtkämmerer Weber hielt die Aussichten für den diesjährigen Etat recht trübe; seien doch über sieben Millionen Mark außerhalb des Etats bewilligt worden. Enorme Summen hätten im Wege der Anleihe aufgenommen werden müssen und die Verzinsung und Amortisation habe bedeutende Mehrausgaben erfordert. Allein hierbei sei mit 250 000 M. Mehrausgaben zu rechnen. Hinzu kämen Mehrausgaben für die Schulen in Höhe von 163 000 M. und 80 000 M. für das Krankenhaus usw. An Mehreinnahmen kämen von der Gasanstalt 30 000 M., von der Elektrizitätsanstalt ungefähr 130 000 M. in Frage. Die Steuern würden eine Mehreinnahme von etwa 120 000 bis 130 000 M. bringen, ausgenommen die indirekten Steuern. Es sei damit zu rechnen, daß die Mehrausgaben durch die Mehreinnahmen nicht gedeckt werden können. Der Kämmerer bemerkte zum Schluß: wenn die Steuern nicht erhöht werden sollen, so müsse der Steuerausgleichs fonds in Anspruch genommen werden. — Stadtk. Walter bemängelte die langsame Schneefestigung während des letzten großen Schneefalles, hielt die Löhne der Hilfsarbeiter für zu niedrig und beantragte, daß der Magistrat künftig den Bedarf an Hilfskräften an den Anschlagtafeln bekannt gebe. Der Oberbürgermeister Koelke führte aus, daß der „Vorwärts“ unrichtige Angaben über die Annahme von Arbeitern gemacht habe. Redner mußte aber zugestehen, daß die Straßenbahn für das Schneeschleppen nur 35 Pf. die Stunde bezahle, während die Straßenreinigung 44 Pf. für die Stunde auswarf. In Zukunft soll für die Hilfsarbeiter ein Stundenlohn von 40 Pf. bezahlt werden. Genosse Pieper erklärte, daß Straßenbahndirektor Müller den Arbeitern einen Hungerlohn von 35 Pf. für die Stunde anbot, und auch nicht alle Arbeitslosen im Besitz von langen Stiefeln wären. Was den Bericht im „Vorwärts“ anbetrafte, habe ja ein solcher unüberprüfbar auch im „Anzeiger“ gestanden. — Der Etat wurde hierauf angenommen. — Beim Bericht kam Genosse Pieper auf eine Aeußerung des Gartenbauinspektors zu sprechen, die dieser zu den auswärtigen Delegierten des Städtebundes über die Parfarbeiter gemacht habe. Nach einer im „Vorwärts“ veröffentlichten Zuschrift habe der Gartenbauinspektor, der gar nicht daran gedacht habe, daß unter den Delegierten auch Sozialdemokraten seien, sich dahin geäußert, daß seine Leute sehr unzuverlässig wären; sie verlangten hohen Lohn und wollten nichts tun. Nur „Großstadt“ sei zu bekommen. Es seien alles Sozialdemokraten und sie gehörten alle dem roten Verband an. Derartige, die Arbeiter schwer beleidigenden Aeußerungen müßten dem Herrn untersagt werden. Genosse Bied kam auf die „fürstlichen“ Gehälter zu sprechen, die die Gärtnergehilfen von der Stadt erhalten. Ein Gärtner werde 306 Tage im Jahr beschäftigt zu 4,90 M. pro Tag = 1499,40 M. jährlich, 4 Gärtner 306 Tage a 4,50 M. = 1377 M. pro Mann. Da die Sonn- und Feiertage von der Stadt nicht mitbezahlt werden, sind diese Leute das ganze Jahr bei der Stadt beschäftigt. Weiter werde noch ein Gärtner 252 Tage zu 4,50 M. pro Tag beschäftigt und 3 Gärtner 210 Tage a 4,50 M. Bei diesen teuren Zeiten könne niemand mit diesen geringen Löhnen auskommen und dieselben blieben auch weit hinter den Löhnen der Gärtner in anderen Städten von Groß-Berlin zurück. Redner richtete an den Magistrat das dringende Ersuchen, die Löhne zu erhöhen. Oberbürgermeister Koelke erklärte, daß nach einer von ihm angestellten Untersuchung die Mitteilung des „Vorwärts“ unzutreffend sei, daß der Gartenbauinspektor solche beleidigenden Aeußerungen über die Parfarbeiter gebraucht habe. Genosse Pieper

behielt sich vor, später Zeugen hierfür anzugeben. Der Etat wurde in angegebener Höhe festgestellt. — Mit der Riedung von Bureauräumen auf dem Nonnendamm hatte sich die Versammlung abermals zu beschäftigen. Während die Stadtverordneten beschloffen hatten, Bureauräume von der Märkischen Bodengesellschaft zum Preise von 1800 M. zu mieten, verlangte eine Magistratsvorlage, daß in dem Hause des Stadtk. Tilgner Bureauräume für 3500 M. jährlich bis 1917 gemietet werden. Stadtk. Kuhl erhob gegen den Oberbürgermeister den Vorwurf, daß derselbe Tilgner durch Handschlag versprochen habe, daß die Bureauräume in sein Haus kämen. Redner bemerkte noch, außerhalb des Hauses würde man dies als Schiedung bezeichnen. Oberbürgermeister Koelke wies sehr erregt den Vorwurf zurück, daß er dem Stadtk. Tilgner ein solches Versprechen gemacht habe. Da auch andere Stadtverordnete Bedenken gegen die Vorlage erhoben, wurde dieselbe unter großer Anruhe zur Klärung und Prüfung einem Ausschuss überwiesen.

Ueber „Freies Koalitionsrecht und die Feste der Scharfmacher“ sprach am Freitagabend in einer gut besuchten Protestversammlung Genosse Dr. Rudolf Breitscheid unter stürmischem Beifall in der Brauerei Fichelsdorf. Nach einstimmiger Annahme einer Resolution um Erweiterung des Koalitionsrechtes, die dem Reichstagspräsidium überlassen werden soll, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die Freie Turnerschaft Spandau veranstaltet am 24. Januar in den Gesamträumen der Brauerei Fichelsdorf ein Winterfest. Da der Verein bei Arbeiterveranstaltungen stets mitwirkt, so hofft er auch auf Unterstützung des Festes. Billetts sind bei sämtlichen Mitgliedern zu haben.

Die Auslegung der Gemeindevählerlisten.

Für die nachstehenden Orte liegen die Gemeindevählerlisten bis zum 30. Januar an folgenden Stellen aus:

Friedenau. In den Geschäftsstunden Reuriger, 8. Zimmer 2.
Tempelhof. Im Gemeindebureau, Dorfstr. 42, Zimmer 8, wochentags von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und Sonntag, den 18. und 25. Januar, von 9—12 Uhr vormittags.

Reinshagen a. Ostbahn. Im Gemeindebureau, Dorfstraße, wochentags von 8—12 und 2—6 Uhr, an den beiden Sonntagen von 8 bis 1 Uhr; außerdem beim Gen. Leh. Wolterstr. 21, im Laden.

Nichtersfelde. Die Parteigenossen werden nochmals darauf hingewiesen, daß die Gemeindevählerliste auch Sonntags von 11 bis 1 Uhr zur Einsicht ausliegt.

Röntgenal-Seepernick-Buch. Für Seepernick, Röntgenal wochentags während der Dienststunden und Sonntags von 10—12 Uhr. Für Buch nehmen Einsicht die Genossen Föding (Restaurant zur Sonne) und Genosse Pietrowski, Bahnhof, Ecke Schönower Straße. An Wochentagen liegen dieselben nur während der Dienststunden aus.

Marientorf. Werktäglich von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends, auch beim Genossen Reichardt, Kurfürstenstr. 84 part.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Reinshagen (Ostbahn). Montag, den 19. Januar, nachm. 6 Uhr, im Gemeindebureau, Tagesordnung: Arbeitslosenunterstützung.

Tempelhof. Montag, den 19. Januar, abends 6 Uhr, im Rathaus (Arbeitsordnung, Arbeitslosenunterstützung.)

Wahlsdorf (Ostbahn). Donnerstag, den 22. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Rathauslokal.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

**Aus aller Welt.
Politische Karriere.**

Wir meinen nicht den Verdegang vom Bonnier Vorrußen zum Landrat oder Regierungspräsidenten. Das ist eine der preukischen Eigenarten, über die es sich nicht verlohnt, noch ein Wort zu verlieren. Wir meinen vielmehr die politische Karriere, die ein gewisser Jennings im Staate Oklahoma machte. Befagter Jennings betreibt sich bei den demnächst stattfindenden Wahlen um den Gouverneursposten. Im Jahre 1897 wurde er wegen Eisenbahnräubereien zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nach Abkündigung seiner Strafe kam Jennings zur Ueberzeugung, daß die Laufbahn eines Rechtsanwaltes entschieden sicherer sei als die mit großen Gefahren und Strapazen verbundene und in letzter Zeit auch wenig einträgliche Wahnräuberei, und er widmete sich mit großem Eifer dem Studium der Rechtswissenschaft. Später wurde er vom Präsidenten Roosevelt in seine bürgerlichen Rechte wieder eingesetzt und es gelang ihm mit zäher Beharrlichkeit, seinen Platz in der Gesellschaft wieder zu erringen. Jennings, der Mitglied der Demokratischen Partei ist, will die Staatsleitung, wie er in der Presse erklärt, „von allen Parasiten reinigen“, mit denen „ein auf seinen ehrlichen Namen haltender früherer Sträfling“ nichts zu tun haben kann. Seine Aussichten für die Wahl zum Gouverneur sind äußerst günstig.

Die echt amerikanische Entwidlung vom Eisenbahnräuber zu einem hohen Verwaltungsbeamten ist gewiß viel erfreulicher als die Vermengung dieser beiden Spezialitäten, die bei russischen Verwaltungsbeamten nur allzu oft an den Tag gefördert wird.

Zum Untergang des englischen Unterseebootes.

Alle Bemühungen, das gesunkenen englische Unterseeboot A 7 zu heben, sind bisher ergebnislos gewesen. Am Freitagabend gegen 9 Uhr mußten die Rettungsarbeiten eingestellt werden und sollten Sonnabend früh wieder aufgenommen werden. Von einem Schiffe des Uebungsgehwaders wurde an der Unfallstelle eine Boje gelegt. Der in der Nacht zum Sonnabend einjehende hohe Wellengang hat das Erkennungszeichen fortgespült, so daß die Rettungsmannschaften die Stelle, an der das Boot gesunken ist, nicht wiederfinden konnten. Alle Bemühungen, die Unglücksstelle wieder zu bestimmen, sind vergeblich gewesen. Selbst wenn man jetzt die Lage des gesunkenen Bootes feststellt, ist an eine Rettung der dreizehn, mit dem Boote Verunglückten nicht mehr zu denken. Die Unglücklichen müssen sämtlich erstidigt sein.

Die Echt-Preußen.

Das Neueste auf dem Gebiet des Neuter-Kultes — wir meinen natürlich nicht den Staatsverbrecher Fritz Neuter, der zum Tode verurteilt und später zu Festungshaft begnadigt wurde — ist ein Kommerz, den die schpreukischen Leute in Lüben in Schießen zu Ehren des Oberst v. Neuter veranstalteten. Die „Bedeutung des Tages“ wurde entsprechend gewürdigt und an den Oberst v. Neuter ein Glückwunschtelegramm abgepfandt. Jeder nach seinem Geschmack!

Schmiergeldprozeß in England.

Der Kapitalismus bleibt sich überall gleich. Wir haben unsere Krupp und Konsorten, unsere angelfächischen Nachbarn ihre Lipton und Konsorten. Das Schmiergeldwesen blüht hier wie da. Vor dem Londoner Polizeigericht mußten am Sonnabend acht Offiziere sowie acht Angestellte oder ehemalige Angestellte der Nahrungsmittel-Firma Lipton Limited, unter denen sich auch der Direktor John Canfield befindet, erscheinen. Sie sind wegen Bestechung angeklagt, deren sie sich bei dem Abschluß von Lieferungsverträgen für die Heereskontinentverwaltung schuldig gemacht haben sollen. Es handelt sich um Zahlung und Annahme von ungesetzlichen Kommissionsgeldern.

Kleine Notizen.

Schweres Automobilunglück. Ein Automobilunglück ereignete sich Freitag abend in Pessen auf der Landstraße zwischen Wallersteden und Gernsheim. Das von einem Chauffeur geleitete Automobil des Betriebsleiters Schlotz von den Schuldwerkern stieß mit einem Fuhrwerk aus Gernsheim zusammen. Schlotz wurde sofort getötet, der Chauffeur erlitt schwere Verletzungen.

Zum Untergang des Dampfers „Acilia“. Nach einer bei der Hamburg-Amerika-Linie eingelaufenen Meldung aus Punta Arenas sind von einem Segelschiff im Kanal Moat die Leichen des dritten Offiziers Bahrenkamp sowie des Magazinverwalters Kevin vom Dampfer „Acilia“ aufgefunden worden. Ferner sind Beakteile und ein Rettungsring der „Acilia“ angetrieben. Die dort ansässigen Indianer sagen aus, daß dort ein großer Dampfer gesunken sei.

Explosion in einem Tunnel. Wie aus Barcelona gemeldet wird, sind im Tunnel bei Carrage de Torio die Pfänder der Bohrmaschine explodiert; drei Personen sind getötet, zehn verwundet.

Das Schneetreiben im Süden. Infolge der Schneefälle in Frankreich ist der Bahnverkehr bei Perpignan und Gersbere unterbrochen; 1200 von Spanien kommende Reisende liegen in Gersbere fest.

Der Vulkan Sakurajima rumort weiter. Unter Begleitung von Erdschütterungen sind zwei weitere heftige Ausbrüche des Vulkans Sakurajima erfolgt. Viele Gebäude sind dabei eingestürzt.

Frauen-Leseabende.

Bankow. Montag, 8 1/2 Uhr, für den Nordbezirk im Lokal von Schröder, Morast. 5. Vortrag der Genossin Demming: „Die Frau und der Sozialismus“. Im Südbezirk im Lokal von Heine, Berliner Str. 78, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße, Vortrag des Genossen Klug: „Invalidentversicherung“.

Friedrichsfelde. Der Frauen-Leseabend findet hier jeden dritten Montag im Monat bei Hermann Brunt, Pringelallee 69, statt. Diesem Monat alle Montags, den 19. d. M.

Niederschöneweide. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Benz, früher Straße 17.

Oberschöneweide. Die Frauen-Leseabende finden bis auf weiteres jeden vierten Mittwoch im Monat abends 8 1/2 Uhr, bei Kabe, statt. Vortragende ist die Genossin Grumma. Der erste Abend ist Mittwoch, den 21. Januar.

Steglitz. Montag, 1/2 9 Uhr, abends bei Thiel, Albrechtstr. 87. Vortrag des Genossen Wogel: „Die Frau, das starke Geschlecht“.

Weihensee. Montag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Peuter, Berliner-Allee 251.

Leiser
Ausverkauf
50%
Bis Ermäßigung
Unergleichliche Preispartie
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

König-Strasse 34
Taentzien-Strasse 20
Oranien-Strasse 47a
Müller-Strasse 3a
Moabit, Turmstr. 50

Leipziger Strasse 65
Friedenau, Rheinst. 14
Oranien-Strasse 34
Neukölln, Bergstr. 7 8

HERMANN TIETZ

Leipziger Straße
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Grosser Inventur-Verkauf

enorm
billige
Preise

Glas · Porzellan · Steingut

Kaffeesevice

aparte Formen und Dekore, 9teilig, für 6 Personen **1⁹⁰ 2⁹⁵**

10000 weiße Oberfassen

massiv Porzellan Stück **9** Pf.

Milchtöpfe dekoriert Porzellan **18 u. 25** Pf.

Kaffeetassen dekoriert . . . **18** Pf.

Ganz ausserordentlich billig

Tafelservice

60 teilig, für 12 Personen, aparte Formen, hübscher Randdekor **29⁵⁰**

78 teilig, aparte Form, hübscher Randdekor **39⁵⁰**

78 teilig, moderner Banddekor mit reichen Goldhenkeln **68⁵⁰**

Bierbecher Viktoria, Carl III.

neue Eiche durchweg Stück **8** Pf.

Einz. Krüge u. Becken

creme, gross Stück **85** Pf.

Küchen-Garnituren (Steingut)

22teilig, gute Qualität, moderne Form, aparter Dekor . . . **4⁸⁵** 22teilig, feinste Steingut-Qualität, verschiedene Formen und Dekore . . . **9²⁵**

Grosse Posten Wirtschaftsk-Artikel

Alpaka - Besteck

Kaffeelöffel Eszlöffel Messer
12, 15, 20, 20, 28, 35, 65 Pf.

Petroleum-Ofen

„Mika“ grün emailliert, mit Messing-Bassin . . **6⁷⁵**

Ein Posten	Wärmflaschen	85, 95 Pf.	1 ²⁵	Plätteisen-Untersätze m. Asbest-Einlage . .	28 Pf.
Ein Posten	Leibwärmer Alu.	1 ⁴⁵ 1 ⁶⁵	1 ⁶⁵	Ofenvorsetzer	1 ²⁵ 1 ⁴⁵ 1 ⁷⁵
Ein Posten	Heizrohre emailliert	1 ²⁵ 1 ⁸⁵	1 ⁸⁵	Servierbretter	95 Pf., 1 ⁴⁵ 1 ⁶⁵
Ein Posten	Isolierflaschen	90 Pf.	90 Pf.	Tablette	95 Pf., 1 ³⁵
Ein Posten	Zinkwaschfäss. m. Holz- u. Boden	5 ⁴⁵ 6 ⁹⁰	6 ⁹⁰	Teppichkehrmaschinen	6 ⁷⁵ 9 ⁰⁰ 11 ⁵⁰
Ein Posten	Zink-Zoher emailliert	6 ²⁵ 8 ²⁵ 10 ⁵⁰	8 ²⁵ 10 ⁵⁰	Glühkörper (inkl. St.)	15, (inkl. Wasser) 16 Pf.

Emalle-Kochgeschirre

abgetönt, mit Hohigriffen, darunter: Schmortöpfe, Gaskochtöpfe, Kasserollen, Wasserkessel, Bratpfannen und Deckel etc.

15, 25, 30 Pf. **1⁵⁰** bis

Möbel-Ausstellung

Ausstellung von neuzeitlichen Ein- und Zweisimmer-Einrichtungen i. schlichter gediegener Geschnacksrichtung unter Berücksichtigung der Bestrebungen der Kommission für vorbildl. Arbeiterwohnungen in Hoffner's Möbel-Engroshaus

Berlin N. 201, Veteranenstr. 11, 12, 13. Besichtigung frei. Abgabe der kompl. Einrichtungen sowie einzelner Stücke zu ganz mäßigen Preisen.

Wer Stoff hat

fertige Anzug od. Valetot **16,00**. Gabe selbst Stoff, billigst. 10/8 Kaczynski, Lichterberger Str. 9.

Inventur-Ausverkauf

Engros Export Lager Einzel-Verkauf Engl. Uster Leinen-Mäntel Staub-Mäntel Damen-Jackets Kinder-Jackets Kinder-Capes Mark Zum Ausschauen!

Kostüme Regenmäntel Damen-Uster Kinder-Uster Plüsch Jackets Abendmäntel Mark Zum Ausschauen!

Seldene Mäntel Eleg. Kostüme Frauen-Paletots Plüsch-Paletots Backfisch-Mäntel Kinder-Uster Mark Zum Ausschauen!

1000 div. Modell-Kostüme Seal-Plüsch-Mäntel Pelz-Imitationen Perlmutter, Maulwurf, Breitenschwanz, Astrachan Preise Gummi-Mäntel in allen Größen.

Max Mosczytz, BERLIN C., Landsbergerstr. 59 Einzelverkauf nur in der 1. Etage. Achten Sie genau auf die Hausnummer.

Joseffi
Cigaretten
Vera Gold
3 Pfe Cigaretten

KAISER
BRIKETT

Für Herd und Ofen der denkbar
heizkräftigste
und wirtschaftlichste Brennstoff!

Butterhandlung
HANSA
SCHRÖDER & Co.
Billigste Einkaufsquelle.
Höchste Rabattsätze. . .
35 Filialen
in Berlin u. Vororten.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Hauptplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Spezialitäten: Sandblut- und
Jeden Rittmoß: Die berühmten
Grünwürstchen. Jeden Sonnabend
frische Blut- und Lederwurst.
Wurfmeier, Brunnenstr. 6.

Café Meyer
Dresden Str. 120/121
Kaffee 10 u. 15, Bier, heiß u. kalt 10 Pf.
ca. 50 Zeitungen; Billard 25, 60 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.



Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
Lieferung schnell und billig Paul
Gross, Lindenstr. 68, Tel. 381, 7203

Bandonions
Erstklassig fabrikt
Hugo Stark
Berlin NO, Georgenkirchstrasse 77
Begründer des Bandonionhauses
Berlins. Beste Tastengeienke
mit Spiralfeder, Grosses Noten-
lager, Reparatur-Werkstatt,
u. Zahlungsvereichterung

Reichstag.

198. Sitzung. Sonnabend, den 17. Januar 1914, vormittags 11 Uhr.

Zunächst wird auf Antrag der Geschäftsordnungskommission die Genehmigung zur Durchführung von Klagen gegen die Abgeordneten Schiffer (Z.), Davidsohn (Soz.) und Behrend (Wirtsch. Bg.) verweigert.

Es folgt die zweite Lesung des

Etats für das Reichsamt des Innern.

Abg. Göttsch (Sp.) beantragt, die Fragen der Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik getrennt zu verhandeln, und zwar zuerst die Sozialpolitik.

Abg. Scheidemann (Soz.) schließt sich dem an.

Abg. Gröber (Z.) hält es für richtiger, zuerst die Wirtschaftspolitik zu verhandeln.

In der Abstimmung wird der Antrag Göttsch angenommen. Für die Vorausbesprechung der Wirtschaftspolitik stimmen unter großer Heiterkeit der Linken nur die Konserwativen, da das Zentrum einschließlich des Abg. Gröber sitzen bleibt.

Abg. Robert Schmidt (Soz.):

Einige allgemeine Betrachtungen über die Wirtschaftspolitik, die in enger Verbindung mit der Sozialpolitik stehen, möchte ich doch vorausschicken. Der gegenwärtigen Zeit der außerordentlich starken Depression des gesamten Erwerbslebens ist eine Zeit glänzenden wirtschaftlichen Aufschwunges vorausgegangen. Aber dank unserer nationalen Wirtschaftspolitik haben die Arbeiter und die kleinen Erwerbstreibenden

keinen Vorteil von dem wirtschaftlichen Aufschwung

gesehen. Interessant für den Einfluss, den unsere Hochschulzöglinge ausüben, ist die Geschichte des Ankaufs des „Lokal-Anzeigers“. (Präsident Kaempf: Ich möchte Sie doch ersuchen, sich an den Befehl des Hauses zu halten.) Ich meine doch, daß der große Einfluß den die wirtschaftlichen Interessengruppen, wie der Zentralverband Deutscher Industrieller und der Bund der Landwirte, auf unsere Sozialpolitik haben, hier nicht außer Acht gelassen werden darf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Zentralverband Deutscher Industrieller vertritt systematisch eine große Anzahl von Verbänden in seine Dienste zu ziehen, und Einfluß auf die Presse dadurch zu gewinnen, daß er literarische Bureaus einrichtet und die gesamte Presse mit seinen literarischen Erzeugnissen befruchtet. Zu dieser Beeinflussung der Regierung und der öffentlichen Meinung gehört auch der Versuch des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, den „Lokal-Anzeiger“ in seinen Besitz zu bekommen. Es wird berichtet, daß der Reichskanzler persönlich an die großindustriellen Kreise herantreten sei mit dem Wunsche, man möge dem Verlag Scheel die nötigen 10 Millionen zuführen, damit er nicht etwa in die Hände von Ulstein oder Wölfe falle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Solche Umwege wählt die Regierung, um ihre Interessen durch Vermittlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller zu vertreten. Aus diesem Vorgang erklärt sich auch die Stellung des „Lokal-Anzeigers“ während des Krupp-Prozesses und während der Haberner Angelegenheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was ist nun während der Periode des glänzenden wirtschaftlichen Aufschwunges der Arbeiterchaft für Nutzen zuteil geworden? Das Arbeitsverhältnis der landwirtschaftlichen Arbeiter ist genau so betrübend wie vorher, ihre rechtliche Lage ist ebenso unerträglich, und die Art der Behandlung, die unsere deutschen Landarbeiter zu ertragen haben, führt zu fortgesetzten Beschwerden und zur Flucht der Arbeiter aus ihrer Heimat. Die Großgrundbesitzer mögen sich nicht darüber täuschen, daß sie auf die Dauer die deutsche Landarbeiterschaft entbehren können. Sie werden auch aus Rußland nicht mehr den Zugang bekommen in dem Maße, wie die russische Landwirtschaft sich entwickelt und die Arbeiter selbst braucht. — Und wie steht es mit den Industriearbeitern? Nur in schweren Kämpfen haben die Arbeiter durch ihre Gewerkschaft die und da Vorteile errungen. Ich verweise auf die Lage der Vergarbeiter. Ein unerhörter Druck lastete auch während des wirtschaftlichen Aufschwunges auf den Vergarbeitern des niederschlesischen Bezirkes. Im Laufe von drei Monaten des Jahres 1912 sind 2000 Vergarbeiter aus diesem Bezirk ausgewandert, vor allem, weil die Maßregelungen, die Bevormundung der Arbeiter unerträglich wurde. Nur dem energischen Vorgehen des Vergarbeiterverbandes war es zu verdanken, daß schließlich die Vergabeförderung nötig war, ihre strengen Maßnahmen einzustellen. Dazu kommt, daß der Lohn dieser Arbeiter weit geringer ist als z. B. der der Arbeiter im Dortmunder Bezirk. Wie traurig die Verhältnisse liegen, beweist die Tatsache, daß 142 Kinder in diesen Familien ohne Väter leben.

auf Lumpen oder Stroh,

schlafen müssen, die Säuglingssterblichkeit ist dort geradezu erschreckend; sie beträgt im Kreise Waldenburg 83,9 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und da hat man es als unbedeutend bezeichnet, daß die Vergarbeiter in den Streit traten, um diese elenden Verhältnisse zu beistimmen. Der beste Lohn, der im deutschen Vergarbau überhaupt gezahlt wird, ist 5,48 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nirgend ist der Lohn so erhöht worden, daß die Erhöhung einen Ausgleich bietet für die Preissteigerung sämtlicher Bedarfsartikel die überall 10 Proz. beträgt. Das beweist, daß dieser wirtschaftliche Aufschwung nur den Kapitalisten zugute gekommen ist und daß eine Berufschaft, wie die der Vergarbeiter, die mit andauernd schwerer Arbeit belastet ist, keinen Vorteil davon gehabt hat. Was aber ist sozialpolitisch in dieser Periode des guten Geschäftsganges geboten worden? Da sehen wir nur ein außerordentlich zögerndes Vorgehen, ja einen Stillstand, und die und da sogar einen Rückschlag. Der Zentralverband Deutscher Industrieller und anderer Unternehmerorganisationen haben ihren Einfluß in der Presse benutzt, um ständig für den Stillstand in der Sozialpolitik Stimmung zu machen. Ein charakteristisches Zeichen für diesen Stillstand ist das vollständige Versäumnis des Reichs für Arbeiterstatistik, der seit Jahr und Tag nicht mehr zusammenberufen worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In seinen Erhebungen über die Lage im Fuhrwerksbetrieb hat er

16 bis 17 stündige Arbeitszeit

ohne jede regelmäßige Mittagspause festgesetzt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da ist ein Eingreifen seitens der Regierung geboten. Auch in der Winternachtsfrage hat der Reichstag für Arbeiterstatistik eine überaus lange Arbeitszeit und das Fehlen jeder Nachtruhe festgesetzt. Nur auf dem Rhein ist durch die gewerkschaftliche Tätigkeit eine Regelung der Nachtruhe eingetreten. Ihre Einführung ist also möglich. Nicht nur die Angestellten, sondern auch der Bund der Schifferinnungen, also Unternehmer, fordern eine mindestens fünfstündige Nachtruhe, das Reichsgesundheitsamt eine solche von 6 Stunden. Wenn gerade die kleinen Betriebe die Nachtruhe für durchführbar halten und sie fordern, so braucht man doch auf die Großbetriebe sicherlich nicht Rücksicht zu nehmen. Es ist doch ungeheuerlich, daß eine Arbeiterchaft sich gegen Ruhe wenden muß, bei denen eine 34- und 36stündige Arbeitszeit die Regel ist, ja, wo in einem Fall sogar eine 70stündige Arbeitszeit festgesetzt wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erhebungen über

die Zustände in der Großindustrie sind dem Reichstag nicht in die Hand gegeben worden, diese sind vom preussischen Handelsminister selbst veranlaßt worden. Man scheint eben die Arbeit des Reichstags als unangenehm zu empfinden. Man mühte den Reichstag so auszuhebeln, daß er über alle sozialpolitischen Fragen Erhebungen zu veranstalten hat, nicht nur über die Arbeitszeit. Als Gutachter und zur Ausfertigung mühten vor allem auch die Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden. Man sagt auch, übermäßig lange Arbeitszeiten seien seltene Ausnahmen, sobald neue Erhebungen nicht nötig sind. Das ist falsch. Die Berichte der Fabrikinspektoren zeigen in den Ziegelleien 24stündige Arbeitszeiten als üblich. In Schlachthäusern wird von 2 Uhr früh bis abends 8 Uhr gearbeitet. Dabei gibt der § 1201 der Gewerbeordnung die Möglichkeit, diesen Zuständen entgegenzutreten. Freilich mühte der Fabrikinspektor die Befugnis erhalten, selbständig Verfügungen zu erlassen, ohne sich erst an die Polizeibehörde zu wenden.

Seit Jahren erfahren wir aus den Berichten der Fabrikinspektoren außerordentlich wenig. Auch ist in den Berichten eine außerordentliche Zurückhaltung zu bemerken. (Sehr richtig!) Das ist wohl auf die Verordnung zurückzuführen, daß die Beamten sich auf objektive Schilderung zu beschränken und kein eigenes Urteil abzugeben haben. Sie können dadurch aber auch bei der Schilderung gewisser betrübender Vorgänge zu großer Zurückhaltung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aktuell ist die Frage,

den Schutz der Jugendlichen international zu regeln.

Auf der Berner Konferenz hat die deutsche Regierung sich leider auf den rückwärtigen Standpunkt gestellt, den Schutz der Jugendlichen nur bis zum 16., nicht bis zum 18. Jahre auszubehnen. Das ist um so mehr zu bedauern, als wir seit 1855 keine Veränderung in der Gesetzgebung zum Schutze der Jugendlichen zu verzeichnen haben. Damals wurde in einem Bundesstaat die Arbeitszeit für die Jugendlichen auf 10 Stunden festgelegt. Wir wünschen, daß die Regierung in diesem Jahre auf der Berner Konferenz eine andere Stellung einnehmen möge, und sich nicht noch den Beschlüssen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller richten möge. Bedauerlich ist, daß wir bei unserer Gesetzgebung in Bezug auf den Schutz der Jugendlichen so viele Ausnahmen zugelassen haben. Das kommt z. B. in der Glasbläsenverordnung zum Ausdruck, wo die Ansehung hervortritt, die Nachtarbeit der Jugendlichen sei gar nicht zu entbehren. Die Arbeiter stehen ausnahmslos auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Und im Auslande ist diese Nachtarbeit der Jugendlichen auch vielfach beibehalten.

Das Heimarbeitergesetz besteht jetzt seit zwei Jahren. Aber noch immer nicht sind die Bestimmungen in Kraft getreten, nach denen den Heimarbeitern eine Aufstellung über den ihnen zukommenden Lohn mitgeteilt und Lohnbücher ausgestellt werden sollen. Soll denn die Schlampelei in den großen Betrieben, die mit Hunderten und Tausenden von Heimarbeitern zu tun haben, für eine innere Notwendigkeit erklärt werden. In den gesundheits-schädlichen Betrieben hätte man entweder ein direktes Verbot erlassen sollen oder eine Regelung treffen müssen, wie sie das Gesetz gestattet. Nichts davon ist geschehen. Nur eine einzige Verordnung ist erlassen worden, für das Tabakgewerbe nämlich, die aber sehr enttäuscht hat. Wir haben jetzt dort drei gesetzliche Bestimmungen, einmal die Gewerbeordnung für die Großbetriebe, dann eine Verordnung für die Heimarbeit mit Zwischenmeister, und nun wieder eine besondere Verordnung für die unmittelbaren Heimarbeiter. Auch hier ist eben nicht Rücksicht genommen worden auf die Interessen der Arbeiter und auf die allgemeinen Interessen. Auch in der neuen Verordnung wird es erlaubt, Tabak in Wohn- und Schlafräumen zu zupfen, und der Luftraum wird

von 10 auf 7 Kubikmeter herabgesetzt.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alle sanitären Einrichtungen für den Heimarbeiter sind dadurch wieder in Frage gestellt. Bei den elenden Zuständen der Heimarbeit in der Tabakindustrie ist es durchaus gerechtfertigt, diese Heimarbeit vollständig zu verbieten. Die Arbeiter werden dadurch nicht beschäftigungslos, sondern die Unternehmer werden dadurch gezwungen, zu einer anderen Betriebsform überzugehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ähnlich liegt es in manchen Zweigen der Glasfabrikation, z. B. bei der Herstellung der Uhrenläufer. Besonderer sanitärer Schutzes bedarf dringend auch die Konservenfabrikation. Der Fabrikinspektor aus Braunschweig schildert da ganz eigenartige Zustände und meint, daß eine Besserung nur durch Steigerung der Löhne zu erreichen ist. Bei der Beratung des Heimarbeitergesetzes wiesen wir auf die in England eingerichteten Lohnkommissionen hin. Man sagte damals, man müsse erst den Erfolg dieses englischen Versuchs abwarten. Nun, jetzt nach drei Jahren dürfte doch wohl die Zeit der Erndtungen vorüber sein, und man sollte der Einrichtung von Lohnkommissionen und Sachausschüssen näbertreten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Eine besonders feuergefährliche Fabrikation ist die Zelluloidfabrikation. Diese muß schon deshalb aus der Heimarbeit herausgenommen werden, weil die Feuergefahr auch alle anderen Bewohner des betreffenden Hauses in Gefahr bringt. — Wie außerordentlich gefährlich die Arbeiter sind, die mit Bleiweißarbeiten zu tun haben, zeigen die erschreckend hohen Bleiweißvergiftungszahlen der Ortskrankenkassen und der freien Dislokale für Maler, Lackierer und Anstreicher. Eine Enquete aus dem Jahre 1907 zeigt, wie ungeheuer oft diesen Arbeitern jede Gelegenheit, sich zu waschen und zu reinigen vor dem Essen, fehlt. Dabei ist der einzige Schutz vor der Intoxikation die peinlichste Keuschheit. Fehlt diese, so gibt es kein anderes Mittel als das

völlige Verbot der Verwendung von Bleiweiß.

Wir haben sogar in der Heimindustrie schon die Verwendung von Bleiweiß zu verzeichnen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier wird nicht nur der Arbeiter, sondern die ganze Familie der Erkrankungsgefahr ausgesetzt. Das ist ein ganz unerträglicher Zustand. — Ganz ungenügend ist auch der Schutz, den die neue Verordnung für die Zinkarbeiter gewährt. Sie nimmt eben zumeist Rücksicht auf die Wünsche der Unternehmer. Der Entwurf der Verordnung sah überall einen verantwortlichen Betriebsführer vor, und in einer mit Arbeitern und Unternehmern abgehaltenen Konferenz vertrat der Regierungsvertreter sehr energisch die Notwendigkeit dieses Betriebsführers. Trotzdem blieb auf Wunsch der Unternehmer aus der Verordnung heraus. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei handelt es sich hier um eine so menschensmörderische Betriebsweise, daß keiner von dort herauskommt, ohne daß er dem Siedtum überantwortet ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine weitere, die Gesundheit schädigende Arbeit ist die Verarbeitung von Tierhäuten und Haaren. Die Verordnungen auf diesem Gebiete mühten von den Großbetrieben auf die Kleinbetriebe ausgedehnt, und die Verwendung von Tierhaaren in der Heimindustrie mühte völlig verboten werden. — Im Baugewerbe haben wir eine außerordentlich große Anzahl von Unfällen zu verzeichnen. Die freien Gewerkschaften haben auf der Vorkonferenzstellung sich bemüht, zu zeigen, wie es praktisch möglich ist, eine Reihe von Einrichtungen durchzuführen, durch die die Unfallzahl erheblich herabgemindert wird. Wie sollten doch alles anwenden, um den Schutz herbeizuführen, den diese Berufsgruppe für notwendig und durchführbar hält. Vor allem genügt es hier nicht, daß Unfallverhütungsvorschriften erlassen werden, ihre Durchführung muß kontrolliert werden. Deshalb fordern die Bauarbeiter die Durch-

führung der Kontrolle nicht nur durch die technischen Beamten der Berufsgenossenschaft, sondern

unter der Mitwirkung von Arbeitern.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Dringend des Schutzes bedürftig ist der Mühlenbetrieb, wo eine 16stündige Arbeitszeit sogar für Jugendliche die Regel ist. — Die Gastwirtschaftsordnung bezieht sich nicht auf die Personen, die als Boten im Hotel, als Portier, als Hausdiener beschäftigt werden. Der Portier, der Junge, der den Fahrstuhl bedient, kann 34 und 36 Stunden ohne Pause beschäftigt werden, und eine solche Arbeitszeit ist gar keine Seltenheit. Diese Berufschaft verlangt unter dem Schutz der Gastwirtschaftsordnung gestellt zu werden. Es ist doch wirklich nur eine sehr geringe soziale Forderung, daß zwischen zwei Arbeitsschichten eine bestimmte Ruhezeit fallen soll.

Ganz unrichtig ist ferner die gesetzliche Stellung der Bureauangestellten. Es ist wiederholt versichert worden, daß auf diesem Gebiete etwas geschieht, leider ist noch nichts geschehen. Ich könnte noch eine Reihe Berufe anführen, deren sozialpolitische Verhältnisse dringend der Besserung bedürfen, aber die Zeit ist zu weit vorgeschritten. Ich habe den Eindruck, daß eine Art passive Resistenz im Reichsamt des Innern vorhanden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf der anderen Seite sehen wir die festgesetzten Bestimmungen auf Entziehung der Arbeiter. Das kapitalistische Regime will den Weg frei haben; jede Arbeiterforderung ist eine übel empfundene Mahnung, sie beeinträchtigt die Autorität. Die Gesetzgebung und die Rechtsprechung sucht man zu beeinflussen zugunsten der Kapitalisten. Die Unternehmer in den Innungen verhängen Strafen und ziehen sie ein von Kleinmeister, die einen Tarif nicht mitmachen. Doch Arbeiter in ähnlicher Weise vorgehen könnten, ist natürlich ganz ausgeschlossen, das Recht, Zwang auszuüben, steht nur den Unternehmern zu. Nur deshalb wird der Boykott nicht verboten, weil ihn die Unternehmer selbst brauchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Zementfabrikat hat sogar versucht, den preussischen Fiskus unter seine Vormahigkeit zu bringen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo ist die Rechtsprechung, die einen einzigen Unternehmer wegen Erpressung auf Grund solcher Vergehens verurteilt, während zahlreiche Arbeiter auf Grund ihrer Vergehungen, andere Arbeiter für die Koalition zu gewinnen, und zwar keineswegs mit Zwangsmitteln, wegen Erpressung angeklagt und verurteilt worden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Arzt, der einen anderen als Streikbrecher bezeichnet, wird freigesprochen, von demselben Oberlandesgericht wird ein Arbeiter wegen des Gebrauches des Wortes Streikbrecher verurteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Unternehmer, der die Streikleitung der Reichslichteitschuldige, wurde vom Schöffengericht freigesprochen, da er in Wahrheit berechtigter Interessen gebandelt habe. Dabei stellte das Gericht selbst fest, daß von einer pflichtwidrigen Handlung der Streikleitung keine Rede sein konnte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte den Juristen im Hause sehen, der dies Urteil noch objektiv nennt. Und da hofft das Zentrum noch immer, daß wenn das Strafgesetzbuch verschärft wird, Unternehmer und Arbeiter gleichmäßig davon betroffen werden! Ich behaupte,

die Rechtsprechung hat noch nie auf einem so tiefen Niveau gestanden wie gegenwärtig.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Zeit des Sozialistengesetzes hatten die Richter wenigstens das Gesetz für sich, heute aber finden wir die deutsche Abicht, im Interesse einer bestimmten Klasse die Rechtsprechung dienstbar zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Naascht:

Diese generelle Behauptung dem deutschen Richterstande gegenüber kann ich nicht zulassen.

Abg. Schmidt (fortfahrend):

Wenn ich zu generell ausgesprochen haben sollte, so will ich mich berichtigen. Gewiß gibt es im deutschen Richterstande auch Leute, die eine solche Rechtsprechung auf das schärfste verurteilen. Es wäre ja überaus trübe und traurig um Deutschland bestellt, wenn nicht auch in Richterkreisen der Welt sich geltend machte gegen diese einseitige Rechtsprechung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nicht einer Einschränkung, sondern einer Ausgestaltung bedarf das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Brutaler und roher, als ich es in meinen Ausführungen gekennzeichnet habe, kann sich die kapitalistische Ausbeutung nicht gebärden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Doormann (Sp.):

Gewiß hat der Vorredner bewiesen, daß noch eine große Anzahl von Fragen auf dem Gebiete der Sozialpolitik ungelöst sind. Um so erfreulicher ist es, daß wenigstens einige Fragen wie die der Wanderlager, der Sonntagsruhe, der Abgrenzung von Fabrik und Handwerk und andere wenigstens auf dem besten Wege zur Lösung sich befinden. Dankbar können wir dem Herrn Staatssekretär dafür sein, daß er in all diesen Fragen die Interessenten zu mündlichen Verhandlungen geladen hat. Weder von einem übereiligen Tempo der Sozialpolitik noch von einer Stagnation auf diesem Gebiete kann meines Erachtens die Rede sein. Tatsächlich ist in der Praxis der Sozialpolitik noch nie soviel gearbeitet worden, wie in den beiden letzten Jahren. Der Reichstag für Arbeiterstatistik ist allgütig beiseite gedrängt. Es muß in der Tat Verwunderung erregen, daß einzelne Fragen noch immer nicht weitergekommen sind. In der Winternachtsfrage freilich unterstützt Abg. Schmidt die Schwierigkeiten. Auf der Ober sind es gerade die kleinen Schiffer, die sich gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit wenden. Gegen polizeiliche Befugnisse an die Gewerbeinspektoren haben wir erhebliche Bedenken. Wenn die Beschwerden der Inspektoren über unzulängliche Verhältnisse nicht mehr so ausgedehnt sind wie früher, so liegt mir der Schluß näher, daß infolge des Wirkens der Gewerbeinspektoren die Verhältnisse sich gebessert haben. Ueber die in Aussicht gestellte Regelung der Verhältnisse in den Wäsch- und Plättanstalten und bei der Feuerwehre erwarten wir eine Erklärung des Staatssekretärs. Gegen die Berufsfrankheiten sollte mehr als bisher geschehen. Das Tarifrecht bedarf dringend der Regelung. Wie sind für jeden stetigen Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu haben und sind der Ueberzeugung, daß in der Hand des jetzigen Staatssekretärs die Sozialpolitik gut aufgehoben ist. (Bravo! bei der Volkspartei.) Die Weiterberatung wird vertagt auf Montag 9 Uhr. Schluß 2 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung. Sonnabend, 17. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Schdots.

Die zur Bekämpfung der akuten spinalen Kinderlähmung in den Regierungsbezirken Hannover und Wiesbaden erlassene Verordnung wird nach unwesentlicher Debatte zur Kenntnis genommen.

Das Gesetz, wodurch die Amtsgerichtsreiber zur Beglaubigung von Unterschriften ermächtigt werden sollen, wird nach einer Debatte, in der sich alle bürgerlichen Parteien für das Gesetz erklären, in erster und zweiter Lesung angenommen.

Erste Lesung des Wohnungsgesetzes.

Handelsminister Dr. Sydow:

Durch Einbringung dieses Gesetzentwurfes kommt die Regierung den mehrfach ausgesprochenen Wünschen des Hauses nach...

Abg. v. Haffel (L.):

Die Kommission muß den Entwurf umarbeiten. Es ist unmöglich, durch ein einheitliches Gesetz die ganz verschiedenen Wohnungs...

Abg. Dr. Buermeling (3.):

Der Wichtigkeit wegen muß der Entwurf an eine Kommission von 23 Mitgliedern überwiesen werden. Wir stehen dem Gesetz...

Abg. Künzer (naff.):

Auch wir begrüßen den Entwurf. Wir vermessen aber Bestimmungen über die Sanierung älterer Stadtteile. Die Selbstverwaltung der Gemeinden wird durch die Vorlage...

Abg. Lüdke (H.):

Die Grundlinien des vorliegenden Entwurfs sind zweifellos richtig, aber manche Einzelheiten, so den Angriff auf eine „ungeheure Bodenpekulation“, halten wir nicht für angebracht.

Ministerialdirektor Dr. Freund

wehrt sich gegen den Vorwurf, daß die Regierung ihr Versprechen, die Baupolizei auf die Städte zu übertragen, nicht erfüllt habe.

Abg. Dr. Fleßh (Rp.):

Das Gesetz, das wir begrüßen, ist in zahlreichen Einzelheiten unbedingt verbesserungsbedürftig. Die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande sind durchaus nicht ideal.

Abg. Girsh (Soz.):

Selten hat ein Entwurf so viel Kritik erfahren wie dieser. Wir verhalten uns nicht prinzipiell ablehnend, ja wir begnügen uns auch mit einer geringen Abschlagszahlung im Interesse derjenigen...

Abg. v. Haffel (L.):

Ich möchte nicht sagen, daß für das platte Land überhaupt kein Wohnungsgesetz erlassen werden sollte, sondern nur, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes auf das platte Land nicht passen.

liche Gründe. Man will ein weiteres Vordringen der Sozialdemokratie erschweren. Die ganze Argumentation ist verkehrt.

Herstellung von Kleinwohnungen

wird überhaupt durch das ganze Gesetz nicht gefördert und ebenso wenig kann man von der Vorlage eine Verbilligung der Wohnungen erwarten.

Mit den haupolizeilichen Vorschriften des Entwurfs sind wir im allgemeinen einverstanden, aber grundsätzlich muß ich verlangen, daß die Baupolizei städtischen Organen übertragen wird.

von 30 bis 40 auf 72 Millionen Mark gestiegen,

die der Eigentümer, der Militäristus, bekam. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese fiskalische Spekulation wurde nur durch die Verschleppung der Bauordnung ermöglicht.

Verbeugung vor den Agrariern

mögen, sondern das Wohnungsgesetz unbedingt auch auf das platte Land erstrecken. Der Zusammenhang zwischen dem Wohnungselend und der Tuberkulose ist doch wohllich bekannt genug.

Daß die Arbeitgeber die Inassen von Werkwohnungen bei Strafe der Handlung an der Befundung ihrer Heberzeugung hindern, wundert mich nicht, dafür leben wir in Preußen.

Die Wohnungsfürsorge wird ja Aufgabe der Gemeinden weiter bleiben. Die Grenze bei 100 000 Einwohnern zu ziehen, erscheint nicht ausreichend.

Das Haus verlagert sich.

Abg. v. Haffel (L.): Ich möchte nicht sagen, daß für das platte Land überhaupt kein Wohnungsgesetz erlassen werden sollte, sondern nur, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes auf das platte Land nicht passen.

Für den Zentrumsantrag, das Gesetz an eine Kommission von 23 Mitgliedern zu überweisen (in der nach dem Schluß für die Kommission die Sozialdemokraten nicht vertreten sein würden), erhebt sich nur ein Teil des Zentrums.

Montag 12 Uhr: Zweite Lesung des Landwirtschaftsgeetzes. Schluß 4 Uhr.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

- Königl. Opernhaus. Sonntag und folgende Tage: Parsifal. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Kolberg. Montag: Die Reuhermählten.
Deutsches Theater. Sonntag: König Lear. Montag: Der Kaufmann von Venedig.
Kammertheater. Sonntag: Die Pariserin. Montag: Wetterleuchten.
Berliner Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Große Kossinen.
Theater in der Königgräber Straße. Sonntag: König Richard III.
Deutsches Künstler-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Oberpelz.
Königl. Opernhaus. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Parsifal.
Deutsches Schauspielhaus. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Reuhermählten.
Kammertheater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Pariserin.
Berliner Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Große Kossinen.
Theater in der Königgräber Straße. Sonntag: König Richard III.
Deutsches Künstler-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Oberpelz.

Jugendveranstaltungen.

Landw. Geme. Sonntagnachmittag Besuch des Schillertheaters Charlotenburg. Andreas Hofer. Treff 1/2 Uhr Bahnhof Landw. Abends 1/2 Uhr Unterhaltung bei Schul. Kurfarthstr. 37.

Möbel-Engros-Lager Berliner Tischler- u. Tapezierermeister. Wir liefern direkt an Private als Spezialität: gediegene Ein-, Zwei- u. Drei-Zimmer-Einrichtungen. Albert Gleiser g. m. b. H. Berlin C. 33 Alexanderplatz Alexanderstrasse 42

Öffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 20. Januar 1914, abends 8 1/2 Uhr, in Frankes Festsälen, Wadstraße 19:

Öffentliche Frauen-Versammlung.

Tagesordnung:

- 1. Vortrag des Genossen Emil Unger: Frauenleid, Frauenkampf, Frauenerlösung.

Zahlreichen Besuch erwartet 224/4*

Die Einberuferin: Frau Rosa Schmidt, Kolonnenstr. 5.

Sozialdemokratischer Wahlverein für d. 1. Berl. Reichstagswahlkreis

Dienstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Haberlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35:

General-Versammlung

Die Bedeutung der Gewerkschaften. Referent: Genosse Emil Eichhorn. Diskussion.

Mitgliedsbuch vorzeigen. 204/1

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Sektion der Zigarrenarbeiter.

Montag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:

Sektions-Versammlung

Tagesordnung: 1. Bericht der Sektionsleitung mit freier Aussprache. 2. Wahl der Sektionsleitung. 3. Verschiedenes. 157/1

Allgem. Ortskrankenkasse für Behlendorf und Umgegend. Bekanntmachung.

Seitens der stimmberechtigten Arbeitgeber, die 10 Vertreter zu wählen haben, ist nur ein Wahlvorschlag in der zulässigen Zeit, wie bereits bekanntgegeben, eingereicht worden. Es gelten gemäß § 9 der Wahlordnung, die auf diesem Wahlvorschlag bezeichneten Personen ohne weiteres als gewählte Vertreter bzw. als Ersatzmänner.

Nachstehend wird hiemit der Wahlvorschlag veröffentlicht:

Vertreter:

- 1. Bürgermeister Dr. Hugo Köster. 6. Tischlermeister Max Buchfink. 2. Professor Dr. Max Lach. 7. Schlossermeister Gustav Fiebig. 3. Professor Wellner. 8. Buchbindermeister Alb. Fischer. 4. Bäckermeister Wilh. Schwetfeger. 9. Kaufmann Willi Lehmann. 5. Tischler Theodor Bastian. 10. Fritz Paske.

Ersatzmänner:

- 1. Bürgermeister Reinsch. 11. Direktor Max Jaehn. 2. Rechtsanwalt Abshagen. 12. Bauingenieur Max Klezian. 3. Direktor Bock. 13. Schneidermeister Otto Förster. 4. Bäckermeister Willi Reinkick. 14. Bäckermeister Gottfr. Schirwinski. 5. Restaurateur Otto Spiegel. 15. Bez.-Schornsteinfegermeister Karl Glöning. 6. Malermeister Gottlob Mühling. 16. Kohlenhändler Adolf Schnabel. 7. Klempnermeister Albert Troschke. 17. Malermeister Fritz Stapf. 8. Installateur Felix Ruffer. 18. Buchhändler Karl Kopetzki. 9. Tapeziermeister Johann Kaiser. 19. Kaufmann Karl Schön. 10. Bahnpolizeur August Riemann. 20. Dachbedeckungsmeister Heier Stellmacher.

Demnächst wird hiemit bekanntgegeben, daß von den stimmberechtigten Arbeitgebern 655 gültige Stimmen abgegeben worden sind. Von diesen entfielen auf Wahlvorschlag I 379, auf Wahlvorschlag II 276 Stimmen. Nach dem Verhältnis der Stimmabgaben entfallen auf die Wahlvorschläge: Liste I 11 und Liste II 9 Vertreter zum Ausschuss.

Es sind gewählt worden:

Vertreter:

- Vom Wahlvorschlag I: 1. Tischler Otto Fehlborg. 12. Bauingenieur Oskar Sasse. 2. Geschäftsführer Johann Krokeler. 13. Gärtner Wilhelm Henning. 3. Restaurateur Rudolf Fenzau. 14. Tischlermeister Gustav Böhneke. 4. Friedrich Dahlemann. 15. Lägergärtner Hermann Kuhl. 5. Paul Franke. 16. Lagerverwalter Aug. Schlottmann. 6. Lagerhelfer August Stuhr. 17. Arbeiter Paul Freidank. 7. Tischler Karl Möller. 18. Heinrich Lehmann. 8. Portier Hermann Baback. 19. Schuldiener Richard Scherlitz. 9. Tischler Karl Wurst. 20. Arbeiter Reinhold Heider. 10. Arbeiter Max Damerow. 11. Ernst Gutjahr.

Ersatzmänner:

- Vom Wahlvorschlag I: 1. Arbeiter Gustav Weise. 12. Tischler Andreas Trautmann. 2. Gärtner Friedr. Stahl. 13. Heizer Otto Ebel. 3. Ernst Danker. 14. Arbeiter Wilhelm Berger. 4. Maurer Otto Kösig. 15. Tischler Ernst Neumann. 5. Arbeiter Joh. Hübscher. 16. Buchbinderin Anna Lorenz. 6. Tischler Wilhelm Richter. 17. Tischler Friedrich Eisenblätter. 7. Tischler Georg Mielke. 18. Arbeiter Friedrich Fehleauer. 8. Tischler Albert Bräutigam. 19. Tischler Max Honker. 9. Elisabeth Müller. 20. Karl Naschke. 10. Tischler Herm. Dombowski. 21. Wilhelm Petzold. 11. Klempner Willi Hülscher. 22. Willi Richter.

Vom Wahlvorschlag II:

- 23. Gärtner Gustav Britall. 32. Arbeiter Julius Henicke. 24. Arbeiter Gustav Schröder. 33. Robert Müggbrodt. 25. Gärtner Wilhelm Weber. 34. Gemeindevorsteher Karl Oosterth. 26. Arbeiter Wilhelm Kobel. 35. Arbeiter Hermann Liefeldt. 27. Arbeiter Paul Krüger. 36. Maurer Albert Littmann. 28. August Schmieddecke. 37. Gärtner Heiner Harnath. 29. Emil Bartels. 38. Arbeiter Hermann Sango. 30. Tischler Ernst Köbke. 39. Gärtner Gustav Ostberg. 31. Ernst Sommer. 40. Arbeiter Wilhelm Wolf.

Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb zwei Wochen nach dieser Bekanntmachung angefochten werden. Anfochtungen sind bei dem Vorstände oder bei dem Versicherungsamt des Kreises Teltow anzubringen. Das Versicherungsamt entscheidet. 267/12

Behlendorf, den 16. Januar 1914.

Der Vorstand: F. Schweitzer.

Kranken-, Sterbe- und Zuschusskasse für männliche Personen aller Berufe

Groß-Berlin. Dienstag, den 17. Februar 1914, abends 8 Uhr, Große Hamburger Straße 18/19: Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vorstands- und Kassenericht. 2. Bericht der Schiedskommission. 3. a) Wahl von zwei Ausschussmitgliedern, b) der Krankheitskontrollen. 4. Verschiedenes. 281/16 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorsitzende L. Georgelowitz.

Krankenunterstützungs- und Begräbnisverein gewerbl. Arbeiter zu Berlin.

Sonntags, den 24. Januar 1914: General-Versammlung im „Dresdener Gesellschaftshaus“, Dresdener Str. 116. 281/17

Tagesordnung: 1. Vortrag des Jahrganges Herrn Dr. Freund. 2. Rechnungslegung pro 1913. 3. Verschiedenes. Einen recht regen Besuch erwartet Der Vorstand. F. K.: Friedrich Frauenreich, Schiffmannstraße 35.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Banarbeiter Deutschl. „Grundstein zur Einigkeit“

Bezirk II. Sonntag, den 25. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokale von Schmidt, Lydener Straße 3: Mitgliederversammlung

Tagesordnung: Abrechnung vom IV. Quartal. Renovation der örtlichen Verwaltung. Stellenangelegenheiten. Verschiedenes. 151/1 Die örtliche Verwaltung. F. K.: Zerfling.

Mitglieder-Versammlung der Sterbe- und Krankenunterstützungs-Kasse Nr. 55 zu Berlin

am Dienstag, den 27. Januar 1914, abends 8 1/2 Uhr, im Kassenlokal, Udenstr. 8.

Tagesordnung: 1. Rechnungsbildung der Redigoren. 2. Wahl eines Vorstehers und eines Stellvertreters. 3. Wahl eines Redigors und eines Stellvertreters. 4. Verschiedenes. 300/5

Der Vorstand.

Bruchbandagen

Leibbinden, Geradenhalter, Irrigator, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt Fabrikant Pollmann, jetzt Berlin N., Lothring Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. Telefon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 155.

Dienstag, den 20. Januar, abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung der Metall-, Fasson- und Revolverdreher sowie Dreherinnen

im Gewerkschaftshause, Engelkestr. 15 (Saal III). Tagesordnung: 1. Vortrag mit Lichtbildern: „Die Vönggenossenschaften und ihre Ziele“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 110/20 Die Kollegen werden ersucht, ihre Frauen zu dem Vortrag mitzubringen. Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Sorben erschienen: Eines Arbeiters Weltreise.

Von Fritz Nummer. Das Buch kostet gebunden in sehr guter Ausführung für Mitglieder 3 M. Zu haben in unserem Bureau: Linienstr. 83/85 II in der Bibliothek.

Deutscher Händlerverband

Verwaltungsstelle Berlin. Sonntag, den 25. Januar 1914, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 3:

Jahres-Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Beratung der Anträge. 3. Renovation der Ortsverwaltung. 59/6

Mitgliedskarte legitimiert; ohne dieselbe kein Eintritt.

Die monatlichen Bezirksversammlungen finden statt für: Bezirk Norden I Mittwochs, den 21. Januar, bei Böhler, Hefenstr. 12. Bezirk II Mittwochs, den 21. Januar, bei Betsch, Boppel-Allee 80. Osten Donnerstags, den 22. Jan., bei Kirsch, Biedersteiner Str. 80. Südost Sonntag, den 19. Januar, bei Ende, Lützen-Platz 21. Südwest Donnerstags, den 22. Jan., bei Gabis, Hagelberger Str. 55. Nothditt Sonntag, den 18. Januar, bei Schröder, Kronenstr. 88. Zentrum Donnerstags, den 22. Jan., bei Götting, Wenzelauer Str. 29. Nichtenberg Donnerstags, den 22. Jan., bei Knüttel, Neue Bahnhofsstr. 20. Renteln Dienstag, den 20. Jan., bei Richter, Prinz-Johann-Str. 3. Schneberg Sonntag, den 18. Januar, bei Händel, Vorbergstr. 9.

Da die vorliegenden Anträge, welche in den Bezirksversammlungen einer Vorberatung unterzogen werden sollen, für jedes Mitglied von größter Bedeutung sind, wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen (sowohl der Bezirks- als auch der Generalversammlung) dringend ersucht. Die Ortsverwaltung.

Wir empfehlen jedem Zeitungsleser zur Anschaffung:

Liebknichts Volksfremdwörterbuch

Dreizehnte Auflage. Neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt unter Berücksichtigung der Neuschreibung nach dem vereinbarten amtlichen Regelbuch. Preis in Leinwand gebunden Mark 3,20. Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 60 (Laden). 248/13*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Hartgummibranche.

Dienstag, den 20. Januar 1914, abends 6 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Konferenz der Hartgummidirektoren. 2. Verhandlung über Branchenangelegenheiten.

Kistenmacher.

Dienstag, 20. Januar, abends 8 Uhr, bei Voelker, Webeckstr. 17: Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahl der Delegierten und der Kommission. 3. Branchenangelegenheiten. Die Kollegen der Firma Stolz sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Mitgliedsbuch legitimiert!

Möbelpolierer.

Montag, 19. Januar (gleich nach Feierabend), in den Andreas-Sälen, Andreasstraße 21:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Ritter über: Krankenversicherung. 2. Bericht der Kommission. 3. Wahl der Branchenleitung.

Küchenmöbeltischler.

Montag, den 19. Januar, abends 6 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. — 2. Renovation der Branchenkommission. — 3. Branchenangelegenheiten. Die Ortsverwaltung. 81/20

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc. Küchenmöbelbranche.

Montag, den 19. Januar, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Tagesordnung: 1. Die Reichsversicherungsordnung: „Krankentaggengesetz.“ Referent: Arbeitersekretär Eugen Brückner. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Der Wichtigkeit des Referats wegen wäre es sehr angebracht, wenn alle Kollegen ihre Frauen mitbringen würden, da vom 1. Januar 1914 alle werktätigen Frauen unter diesem neuen Gesetz stehen. Um pünktliches und vollständiges Erscheinen ersucht Die Branchenleitung. 106/12

Verband der Schneider.

Fillale Berlin. Teleph.: Amt Wotivyl. 9737. Arbeitsnachweis: Johystr. 7. Teleph.: Amt Königsstadt 6734.

Montag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Siegel, Große Frankfurter Str. 30:

Versammlung

der bei der Firma Veek u. Cloppenburg beschäftigten Heim- und Werkstattarbeiter.

Tagesordnung: Die Mißstimmung unter den Kollegen, Ursache und Wirkung derselben. Referent: Kollege Kunze. Vollständiges Erscheinen erwartet Die Kommission. 162/6

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Sektion der Zigarettenindustrie.

Freitag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12: 187/2*

Sektions-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht der Sektionsleitung. Diskussion. 2. Wahl der Sektionsleitung. 3. Wahl einer Agitationskommission. 4. Verschiedenes. Die Kolleginnen und Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung vollständig zu erscheinen. Die Sektionsleitung.

Kranken- u. Sterbekasse der Banarbeiter in Berlin. (Zuschusskasse.)

Sonntag, den 15. Februar 1914, vorm. 10 Uhr, bei Wille, Sebastianstr. 39:

Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Jahresabrechnung, Vorstands- und Kassenericht. 2. Beschlußfassung über Aufhebung eventuell Zusammenlegung der Kasservereinigungen. 3. Beschlußfassung über die Befolgung der Mitglieder nach § 19 der Satzung. 4. Ergänzungswahl: a) des Vorstandes nach § 19 der Satzung; b) Wahl des Ausschusses nach § 17 der Satzung. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

In dieser Woche

der Hauptzeit für den Einkauf von Wäsche-Ausstattungen, gelangen nach bewährten Erfahrungen zusammengestellte

9 Braut-Ausstattungen

zur Auslage

Musterstücke

von feiner

Damenwäsche

Garnituren

Spitzen- u. Stickereiröcke

Prinzeßröcke

Morgenröcke

Batist-Morgenjacken

Kämm-Mäntel

Feine

Tischwäsche

und

Prunkdecken

für Gesellschaftszwecke

Auf Wunsch erfolgt Zusendung der Braut-Ausstattungs-Preisliste Nr. 43 G.

C	Leibwäsche M. 480.—
	Tischwäsche M. 186.—
	Haus- u. Küchenwäsche M. 154.—
	Betten und Bettwäsche M. 615.—
	M. 1435.—

D	Leibwäsche M. 670.—
	Tischwäsche M. 263.—
	Haus- u. Küchenwäsche M. 196.—
	Betten und Bettwäsche M. 841.—
	M. 1970.—

E	Leibwäsche M. 858.—
	Tischwäsche M. 412.—
	Haus- u. Küchenwäsche M. 246.—
	Betten und Bettwäsche M. 1009.—
	M. 2525.—

F	Leibwäsche M. 1100.—
	Tischwäsche M. 530.—
	Haus- u. Küchenwäsche M. 305.—
	Betten und Bettwäsche M. 1140.—
	M. 3075.—

H	Leibwäsche M. 1365.—
	Tischwäsche M. 731.—
	Haus- u. Küchenwäsche M. 297.—
	Betten und Bettwäsche M. 1537.—
	M. 3930.—

J	Leibwäsche M. 2048.—
	Tischwäsche M. 970.—
	Haus u. Küchenwäsche M. 455.—
	Betten und Bettwäsche M. 2092.—
	M. 5565.—

K	Leibwäsche M. 2508.—
	Tischwäsche M. 1240.—
	Haus- u. Küchenwäsche M. 600.—
	Betten und Bettwäsche M. 2532.—
	M. 6880.—

L	Leibwäsche M. 3605.—
	Tischwäsche M. 2120.—
	Haus- u. Küchenwäsche M. 730.—
	Betten und Bettwäsche M. 3365.—
	M. 9320.—

M	Leibwäsche M. 4872.—
	Tischwäsche M. 3636.—
	Haus- u. Küchenwäsche M. 1035.—
	Betten und Bettwäsche M. 4792.—
	M. 13,735.—

Unübertroffen ist der Ruf meiner Firma für die Lieferung von Braut-Ausstattungen

Begründet ist dieser Ruf durch den Geschmack der Zusammenstellung, Gediegenheit der Stoffe, Vorzüglichkeit der Schnitte sowie besondere Preiswürdigkeit. — Herstellung der wesentlichsten Stoffe und Artikel in eigener mechanischer und Handweberei. — Eigene Näh- und Stickschule.

Hervorragende Auswahl in der Abteilung **Herrenwäsche**

Oberhemden für Ball und Gesellschaft

Anfertigung nach Maß in kürzester Zeit

Wintersport-Artikel für Damen und Herren

Über 100,000 vorrätige Monogramm-Zeichnungen Jedes Monogramm vorhanden.

Landeshuter Leinen- und Gebildweberei

F. V. Grünfeld

Berlin W, Leipziger Straße 20-22

Größtes Spezialhaus der Welt für Leinen u. Wäsche

Garbáty

Cigaretten

für **Qualitätsraucher**

Wir schwören auf **Grimm & Triepel.**

Es ist doch der beste Kautabak.

Berliner **Uik-Trio**
Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L

Patentanwalt **Prillwitz**
Berlin NW 21, Thurmstraße 34

Nov. Grünwälder
oder bei Streitigkeiten in *Justiz* wenden man sich sofort an den Spezialisten Dr. jr. Lorenz, Berlin 20 Glitschauer Straße 106. Telefon: Moritzpl. 9516



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.

Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger

Anzüge

Winterpaletots
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
und Arbeiter-Berufskleidung.
Elegante Maßanfertigung.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft u. der Ortsgruppe Berlin d. Arb.-Radf.-Bund.

Sonntags von 12-2 geöffnet.

Tel. Amt Norden 1591. 102/1*

Das gute Kiebeck Bier

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres von 7-9 Uhr abends statt. Sonnabends Sprechstunde von 4 1/2-6 Uhr nachmittags.

29. R. 100. 1. Ohne wichtigen Grund nicht. 2. Nur, sofern das Mädchen sich etwas hat zuschulden kommen lassen. 3. Das hängt von den Umständen des Falles ab. 4. Eine Klage, die ein Sühneverfahren bei der Polizei voraussetzen muss, ist bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk die Herrschaft mocht, geltend zu machen. - 28. G. 29. 1. Ja. 2. Die Verlaummisshandlungen müssen von der unterliegenden Partei erstattet werden. 3. Der Vertrag kann auch privatschriftlich gemacht werden. Es sind dabei jedoch besondere Erfordernisse nötig, die zu beachten sind. 4. Reichstagsabgeordneter Oswald, Schindlerstr. 6. - R. D. Pantow. Ja. Ihre Anfrage lässt bestimmt erkennen, ob Verjährung vorliegt. - R. S. 7. Unrechtes Erbschafts können irgendwelche erstere Folgen im Weigerungsfalle nicht entstehen. Sie könnten schlimmstenfalls verurteilt werden. - R. S. 87. Urkundenfälschung liegt nicht vor. - St. R. 1. Sie müssen den Ausgang des Prozesses abwarten. - R. R. 85. Die Zinsen rechnen zum steuerpflichtigen Einkommen. - R. 159. 1. Für die verbleibende Zeit nicht. 2. Nein. 3. Ja. in 2 Jahren. - G. S. 100. Auf Ratenszahlungen einzugehen, ist der Gläubiger nicht verpflichtet. Von den genannten Sachen würde nur das Beste pfändbar sein. - R. 777. R. R. 1. bis 5. Beantragen Sie bei dem Nachlassgericht, dass die Vermittlung der Auseinandersetzung zur Ausnahmestellung ist die Sparte, so lange Sie nicht in Besitz eines Erbtheiles sind, nicht verpflichtet. - 29. R. 900. 1. Ja. 2. und 3. Nein. - G. R. 66. Die Angaben reichen zur Beantwortung Ihrer Frage nicht aus; kommen Sie eventuell in die Sprechstunde. - R. 29. 01. O. Ueber die Tauglichkeit hat lediglich der Militärarzt zu entscheiden. Zweckmäßig

bürfte es sein, sich vor dem Aufstellungstermin noch ein Mittel der Abnigl. Universitäts-Klinik zu besorgen. - R. Walow S. R. S. 57. 1. und 2. Die Witwe hat, sofern sie im Sinne des Gesetzes invalide ist, Anspruch auf Witwenrente. Der Antrag ist an das Versicherungsamt, im königlichen Park 3, zu richten. Mit der Wiederverheiratung fällt die Rente fort. - Trennung. 1. und 2. Nein. Es würde Verzeihung angenommen werden. - R. R. 60. Sie können die Verzeihung aufrecht erhalten, sofern Sie 20 Wochen einer beliebigen Lohnklasse leben und die Karte alldam spätestens innerhalb zwei Jahre vom Aufstellungstage an umtauschen. - R. S. 10. Haben Sie berechtigten Grund zum Getrenntleben, so kann Ihr Ehemann die Kosten nicht herausverlangen. An monatliche Alimente für Sie und die beiden Kinder hätte Ihr Ehemann etwa 100 R. zu zahlen. - R. G. 52. Ein Rechtsanspruch besteht auf Auszahlung nicht. - Erbschaftsteuer. Rein. - Walth. Ja. - R. S. 24. Ohne Einschränkung in das Rassenstatut nicht zu beantragen. - G. S. 100. 1. und 2. Nein. 3. Es kann nur Armenunterstützung beantragt werden. - J. S. 27. 1. und 2. Die Kosten des gegnerischen Anwalts muß Ihre Schwester bezahlen. Die Kosten ihres eigenen Anwalts nur, sofern die Voraussetzungen, die zur Zeit der Bewilligung des Armenrechts bestanden, nicht mehr vorliegen. 3. Der Ehemann ist zur Zahlung des Kostenvorschusses verpflichtet. - G. S. 17. Die Ausnahmestellung hierüber müssen wir ablehnen. - G. S. 33. Das dürfte kaum als Betriebsunfall gelten. Wenden Sie sich an das Arbeitersekretariat. - 29. S. 22. Wir können zu einer Klage nicht raten. - R. S. 444. 1. bis 3. In zehn Jahren. Das Strafmaß liegt im Ermessen des Gerichts. 4. Für die Zeit der Unterhaltungsbedürftigkeit der Mutter. - G. S. 99. 1. War der jetzige Zustand schon vor dem letzten Ründigungstermin vorhanden, so sind Sie zur sofortigen Vertragsgeldung nicht berechtigt. 2. und 3. Nein. - R. 110. Es bleibt nur ein Gesuch um Befreiung bei der Landesversicherungsanstalt übrig. - J. G. 20. Rein. - 29. W., Wilhelmshagen. Ist bereits verurteilt.

Marktpreise von Berlin am 16. Januar 1914, nach Ermittlungen des Igl. Volkspredikators. Weizen (mitgel), gute Sorte 16,90-17,00, Donau

16,00-16,30. Weizen (runder), gute Sorte 14,90-15,30. Roggen 4,80-5,00. Getreide 6,60-8,00. Kartoffeln 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00-50,00. Erbsenbohnen, weiße 35,00-60,00. Linen 36,00-80,00. Kartoffeln (Kleinb.) 4,00-7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seite 1,60-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30-1,50. Schweinefleisch 1,40-2,00. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,40-3,00. 60 Stück Eier 4,80-7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,20-2,40. Nale 1,80-3,20. Gander 1,40-3,20. Geste 1,40-3,00. Barde 1,20-2,40. Schale 1,60-3,20. Mele 0,80-1,60. 60 Stück Krebse 3,00-24,00.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, Wasserstand. Lists various locations like Remel, Rüst, Regel, Ankerburg, Reichel, Horn, Dber, Kallbar, Krossen, Frankfurt, Barthe, Schinnum, Landsberg, Reiz, Borsdam, Eibe, Leitmeritz, Dresden, Barby, Magdeburg and their water levels.

*) + bedeutet Hoch. - Fall. - *) Unterpegel. - *) Hochstand. - *) Oberhalb der Stadt Hochstand. - *) Weibels. - *) Starkes Grundweibtreiben. - *) Grundweibtreiben.

Unser bekannter, alljährlich nur einmal stattfindender

Inventur-Verkauf

bietet eine ganz besonders Günstige Gelegenheit zu enorm billigen Einkäufen

Für Brautausstattungen.

- Hemdentuch 80 cm breit. Stück von 20 Meter 6.40
Louisianatuch 80 cm breit. Stück von 20 Meter 7.00
Fertige Bettbezüge Deckbett u. 2 Kiss. fertig großt. 2.95
Damast-Bezüge Deckbett u. 2 Kissen, fertig genäht 5.25
Fertige Bettlinette rot oder rosarot gestreift. 2.95
Fertige Bettlaken ohne Naht 98 Pf.
Gerstenkorn-Handtücher ges. u. gebänd. 1/2 Dtz. 1.95
Stubenhandtücher kräftiges Dreifachgeweb. 1/2 Dtz. 1.80
Wischtücher gestickt und gebändert. 1/2 Dtz. 1.35
Rolltücher mit eingewebten Figuren 95 Pf.
Lederstaubtücher imitiert 1/2 Dtz. 40 Pf.

Aussergewöhnlich billig:

Table with 2 columns: Ein Post, Jacquard-Tischtücher u. Servietten gestickt. Grösse 60 60, 110 120, 110 150, 110 180, 130 200, 130 300. 1/2 Dtz. 1.95 Stück 98 Pf., 1.25 1.65 2.45 3.65

Fertige Wäsche!

- Damen-Hemden Achselabschluss mit Langette 90 Pf.
Damen-Beinkleider Kniefasen, mit Stickerei 90 Pf.
Damen-Nachtjacks aus Linen oder geräubert 90 Pf.
Damen-Unterröcke mit breitem aufgesetztem Stickereivolant. 2.95
Weisse Unterröcke Wert bis 1.50, jetzt durchschnittl. 75 Pf.
Elegante Phantasiehemden Wert bis 2.50
Adselhemden mit Stickerei und Hoblsaum jetzt durchschnittlich 1.48
Adselhemden mit Stickereimotiven
Kniebeinkleider mit Seidenbanddurchzug
Kniebeinkleider mit breiter Stickerei
Nachtjacks mit Stickerei und Blumen

Große Posten angestaubte Wäsche

und einzelne Exemplare Damen- u. Herren-Hemden, Nachtjacks, Beinkleider, Unterröcke, Kinderwäsche usw.

Bedeutend unter Preis!

Zu 7 Selbstausuchen!

- Zephir-Oberhemden mit Perlmutterknöpfen 98 Pf.
Reinwoll. Krepelinblusen mit Peltschweifen 2.75
Batistblusen mit Stickerei 95 Pf.
Reinwollene Sergeblusen mit Kugelknöpfen 2.95
Reinseidene Libertyblusen m. Stuartrüschen 4.85
Flauschmatinees hochgeschl., m. gesteppt. Blende 1.75
Voileblusen mit farbigem Ueberkragen 2.45
Flauschmorgenröcke mit gesteppter Blende 3.75
Loden-Capes 100 cm lang, mit Capuchon 4.95
Alpaka-Unterröcke mit plissiert. Seiden-Volant 2.25
Reinwoll. Kinderkleider verschiedene Grössen 3.95
Klot-Unterröcke warm gefüttert 2.95
Kostümröcke moderne Streifen mit Knopfgarnier. 1.75
Gestreifte Unterröcke mit Volant 85 Pf.

Schwarze und farbige Selden-Stoffe

- Reinseidene Merveilleux nur schwarz . . . Mtr. 85 Pf.
Reinseidene Tafette nur schwarz Mtr. 75 Pf.
Reinseidene Damassées nur schwarz . . . Mtr. 90 Pf.
Reinseidene Taffet-Streifen aparte Muster, Mtr. 68 Pf.
Reinseidene Schotten gute Qualität Mtr. 85 Pf.
Reins. Foulards Restbestände, z. T. etwas defekt, Mtr. 45 Pf.

Für Brautkleider Seidene Blusen-Coupons

Reinseidene offenhalsfarbige Damassées jetzt Mtr. 95 Pf.
aparte neue Streifen, jeder Blusen-Rest M. 1.35
Halbfertige Blusen jetzt jede Bluse 110 Mark an

Ball- und Gesellschafts-Stoffe

- Reinw. Cheviots nur creme, Doppelbreite, jetzt Mtr. 68 Pf.
Seidenglanz Jacquardstoffe doppelbreit, Mtr. 50 Pf.
Alpaka-Stoffe glänzende Qualitäten, doppelbr., Mtr. 75 Pf.
Weiße Stickereistoffe 120 cm breit. jetzt Mtr. 95 Pf.
Hochelegante Ballstoffe, (früherer Preis) jetzt luftig, m. Seideneffekten (bis 3.50 M.) Meter 1.25
Weiße Stickerei-Volants 110 cm breit, elegante Qualität . Mtr. 95 Pf.
Weiße Stickerei-Volants für Kinderkleider, Mtr. 55 Pf.

Wollwaren!

- Normalhemden für Herren 95 Pf.
Reformhosen für Kinder, in 4 Grössen 98 Pf.
Korsettschoner 28 Pf.
Wollene Kopfhüllen 75 Pf.
Taillentücher 85 Pf.
Rodelmützen 48 Pf.
Warme Unterröcke mit Aermel 98 Pf.
Barchenthemden für Herren 98 Pf.
Kindertrikots in drei Grössen 75 Pf.

Strumpfwaren! + Korsettes!

- Damenstrümpfe engl. lang, schwarz und farbig 28 Pf.
Florstrümpfe Seiden-Imitation 75 Pf.
Damenhandschuhe imit. Schweden 38 Pf.
Herrenhandschuhe imit. Schweden 75 Pf.
Frack-Korsettes mit Halter 98 Pf.
Directoire-Korsettes mit Halter 1.85
Herren-Oberhemden weissbunt 1.85
Herrenkraagen Steh- und Umlegefasen, 1/2 Dutzend . 95 Pf.
Herrenkrawatten Selbstbinder und Regattes 45 Pf.

Futterstoffe

- Jaconet grau, schwarz und weiss, 80 cm breit . Meter 25 Pf.
Taillen-Körperfutter 80 cm breit Meter 30 Pf.
Taillenfutter zwelseitig, bedruckt Meter 38 Pf.
Faillefutter 100 cm breit, grau, weiss, schwarz, Meter 45 Pf.
Kleider-Satin 80 cm breit, schwarz und farbig. Meter 48 Pf.

Schwarze und farbige Kleiderstoffe

- Reinwoll. Kostüm-Cheviots marine und schwarz ca. 110 cm breit Mtr. 90 Pf.
Reinwoll. Voiles u. Marquisettes schw. u. farbig ca. 110 cm br. 75 Pf.
Reinwollene Satin-Tuche nur marineblau, ca. 110 cm breit . . Meter 85 Pf.
Schwere Kostüm- u. Rockstoffe 120 cm breit Meter 85 Pf.
Reinwollene Crepelines moderne neue Farben ca. 105 cm breit Meter 1.25
Blaugrüne Schotten neuartige Karos doppelbreit Meter 70 Pf.
Reinwollene Popeline schwarz und farbig, ca. 110 cm breit . . . Meter 95 Pf.

Reinwollene Kammgarnstoffe 120 cm breit, 150 schwarz und marine, für Jackenkleider Meter
Seidene Eoliennes ca. 110 cm breit, uni und samagé. Restbestände, früher bis 4.45 . . Meter 175

Hervorragende Gelegenheitskäufe!

- Reinwollene Blusenflanelle Restbestände, Mtr. 45 Pf.
Reinwollene Frühjahrsstoffe doppelbreit, Mtr. 55 Pf.
Alpakastoffe glänzende Qualität, doppelbreit . . Mtr. 50 Pf.
Kostümstoffe schwere Qualität, keine Warpstoffe Mtr. 38 Pf.
Tennisstoffe weiss-schwarz und weiss-marine . . Mtr. 30 Pf.
Gerippte Samte für Kostüme jetzt Mtr. 1.10

Grosse Posten Waschstoffe zur vollständigen Räumung

- Waschmusseline aparte schöne Muster. jetzt Mtr. 18 Pf.
Zephir-Stoffe extra breit, neue Dessins jetzt Mtr. 25 Pf.
Elegante Frottéstoffe früher 1.25 jetzt Mtr. 65 Pf.
Crepeline-Stoffe aparte Farben jetzt Mtr. 48 Pf.
Reinwoll. Musseline 80 cm br., gr. Musterausw., jetzt Mtr. 45 Pf.

Zum Selbstausuchen!

Gr. Sortim. Alpaka-Roben jede Robe 2.45
helle, mittlere und dunkle Farben, eleg. glanzreiche Qual. 5 Meter doppelbr. Stoff
Gr. Sortim. reinwoll Roben jede Robe 2.90
einfarbig, helle, mittlere u. dunkle Farben, enthaltend 6 Meter doppelbreiten Stoff
Gr. Sortim zurückges. Roben jede Robe 1.95
in hellen, mittleren und dunklen Farben. Keine Warpstoffe 6 Mtr. doppelbr. Stoff
Schwere Kostümstoff Roben jede Robe 3.35
Kontaktionsstoffe, 130 cm breit
Gr. Posten Blusen-Coupons jede Bluse 85 Pf.
gute Tennis-Qualitäten, moderne Streifen, jeder Coupon enthält 2 1/2 Meter Stoff

Kaufhaus Singer & Co Chausseestr. 61-62

Zur gefl. Orientierung sind fast alle hier angebotenen Waren in unseren Schaufenstern zur Ansicht ausgestellt

Lieferanten der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volkshöhle.
 Sonntag, 18. Januar 1914,
 nachm. 2 1/2 Uhr:
Deutsches Theater: Der lebende Leichnam.
 nachm. 8 Uhr:
Neues Volkstheater: Michael Kramer.
Herzfeld-Theater: Hinterm Baum.
 Sonnabend, 21. Januar,
 abends 8 1/2 Uhr:
Neues Volkstheater: Michael Kramer.

Neue Freie Volkshöhle.
 Sonntag, 18. Januar 1914,
 nachm. 2 1/2 Uhr:
Kammertheater: Die Tanne von Berg-op-Zoom.
 nachm. 8 Uhr:
Deutsches Opernhaus: Sigaro's Hochzeit.
Schiller-Theater Charlottenb.: Andreas Hofer.
Schiller-Theater O.: Geschäft ist Geschäft.
Thalia-Theater: Vater und Sohn.
Metropol-Theater: 's Nullerl.
Berliner Theater: Große Kofenen.
Montis Operetten-Theater: Die Fledermaus.
Leffing-Theater: Professor Bernhardt.
Trionon-Theater: Unkraut.
Theater in der Königgrätzerstraße: Das Lebenslied.
Theater a. Rollendorplatz: Die schöne Helena.
Blüthner-Saal: Stipsonie-Konzert.
 Abends 8 Uhr:
Neues Volkstheater: Der Kaiserjäger.
Neues Volkstheater: Montag, Mittwoch und Freitag: Der Graf von Charolais.
 Abends 8 1/2 Uhr:
Neues Volkstheater: Dienstag und Donnerstag: Der Kaiserjäger.

Schiller-Theater O. Theater.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Meyers.
 Montag, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lügt.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Andreas Hofer.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lügt.
 Montag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.

Theater in der Königgrätzer Straße
 Abends 7 1/2 Uhr:
König Richard III.
Komödienhaus.
 Abends 8 Uhr:
Hinter Mauern.
Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Deutsches Schauspielhaus
 nachm. 3 1/2 Uhr: Die heitere Residenz.
 Abds. 8 Uhr: Wer guckt nach?

Theater am Rollendorplatz 5.
 nachm. 3 Uhr: Die schöne Helena.
 Abends 8 Uhr:
Freddy und Teddy.
Deutsches Künstlertheater
Sozialklub.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kasse: Nollendorf 1383.
 Sonntag, 3 Uhr: Der Silberpelz.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Der Bogen des Odysseus.
 Montag: Schiria und Gertraude.
 Dienstag: Der Bogen des Odysseus.

Theater des Westens.
 8 Uhr: **Polenblut.**
 Sonnt. nachm. 2 1/2 Uhr: **Gräfin Flit.**
 8 Uhr: **Residenz-Theater**
Hohheit — der Franz!
 Musikalische Groteske in 3 Akten von
 Felix Damböcker und Willi Wolff.
 Musik von Robert Winterberg.
 Morgen u. f. Tage: **Hohheit — der Franz!**
 Sonntagnachm.: **Schlafwagenkontrol.**

Friedr.-Wilhelmstadt. Theater.
 Zum 283. Male:
Die Kino-Königin
 Operette in 3 Akten.
 Rosenrevue in 7 Akten. Anf. 8 Uhr.
 Heute Sonntag, nachmittags
 3 Uhr: **Die Hasenleiche.**

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Nachmittags 4 Uhr:
Marie Stuart.
 Abends 8 Uhr:
Der Schürzenjäger.
 Montag: **Der Schürzenjäger.**

Folies Caprice.
 Anfang **Der Kuckuck.**
 präzise **Handerschwindel.**
 6 1/2 Uhr **Die Sammel.**

URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 Sonntag 8 Uhr:
Mit Ballon und Flugzeug über Berg und Tal.
 Montag 8 Uhr:
 Mit d. „Imperator“ nach New York.
 Hörsaal 8 Uhr: Dr. H. Elias:
Technik der Luftfahrzeuge.

ZOOLOG
ischer Garten
 Täglich ab 4 Uhr:
Großes Konzert.
 Eintrittspreise heute:
ZOO: Aquarium: 50 Pf. 50 Pf.
 Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.
 Neu! Neu!
AQUARIUM
 10 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Passage-Panoptikum.
 Der unersättliche
Froschschlucken.
 Halbtündlich eine halbe
 lebender Fische und Frösche.
Cols Experimente:
Aus dem Jenseits
 Lebend!
Ohne Extra-Entree.

Metropol-Theater.
 Nachmittags **'s Nullerl.**
 3 Uhr:
 Abends prägte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

WINTERGARTEN
 Heute
2 Vorstellungen 2
 mit
YVETTE
 Robert Steidl
 Abends 8 Uhr
 Kleines Willy Pantzer
 Co. 8 Uhr
 Preise **PERSIEN**
 Ballettdivertisse. — Kostüme:
 Paul Peiret, Paris
 und den hervorragenden
Januar-Attraktionen!
 — Rauchen gestattet! —

APOLLO THEATER
 — Tel.: Lützow 2207 —
2 Heute, Sonntag
Vorstellungen 2
 Nachmittags 3 1/2 Uhr bei kleines
 Preisen ungekürztes Programm
 wie abends und abends 8 Uhr.
 In beiden Vorstellungen:
Hartstein
 in
Der Stolz d. 3. Kompagnie
 Denkbar größter Lacherfolg!
 Außerdem
Bernhard Mörbitz,
Oskar Schwarz
 mit seinen 8 American Girls
 und die **Januar-Attraktionen!**
 — Rauchen gestattet! —

Trionon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
 Heute nachm. 3 Uhr
 zu ermäßigten Preisen:
Eine Hochzeit in der
Müllerstraße
 und das andere
 große Programm.
 Abends 8 Uhr:
No. 13!

Berliner Prater-Theater
 Rastaniennüße 7-9.
Das Gesicht am Fenster.
 Engl. Genaktionstomödie in 4 Akten.
 Anfang 8 Uhr.
 Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**

Arbeiter-Bildungsschule.
 Heute Sonntag, den 18. Januar 1914:
23. Stiftungs-Fest
 in Obiglos Festsälen, Koppenstraße 29.
Hans Sachs-Abend
 unter Mitwirkung erster Künstler.
Vortrag des Reichstagenabgeordn. Eduard Bernstein:
„Hans Sachs und seine Zeit.“
Lieder zur Laute: Dr. Heinz Schall-Caspary.
Rezitationen: Hans Werder (Deutsches Theater).
 Zur Aufführung gelangen:
 1. **Das heiße Eisen.** 3. **Das böse Weib** (mit Worten, Kräntern u. Steinen gutemachen)
 2. **Der tote Mann.**
 In Szene gesetzt von **Frits Witte-Wild.**
 Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.
 Nachdem: **Fest-Ball.**
Billets a 60 Pf. sind in der Schule, Grenadierstr. 37, und in folgenden Geschäften zu haben: Gottfr. Schulz, am Kottbuser Tor; Hensch, Engelufer 15; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Lortzingstr. 37; Kaczorowski, Ravondstr. 6; Kuhring, Jahnstr. 1; Wehnacht, Grünstr. 21; Agthe, Koppenstr. 33. An der Kasse 75 Pf.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse
 Montag, den 19. Januar 1914, abends 7 1/2 Uhr,
 in Kellers Neurr Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97:
Vortrag: Körperkultur u. Kleiderreform.
 (Mit Vorführung v. verbesserter Ober- u. Unterkleidung.)
 Referentin: **Pauline Gertrud Böse.**
 Gäste, Damen und Herren, willkommen.

Sonntag, den 8. Februar 1914,
 in den „Sophien-Sälen“, Sophienstraße 17-18:
15. Stiftungsfest
„Volkshunst und Volksgefang aus alter und neuer Zeit“.
 Mitwirkende: **Marga Delvard und Marc Henry.**
 Darauf: **Tanz.**
 Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.
 Kinder haben keinen Zutritt.
 Billette im Verein und in den bekannten Zahlstellen zu haben.
 Der Vorstand.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund
„Die Naturfreunde“
 Ortsgruppe Berlin.
 Heute Sonntag, den 18. Januar 1914,
 im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engelufer 15:
„Wenn wir wandern!“
 Großer Lichtbilder-Vortrag mit 100 Bildern nach Originalaufnahmen
 des Vortragenden Genossen **Georg Krämer.**
 1. Teil: **Durch die Uckermark.** 2. Teil: **Rügen.**
 3. Teil: **In der Juninacht.**
 Nach dem Vortrage:
TANZ Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach **TANZ**
 Einlaß 6 Uhr Eintritt 30 Pf. Beginn 7 Uhr

Brauerei Friedrichshain
 am Königstor.
 Sonnabend, den 24. Januar:
Großes Original-Kostümfest
Alt-Berlin in Oberbayern!
 Ein Ausflug ins Gebirge zu Großvaters Zeiten
 veranstaltet vom
„Männerchor Ost“ M. d. A.-S.-B.
 Gau Berlin.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Billett: Herren 75 Pf., Damen 50 Pf.
Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. **Walhalla-Theater.**
 nachm. 3 Uhr: **Der Gärtener.** nachm. 3 Uhr: **Hamlet.**
 Tägl. 8 1/2 Uhr: **Deines Bruders Weib.** Tägl. 8 1/2 Uhr: **Zangschieder.**
 Schaulp. in 6 Sül. u. 1 Corp. Or. Folie m. Gef. u. Tanz in 3 Akten.

Gewerkenschaftshaus
Bockbier-Anstich.
 Treffpunkt des Berliner Sängers.

Zirkus Alb. Schumann.
 Heute Sonntag, den 18. Jan.:
2 gr. Vorstellungen 2
 nachm. 3 u. abends 7 1/2 Uhr.
 In beiden Vorstellungen
 Ugekehrte Aufführung des gr.
 Ausstattungstückes in 7 Bild.
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.
 Vorher **Das große Sport-Programm.**
 Zur Nachmittagsvorstell.
 hat jeder Erwachsene
1 Kind frei
 unter 10 Jahren auf allen
 Sitzplätzen.

Casino-Theater
 Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
 Ein neues Berliner Volkstheater:
Die olle Webern.
 Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
 Einziges Theater in diesem Genre!
 Im Stile der alten Wallner-Bühnen.
 Sonnt. 4 U.: **Gehimnisse v. New York.**

ODEON
Vergnügungs-Palast
 der 10 000
 Potsdamer Str. 72 Hochbahn
 801owstr.
 Heute
Gr. Bockbierfest.
Kabarett Eintritt frei.
 3 Kapellen.
 8 Attraktionen.
 Jeder Erwachsene
1 Kind frei!
 Anf. 5 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Alhambra
 Wallner-Theater-Straße 15.
Jeden Großer Ball.
 Sonntag:
 Großer Orchester. Anfang Sonntags
 5 Uhr. **A. Zamekat.**

Concordia-Festsäle
 64 Andraustraße 64
 Jeden Sonntag:
Militär-Streich-Konzert
 und **Hoffmanns Sänger**
 Anfang 6 Uhr.
 Im oberen Saal von 3 Uhr ab:
Crosser Ball

Elysium
 Landsberger Allee 40.
 Jeden Sonntag u. Donnerstag:
Damenfreitanz
 Anfang 4 1/2 Uhr. * Entree frei.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Triple-Konzert!
 Musikkorps Kaiser-Franz-Garde-Grenad.-Regts. Dirig. Oberm. A. Becker.
 Musikkorps des 1. Garde-Dragoon-Regiments. Dirig.: Oberm. Baatz
 und Tegernseer und Zillertaler Musikanten.
 Dirig. Hans Starp.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: **Großes Doppel-Konzert!**
 Anfang 8 Uhr.

Brauerei Friedrichshain
 Täglich außer Sonnabends:
Das stimmungsvollste
Bayr. Bockbier-Fest.
 Mittwochs u. Donnerstags:
Elite-Tag.

Neue Welt.
 Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
 Heute Sonntag, den 18. Januar:
 In sämtlichen Festsälen, über 10 000 Personen fassend:
Bockbierfest
 in den bayerischen Alpen.
 Anfang 4 Uhr. 30 bayr. Mad'l. 6 Kapellen.
 Entree 50 Pf. Tansrad.
 Voranzeige! Dienstag, den 20. Januar:
Elitetag! Prämierung!
 Prämiiert wird:
Das eleganteste Tango-Tänzer-Paar!
 Anmeldungen nur bis 1/2 10 Uhr an der Kasse.

Zirkus Busch.
 Heute Sonntag, den 18. Januar:
2 große Gala-Vorstellungen 2
 nachm. 3 1/2 Uhr, abends 7 1/2 Uhr.
 Nachmittags hat jeder Erwachsene
 ein angehö. Kind unter 10 Jahren
 auf allen Sitzplätzen frei. Jedes
 weitere Kind unter 10 Jahren zahlt
 die Hälfte auf den Sitzplätzen.
 In beiden Vorstellungen:
Auftreten aller großen
Attraktionen.
 Nachmittags zum 1. Male:
An der russischen Grenze
 Fantomistische Burleske,
 dargelegt von künstlichen Clowns.
 Zum Schluß das gr. entzückende
Troika-Schlitten-Ballett.
 (Sämtl. Damen b. Corps de Ballet)
 Ferner nachmittags Auftreten
 der gr. chinef. Zaubertroupe.
 Abends 7 1/2 Uhr:
„Pompeji“.

Voigt-Theater
 Badstraße 38.
 Heute Sonntag, den 18. Januar:
 Nachmittags 3 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
 Abends 7 Uhr:
Der Friedensrichter v. Willenhury.
 Raffeneröffnung 10 Uhr.
 Sonntag, Montag, 19. Jan.: Benefiz
 Heiner, Bach, D. Balzasso u. seine Familie

Admiralspalast.
 Eis-Arena.
 Heute 2 Vorstellungen
 nachm. 7 1/2 Uhr, abends 9 1/2 Uhr:
Die lustige Puppe.
 Großes Ballett auf dem Eis.
 Nachmittags und von 10 1/2 Uhr
 ab halbe Kassenpreise.

Germania-Prachtsäle
 N., Chausseestr. 110. Kari Richter.
 Heute Sonntag:
Paul Mantheys
lustige Sänger
 Anfang 6 1/2 Uhr.
 Nachdem: Familien-Kränzchen.
 Im weißen Saale von 5 Uhr ab
Großer Ball.
 Morgen Montag:
Hoffmanns Sänger.

Volkstheater Neukölln.
 Hermannstraße 20.
 Heute Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Fremdenlegionär.
 Schaulp. in 4 Akt. von Ad. Steinmann.
 Montag, 8 1/2 Uhr:
Das Schloß am Meer.
 Schaulp. in 5 Akt. von Oskar Waltzer.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor Am Königstor
Größter Konzertsaal Berlins
Heute Sonntag!!!
Stimmungsvollstes
Bayr. Bockbier-Fest
Auf der Alm!
Gr. Sehenswürdigkeit Berlins!
4 Kapellen - 100 Oberbayern
Der rühmlichst bekannte Festwirt
Schorsch Ehrngruber
Münchener Metz - 30 Bayrische Madln - Alpenzauber
Schneetreiben - A Mords Gaudi.
Mittwochs u. Donnerstags: Elite-Tage.
Anf. 4 Uhr. Entree Wochentags 30, Sonntags 50 Pf.

Sportplatz Berlin-Ost
am Bahnhof Stralau-Rummelsburg, Dirschberger Straße.
Straßenbahnlinien: 20, 77, 78, 92.
Größte Eisbahn Berlins.
Doppelkonzert bis 11 Uhr. Elektrisches Licht.
Entree 40 Pf., Kinder 15 Pf.
Eislaufen und Eiskunstlaufen haben Günstigkeit.
Sonntag: Eröffnung morgen 9 Uhr.
Nachmittags starten mehrere Konkurrenten
der Berliner Eissportler.
Täglich Schlittenkorsosfahrt
in Zweiflügel-Schlitten. 5706

Eisbahn Karpfenteich
Trepower Park.
Täglich: Großes Eiskoncert: 40 000 Quadratmeter Eisfläche.
Bis 10 Uhr abends beleuchtet.

Südeisbahn
am Urban
begrenzt von der
Urbanstraße,
Geibelstraße und
Planufer
ist eröffnet.

Petri's Fest-Säle,
Neukölln, Kneesebeckstr. 113.
Sonntag, den 18. Januar:
Groß-Bockbier-Jubiläum-Fest
Ball (neue gr. Musik), reichliche
Ueberraschungen sowie
zwei Prämierungen.
Anf. 6 Uhr. Entree inkl. Gard. 20 Pf.
Tanzabonnent. 50 Pf. Damen frei.
Gade im März u. April noch einige
Sonntage mehr. Gr. Saal frei.

Volkshaus Charlottenburg,
Klosterstraße 3.
Heute Sonntag:
Großer Bockbiertrübel

Reederei Kahn & Hertzner
Kantor O. 2, A. d. Stralauer Brücke 4/5
Wir empfehlen den verehrlichen Vereinen und Gewerkschaften
unsern mit elektrischer Beleuchtung versehenen Schiffe zu
Ausflügen usw. unter äußerst günstigen Bedingungen.

Bewilligte Bäckerei.
Teile dem geehrten Publikum und Kochbarkeit mit, das ich unter-
genannte Bäckerei käuflich übernommen und die Forderungen des Bäder-
und Konditoreiwerkes anerkannt habe. Es wird mein Bestreben sein,
dem Publikum in jeder Weise entgegenzukommen und gute Ware zu liefern.
R. Tittel, Neukölln, Selchower Str. 23-24.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (außersitzliche Anzeigen
5 Pf.). das erste Wort (fettgedruckte) 10 Pf. Worte
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Teppich-Thomas, Oranienstr. 44
farblichste Teppiche (pottblig):
Gardinen, Steppdecken, Tischdecken
halben Preis. Vormittags 10 Uhr bis
Abend 7 Uhr. 7838*

Vorsichtige elegante Herrenanzüge
und Paletots aus feinsten Rayons
25-60 Mark. Damen 6-18 Mark.
Berandhaus Germania, Unter den
Linden 21.
Teppiche: (schlechte) in allen
Größen, fast für die Hälfte des
Wertes. Teppichlager Brunn, Köpen-
icker Markt 4, Bahndorf Böcke. (Kefer
des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent
Rabatt.) Sonntags geöffnet!
Bettdeckenverkauf: Belgisches Winter-
paletots, Winterjoppen, Herrenanzüge,
Prachtteppiche, Aussteuerwäse! (Gar-
dinenauswahl! Tischdecken! Stepp-
decken, Tischdecken, Schmucktaschen!
Warenverkauf! Sportbälle! Große!
Verkauf! Warschauerstraße 7. (19658*)
Teppiche (Kardensfehler) (pottblig).
Habriflager Kauerhoff, Große
Branntweinstraße 9, parterre. (Vor-
wärts)*Kefer zehn Prozent Extra-
rabatt! 12393*

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69, Laden
Wichtig
für jeden preußischen
Steuerzahler
Führer
durch das preußische
Einkommensteuer-Gesetz
Vom
Arbeitersekretär Rud. Wissell
mit 19 Formularen
für Reklamationen.
Preis 30 Pf.

Tausende befreit
Bandwurm
mit Kopf (Spul u. Madenwürmer)
besiegt meist binnen 2 Stunden
leicht und vollständig gefahrlos
ohne Berührung des voll-
kommen ungeschädlichen natürlichen
Reinheits-Bandwurmmitel
Keine unangenehmen Nachwirkungen,
keine Hungerkur, nicht angreifl. u. ohne
Nachteil, auch wenn Bandwurm nur
vermutet wird. Einfachste Anwendung:
Für Erwachsene 2-4 Kind. (Altersang.) 1/25.
All. echt mit Marke "Medico" u. Namen
Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4
Wo in Drogerien nicht erhältlich. Zus.

Masken-Garderobe
Willi Ernst.
Köpenicker Straße 55 b, I.
Um Wortsplatz 11 814.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzeiger dieser Saison er-
hält 10 Proz. Preisermäßigung.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.
Kirchensteuer
und
Kirchenaustritt
in Preußen.
Preis 20 Pf.
Ein unentbehrlicher Ratgeber für
alle, die aus der Kirche auszu-
treten beabsichtigen oder die über
das geltende Kirchensteuerrecht
Auskunft wünschen.
Auch durch die „Vorwärts“-
Ausgabestellen zu beziehen.

Ein gewissenhafter Mensch
wartet nicht, bis er sich eine Krankheit zugezogen hat, oder läßt eine solche
nicht erst einmischen, sondern beugt sie vor, indem er von Zeit zu Zeit
eine gründliche Blutreinigung vornimmt. Denn gesunde Blut ist die
Grundlage der Lebenskraft, schlechtes Blut dagegen das Grund-
material aller Krankheiten. Ein alterprobt, vollkommen natürliches und durch
seine hohe Wirksamkeit rühmlich bekanntes, wirksames Blutreinigungsmittel
zur Aufrechterhaltung des Blutes und Säuberung der Gänge ist
Reichels **Wacholderertraft** **reinigt das Blut** gründlich und
schonend und bewirkt
keine Schmerzen und
keine Verdauungs-
störungen. Es entfernt
alle Giftstoffe aus dem
Blute und reinigt die
Blutgefäße. Es ist ein
ausgezeichnetes Mittel
gegen alle Blutkrank-
heiten, wie z. B. Leukämie,
Anämie, Chlorose, etc.
Es ist ein unverzichtbares
Mittel für alle, die an
Blutkrankheiten leiden.
Es ist ein unverzichtbares
Mittel für alle, die an
Blutkrankheiten leiden.
Es ist ein unverzichtbares
Mittel für alle, die an
Blutkrankheiten leiden.

Reichels Wacholderertraft
der garantiert rein und frisch in den ersten Original-Abfüllungen zu 1,50,
2,50 und für längeren Gebrauch große Blechtins (je 100 Stk.) zu 6,-
in den meisten Drogerien zu erhältlich ist, aber nur echt mit Marke
"Medico". Wo nicht vorräthig, sende man sich an den alleinigen Hersteller
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4, Amt Wortsplatz 4761-62.
Für Bestellungen an Apotheken und Drogerien, die allein für Ver-
käufe eine man (sich) auf Marke **Medico** bett und vollen Erfolg bürgt.

Monatanzüge, Paletots, großes
Lager, jede Figur, läuft man an
billigsten beim Nachmann; jede
Kleidung nach Wunsch in eigener
Herstellung 5 Prozent billiger für
Vormittags. Fürstengasse 10, 15799
Reichels "Schneeberg" gegenüber
Bahnhof, Sedanstraße 1, Leichen-
amtstr. 10/11, bietet stets Gelegen-
heitskäufe in veränderten gewiesenen
und neuen Anzügen, Sommer-
und Winterpaletots, einzelnen Hosen,
goldenen, silbernen Herren- und
Damen-Remonture-Uhren, Ketten
3,50 an, feiner goldene Ringe, Broschen,
Ohrringe, Platinen, Fahrräder, Frei-
schwimmer 10 Mark an. Richard
Eichmann. 900R
Bettdecken, Prachtstücke 11,00
bis 40,00, Belgisches (pottblig), Cen-
tralbahnhof "Schneeberg", Haupt-
straße 111. 1714R

Montag, 26. Januar,
beginnt der diesjährige
Inventur-
Verkauf
Teppich - Spezialhaus
Emil
Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Unterhalte nirgends Fillialen!
Inventur-Extrakt
erscheint am 22. Januar.

Arbeiter
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pf.

Feuerbestattung
mit aller Zubehör u. Gebühren
105 Mark.
Instit. "Flamme"
Mantuffelstraße 111.
Broschüre gratis.
Paragr. 1: Wortsplatz 1593.

Abhandlungen und Vorträge
zur sozialistischen Bildung.
Herausgegeben 248/19*
von Max Grünwald.
Heft 6:
Schiller und die Arbeiter
von Conrad Haenisch.
Preis 40 Pf.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Charlottenburg.
Gruppe I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unter Genosse, der Maurer
Paul Rendorf
Görlitzerstr. 19 d
getorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 19. Januar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Luisen-Kirch-
hofes, Fürstendamm Weg, aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Charlottenburg.
Gruppe I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unter Genosse, der Maurer
Paul Rendorf
Görlitzerstr. 19 d
getorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 19. Januar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Luisen-Kirch-
hofes, Fürstendamm Weg, aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Charlottenburg.
Gruppe I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unter Genosse, der Maurer
Paul Rendorf
Görlitzerstr. 19 d
getorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 19. Januar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Luisen-Kirch-
hofes, Fürstendamm Weg, aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Achtung, Vereine!
Soal noch einige Tage frei!
Georg Felsmann
Luisenstadt-Casino
Oranienstr. 150.

Zähne
von **1.50** an
Zahn-Atelier
P. Kronemann
Elaasser Str. 17-18.
Oranienstr. 61.
Charlottenburg:
Wilmerdorfer Str. 117.
Lichtenberg: Frank-
furter Allee 109.
Fast gänzlich schmerzlos.
Zahnziehen in örtlich Be-
täubg. p. Zahn.
Teilzahlungen zugelassen! Ver-
langungen Sie kostenlos Besuch
eines Vertreters!

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel. Bezirk 1911.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unter Genosse, der Sozialbe
Fritz Pflüger
Soraner Str. 7
getorben ist. 210/18
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes, Hermann-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Am Donnerstag, 15. Januar,
verstarb unter Genosse, der Schlosser
Johannes Dongowski
Cottbusstraße 2.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von
der Leichenhalle des alten Luisen-
Kirchhofes in Köpenick aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Charlottenburg.
Gruppe I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unter Genosse, der Maurer
Paul Rendorf
Görlitzerstr. 19 d
getorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 19. Januar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Luisen-Kirch-
hofes, Fürstendamm Weg, aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Charlottenburg.
Gruppe I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unter Genosse, der Maurer
Paul Rendorf
Görlitzerstr. 19 d
getorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 19. Januar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Luisen-Kirch-
hofes, Fürstendamm Weg, aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Charlottenburg.
Gruppe I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unter Genosse, der Maurer
Paul Rendorf
Görlitzerstr. 19 d
getorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 19. Januar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Luisen-Kirch-
hofes, Fürstendamm Weg, aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unter Kollege, der Bierfahrer
Richard Mielenz
am 15. d. Mts. im Alter von
26 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 19. Januar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Halle
des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Marien-
dorf, aus statt.
61/8 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungssitz Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unter Mitglied, der Bau-
anführer
Albert Kaul
Brlg, Ordinauer Str. 9
am 16. d. M. an Wasserfucht
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 18. Januar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Priester-Gemeinde-Fried-
hofes, Gausstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
110/10 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler u. Portefeulien
Deutschlands.
Bezirksverwaltung Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nach-
richt, daß unter Mitglied, der
Sattler
Stephan Molik
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Michael-Kirchhofes in
Neußdän, Mariendorfer Weg, aus
statt.
150/2 Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- und Sterbe-
kasse der Metallarbeiter.
V. a. 2. - Filiale Lichtenberg 2.
Am 15. Januar starb unter
Kollege
Emil Golz
Kesselfstraße 82.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, nachmittags 2 Uhr,
von der Halle des Rummels-
burger Friedhofes aus statt.
5515 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
Franz Graf sage allen Teil-
nehmern, insbesondere dem Spar-
verein Reinickendorf-Ost meinen her-
lichsten Dank.
Witwe Elise Graf
nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die bewährte Teilnahme bei der
Beerdigung meiner
lieben unvergesslichen Frau und
Mutter sagen wir allen Bekannten
und Freunden, dem Sozialdemo-
kratischen Wahlverein des 4. Berliner
Reichstagswahlkreises, der 85. Ver-
sammlung der Konsumgenossenschaft,
den Vereinen Sängern und der Ge-
nossin Jahrgang für die tröstlichen
Worte am Sarge der Entschlafenen
unseren aufrichtigsten Dank.
Emil Schmidt nebst Kindern,
+88 Friedrichstraße Str. 13.

Dankfagung.
Für die bewährte Teilnahme und
Krankenspenden bei der Beerdigung
meines lieben Mannes, meines
Vaters und Großvaters
Karl Schulze
sagen wir hiermit allen Beteiligten,
insbesondere den Sängern und Ge-
nossen Paul Werner für seine trös-
telichen Worte am Sarge der Ent-
schlafenen unseren herzlichsten Dank.
00R Die Hinterbliebenen.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Edeltanarien, hochprämiert, acht
Mark an, Weißchen zu. Edelg.,
Kleinhertha 21. +141*

Seiferthöhne, Weißchen, hoch
prämiert, Einzelhertha, Draht-
Gehäuses, unangenehmer Mühl-
Koch, Remisestraße 88. 10/9

Kanarienhöhne aufgebaldert
billig. Erdmann, Kottbuserdamm 10.

Seiferthöhnen in großer Käse-
wahl, hochprämiert. Schulenburg,
Neußdän, Herrfurthstraße 20. +02

Seiferthöhne, hochprämiert
(pottblig). Kany, Kottbuserdamm 46.

Kanarienhöhne, hochprämiert
1,25, Giller, Semostraße 9. +94

Kanarienhöhne, hochprämiert
Weißchen billig. Kramer, Kott-
buserdamm 46. +51

Kanarienhöhne 5 Mark an, hoch
prämiert, Wadermann, Kott-
buserdamm 19. +84

Teppich, Uhren, Goldwaren,
Leinwand, Bohe 1 Mark. Lur-
straße 16. 1708R*

Geändert, 10 Meter 8,50-8,50,
Seidg., Anette, Seifertstr., Stö-
cken, Tischwäsche, Damenschuhe
Häbelerstraße 10, Seifertstr. 10, an
So., Zimmerstraße 49 (Hof), nahe
Zentralmarktstr.

Seiferthöhnen, tourenreich,
Kahl, Schneberg, Sedanstraße 49
partierre. +98

Kanarienhöhne Urbanstraße 135,
Restaurant. 5796

Seiferthöhne, Weißchen, verkauft
hoch. Mariannenstraße 8. +8

Seiferthöhne und Weißchen,
Haldenstraße 46. +78

Kanarienhöhne, gutillertende
Suchweiden, verkauft räumungs-
weiser billig. Reinick, Neußdän, Kott-
buserdamm 67. +62

Wohnung, Moritzplatz 55a:
lassen Sie (pottblig) von Kanarienhöhnen
wenig getragene (sowie im Verlag ge-
wonne) Aedert, Rodanzgasse, Ulster,
Paletots, Serie I: 10-18, Serie II:
20-30 Mark, größtenteils aus Seide.
Gelegenheitskäufe in neuer Woh-
ngarderobe, enorm billig. Klempner
Kleider, Köpenick, Büchsmittel, auf
Seide, früher bis 150, jetzt 20-30 Mark
Große Vollen, Seifertstr. in Stants,
Barber, Rege, Rügen, früher bis
200, jetzt 20-75 Mark. Große Aus-
wahl in Herren-Wechseln, Gelegen-
heit in Damen-, Kleide, Wogenpelzen.
Extra-Angebot in Lombard-gemienert
Teppiche, Gardinen, Portieren,
Betten, Böden, Uhren, Brillanten,
Goldwaren enorm billig nur Mor-
platz 55a L. 194R*

Zintwaldsäfer, Joder, Stig-
wammen, Bodenwammen. Spezialfabrik
Reichenbergerstraße 47. Lefern 6 Prog.

